

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage...

Ersteilung täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 16. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Gebühr für die sechspaltige Zeilenbreite... Kleine Anzeigen... Telegramm-Adresse: „Sozialdemokratia Berlin“.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Partei- und Gewerkschaftsmitglieder!

Seit Jahren wartet die Reaktion auf den günstigen Augenblick, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten. Im Bergarbeiterstreik in Mansfeld im Jahre 1909 wurde die Waffenmacht requiriert...

In Moabit wurde vor zwei Jahren anlässlich eines unbedeutenden Streiks ein Massenaufgebot von Polizei vorgenommen, um die angeblich gefährdete Ordnung wiederherzustellen. Aber nur die Aufregung in der Bevölkerung wurde dadurch gesteigert.

Der Ausfall der Reichstagswahl war für die Reaktion ein neues Signal zur Einleitung eines Kesselstrebens gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Im sächsischen Landtag, in der Hamburger Bürgerschaft und vor einigen Tagen im preussischen Herrenhause wurde die Beschränkung des Koalitionsrechts verlangt...

Die preussische Regierung, gestützt durch das Reichsamt des Innern, hat den den Bergarbeitern im Ruhrgebiet aufgewungenen Streik zum willkommenen Anlaß genommen, den Wünschen der Reaktion nachzukommen. Sie hat zunächst Polizei und Gendarmerie in großer Zahl in das Ruhrgebiet geschickt und schließlich ein großes Militäraufgebot folgen lassen.

Die Unterzeichneten als die Vertreter der nach Millionen zählenden organisierten Arbeiterschaft Deutschlands fordern die im Kampf stehenden Bergleute auf, sich nicht zu unüberlegten Handlungen provozieren zu lassen.

Die Unterzeichneten erheben Protest gegen das Verhalten der Regierung, die gerade jetzt, in solcher kritischen Zeit, wieder einmal in so klarer Weise gezeigt hat, wie sehr sie von dem Willen getragen ist, den Wünschen der Scharmacher nachzukommen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Bergarbeiterstreik und die Bachemiten.

Die Führer des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute wissen sich mit erstaunlichem Talent in die ihnen von den „Bachemiten“ zugewiesene Rolle des Judas Ischariot zu schälen, der seine Genossen um dreißig Silberlinge verrät.

den nicht auf Streiklust, sondern auf Furcht vor Ueberfällen und Belästigungen zurückzuführen ist. Weiter müssen wir schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß die Wut der zum Streik haltenden sozialdemokratischen und polnischen Menge steigt und damit auch die Gefahren für die arbeitenden Bergleute zunehmen.

Wir sehen, die Führer der christlichen Bergarbeiter folgen nicht nur den Spuren der preussischen Herrenhäuser vom Schläge der Buttkamer, Bieten u. Co., sondern sie übertreffen diese noch in der Kunst der Regierungsaufhebung.

Seit dem letzten großen Bergarbeiterstreik vom Jahre 1905, in dem damals der christliche Gewerkschaftsverein mit den anderen Verbänden zusammenhing und in dem dessen Führer, der heute kaltgestellte Johann Effert, zeitweilig eine hervorragende Rolle spielte, eine bedeutende Veränderung!

Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergleute, die erste der christlichen Berufsorganisationen, ist bekanntlich im Jahre 1894 gegründet worden, um die katholischen Bergarbeiter dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entziehen und sie zu einer Kampfschlange gegen diese zu drillen.

Und der Leiter der „Kölnischen Volkszeitung“, Herr Julius Bachem, erklärte 1899 auf der Generalversammlung des „Augustinervereins zur Pflege der katholischen Presse“: „Für die Zentrumspartei ist es meines Erachtens die höchste Zeit, es in der Förderung der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Sozialdemokratie gleich zu tun.“

Das sind die Gründe, die 1894 zur Gründung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute führten. blieb noch die Frage, ob diese Organisation einen ausgesprochen katholischen Charakter haben sollte, wie von geistlicher Seite, besonders vom Pfarrer Driehen verlangt wurde.

Der neugegründete christliche Gewerkschaftsverein nahm jedoch nicht die Entwicklung, die man im ultramontanen Lager wünschte. Das Aufziehen der falschen Flagge nützte nichts. Die einzelnen Zeichenbesitzer wie ihre Vereinigung, der Verein für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamtsbezirks Dortmund, behandelten den „in der Kutte des Jesuitismus einherziehenden“ christlichen Bergarbeiterverband nicht wesentlich anders als den sogenannten sozialdemokratischen Verband.

Die einzelnen Zeichenbesitzer wie ihre Vereinigung, der Verein für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamtsbezirks Dortmund, behandelten den „in der Kutte des Jesuitismus einherziehenden“ christlichen Bergarbeiterverband nicht wesentlich anders als den sogenannten sozialdemokratischen Verband.

rechnungen der Gewerkschaftsvereins erschienen ansehnliche Posten, die für Streiks und die Unterstützung gemäßigter Vereinsmitglieder hatten ausgegeben werden müssen.

Dem Klerus wie den konservativ-kapitalistischen Elementen innerhalb der Zentrumspartei behagte diese Entwicklung recht wenig. Sie wollten keinen Kampfverein gegen die Unternehmerschaft, sondern einen Kampfverein gegen die Sozialdemokratie. So erschien denn im August 1900 der bekannte „Girtenbrief“ der preussischen Bischöfe, in welchem sich diese gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften aussprachen und die Gründung von katholischen Fachvereinen befürworteten.

Tatsächlich ist es nur konsequent, wenn die römische Kurie wie der deutsche Episkopat (mit Ausnahme des Erzbischofs Fischer von Köln) von der Organisation der christlichen Gewerkschaften und ihrer Teilnahme am Streik nichts wissen wollen, denn jede den inneren Frieden irgendwie gefährdende Arbeitseinstellung widerspricht aufs schärfste der Staats- und Gesellschaftslehre des Thomas von Aquino, die noch heute der katholischen Kirche als verbindlich gilt.

Trotzdem der höhere Klerus entschieden die Organisation der christlichen Gewerkschaften und speziell des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute verurteilt, hat er jedoch bisher davon Abstand genommen, die christlichen Gewerkschaften direkt als un-katholische oder modernistische Organisationen zu verurteilen, um nicht eine Schwächung oder Spaltung des Zentrums hervorzurufen.

Doch die Bachemiten haben falsch kalkuliert. Ein beträchtlicher Teil der katholischen Bergarbeiter hat die dringenden Mahnungen der Kölner Mäcker nicht befolgt und sich doch dem Streik angeschlossen. Was nun? Will der Gewerkschaftsverein christlicher Bergleute diese Mitglieder, weil sie entgegen der Order streifen, ausschließen oder will er ihnen jede Unterstützung versagen?

Da er als Familienvater mit 7 Kindern nicht mit diesem Lohn auskommen konnte, ging er vor die Kohle. Doch wenn er gläubig, als Kohlenhauer für seine Familie besser sorgen zu können, so hatte er sich getäuscht. Sein Verdienst stellte sich nun auf die „Reifensumme“ von 3,40 M. pro Schicht. Ein anderer Familienvater klagte, daß er wohl 5 M. pro Schicht habe, aber mit Frau und 9 Kindern kaum wisse, sein Leben bei dieser teuren Zeit zu fristen. So die Elendslagen der Bergarbeiter, während die Kohlenbarone von Jahr zu Jahr ihre Millionengewinne steigern. Die Belegschaftsversammlung stellte nun folgende Forderungen:

1. Die Löhne aller Arbeiter sind um 15 Proz. zu erhöhen.
2. Einführung der Achtstundenschicht mit Ein- und Ausfahrt.
3. Auszahlung und Abschlag am 25. und 10. eines jeden Monats.

Ferner wurde die Direktion ersucht, ihren Einfluß beim Kartinger Knappschaftsverein geltend zu machen, daß über 14 Tage Krankfeiern vom ersten Tage ab Krankengeld erhalten sowie auch die Unfallverletzten vom ersten Tage ab. Die gewählte Kommission wurde abgewiesen und betont, der Arbeiterschuß solle vorgehen, mit dem werde in Verhandlung eingetreten. Die Direktion erklärte, daß auf die Forderung der Achtstundenschicht nicht eingegangen werden könne, da diese noch auf keiner Stufe eingeführt sei. Eine 10prozentige Lohnerhöhung sei man bereit im Verlaufe mehrerer (!) Monate einzutreten zu lassen. Lohn und Abschlagzahlung solle, wenn man genügend Bureaubeamte zur Verwaltung der Reparatur habe, am 1. und 3. Samstag im Monat stattfinden. Die Belegschaftsversammlung, etwa 3000 Mann, beschloß darauf einstimmig, im Streik zu verharren, bis die 10prozentige Lohnerhöhung bewilligt ist. In den nächsten Tagen werden wohl noch benachbarte Schächte zum Stilllegen kommen, da die dort beschäftigten Kameraden dieselben Wünsche haben und unter derselben Misere leiden wie ihre Brüder auf Schacht V. Auch in Klein-Roslein auf den De Wendel-Schächten sowie auf verschiedenen königlichen Gruben gärt es bedenklich. Die Mitglieder des M.-Gladbacher Arbeitsvereins sagen ihren Führern auch hier Vales, und alle Mitglieder treten dem Verbands bei. Die Bergarbeiter erwachen! Germinalzeit ist es!

Die Bewegung im Wurmrevier.

Nachen, 14. März. (Fig. Ver.)

In dem im Regierungsbezirk Aachen gelegenen Wurmrevier haben die christlichen Gewerksvereine ihre ureigenste Domäne und ihren festen Sitz. Und doch beginnt es in diesem sicheren Lande der Schwarzen zu rumoren. Der Vertrat der Christlichen im Ruhrkohlenrevier hat auch hier starke Erregung unter dem eigenen Leuten der Christen hervorgerufen. Zur Dämpfung dieser Erregung, die dem Gewerksverein anfangs Mitglieder zu kosten, hatte der Bezirksleiter der Christen für Mittwochabend in den Bergarbeiterdörfern Alsdorf und Höngen Versammlungen einberufen, in denen er die Leute mit der Taktik der Schwarzen im Ruhrgebiet versöhnen wollte. Vom Deutschen Bergarbeiterverband war Genosse Stupp erschienen, der zunächst in Alsdorf nicht zu Worte kam. Das schlechte Gewissen verbot dem Wächter des Gewerksvereins, den Vertreter der kämpfenden Kameraden reden zu lassen. Stupp begab sich nun nach Höngen, wo die christliche Versammlung von 800 Mann besucht war. Hier wollten die Christen das Mandat von Alsdorf wiederholen, aber die eigenen Mitglieder des christlichen Gewerksvereins erzwangen dem Vertreter des freien Verbandes das Wort. Stupp ging unter lebhaftem Beifall der Gewerksvereine mit dem Vertrat im Ruhrrevier scharf ins Gericht. Der Erfolg des Auftretens des Vertreters des freien Verbandes war, daß die Vertrauensresolution für den Gewerksverein gegen 25 von den 800 Stimmen abgelehnt wurde.

Der Streik in Großbritannien.

London, 14. März. (Fig. Ver.)

Nach der Ansicht der Bergarbeitervertreter, die augenblicklich in London weilen, sind die Aussichten auf eine frühe Beendigung des Kampfes heute noch geringer als zu Anfang der Woche. Eine Konferenz folgt der anderen. Ein Ergebnis ist nicht erreicht worden. Keine der beiden Parteien hat seit dem Anfang des Kampfes ihre Position verändert, obwohl man hier und da eine Modifizierung der Forderungen der Bergarbeiter entdecken will. Die Regierung hält nur an den gemeinschaftlichen Konferenzen fest, weil sie sich sonst keinen Rat weiß. Falls diese Verhandlungen endgültig fehlschlagen, muß die Regierung die ganze Streikfrage im Parlament zur Sprache bringen und dort wird man sie jedenfalls zwingen, Schritte zu tun, um dem Kampf, der in den Industrien des Landes immer größere Verheerungen anrichtet, auf dem Wege der Befehgebung ein Ziel zu setzen. Wird dies die liberale Regierung tun können, ohne die Unterstützung der Arbeiterpartei auf der einen Seite und die der liberalen Unternehmer auf der anderen Seite zu verlieren? Die augenblickliche Situation schließt nicht nur die Möglichkeit einer wirtschaftlichen, sondern auch einer politischen Krise in sich. Daher ist auch heute alles Interesse für andere politische Fragen verschwunden.

In den Industriebezirken ist die Not unter den arbeitslos gewordenen unorganisierten Arbeitern schon sehr groß. In vielen Städten sammelt man Unterstützungsfonds. Auch schickt man sich an, Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Es ist zu befürchten, daß es bei der Menge notleidender arbeitsloser Unorganisierter zu Ruhestörungen kommen wird.

Die neuen Wehrforderungen und ihre Deckung.

Das offiziöse Depeschensbureau meldet: In der Besprechung, die der Reichskanzler gestern mit den leitenden Ministern der Einzelstaaten hatte, wurde einstimmig das grundsätzliche Einverständnis mit der Wehrvorlage ausgesprochen und die Notwendigkeit ihrer baldigen Durchführung betont. Ferner herrschte Einmütigkeit darüber, daß die geltenden Grundsätze für die Finanzgebarung des Reiches aufrecht zu erhalten seien und daß daher die Deckung der neuen Kosten auch neue Einnahmen erforderten. Endlich war man sich allerseits darüber einig, daß neue Steuern auf den Verbrauch und Verkehr nicht vorgeschlagen werden sollen. Die danach sich ergebenden Möglichkeiten wurden eingehend durchgesprochen und ein Plan einstimmig gutgeheißen, der auf Grund der bereits vorbereiteten Unterlagen nunmehr seine endgültige Gestalt erhalten kann.

Sobiel steht also fest, daß die neuen Wehrforderungen die Zustimmung der Bundesregierungen gefunden haben. Da man gleichfalls darüber einmütig war, daß die neuen Forderungen nicht ohne die Schaffung neuer Einnahmen durchgeführt werden könnten, läßt sich annehmen, daß die Ansprüche des Militarismus zu Land, zu Wasser und in der Luft höchst beträchtliche sein werden, und die Besart, daß sie sich innerhalb der nächsten sechs Jahre auf mindestens eine Milliarde belaufen werden, eine annähernd richtige sein wird. Das wären für das Jahr 170 bis 180 Millionen, ein Betrag, der allerdings ohne neue Einnahmen nicht gedeckt zu werden vermag.

Fraglich nur bleibt es, welche der „Plan“ ist, der von den Ministern einstimmig gutgeheißen worden ist. Hat man sich für irgendeine Form der Erbschaftsteuer ausgesprochen? Die Freikonserverativen wären für eine solche ja zu haben und sicherlich auch ein Teil des Zentrums, wie ja die kirchlich von uns erwähnte Anklage des Abgeordneten Wiesberts bewiesen hat. Da neue Steuern auf den Verbrauch und den Verkehr nicht vorgeschlagen werden sollen, könnte es sich nur um eine Besteuerung des Besitzes handeln, sofern man überhaupt an eine neue Steuer denkt. Oder sollten sich die Absichten der verbündeten Regierungen etwa auf die Schaffung eines Monopols richten, um den Agrariern, auch denen des Zentrums, die unangenehme Erbschaftsteuer zu ersparen?

Jedenfalls wird es höchste Zeit, mit den entsprechenden Vorlagen an den Reichstag heranzutreten, wenn die Regierung sie nicht bis zum Herbst zurückzuschieben beabsichtigt. Da aber in dem offiziellen Telegramm auch die Notwendigkeit der baldigen Durchführung der Wehrvorlage betont wird, ist ja eine Verschiebung bis zum Herbst kaum anzunehmen. Da die Vorlagen dem Reichstag aber bestenfalls noch Ostern zugehen könnten und dann bis zu den Pfingstferien nur noch etwa dreißig Arbeitstage zur Verfügung ständen, so müßte die Tagung bis tief in den Sommer hinein ausgedehnt werden, da so bedeutende Militär-, Marine- und Steuervorlagen doch nicht einfach durchgepeitscht werden können!

Die „National-Zeitung“ zieht aus der offiziellen Meldung die Folgerung, daß Herr Bermuth Sieger geblieben ist und seine blauschwarzen Gegner die Unterlegenen. Denn obwohl nicht ausdrücklich gesagt wurde, welche Steuern geplant seien, lasse doch die negative Form den Schluss zu, daß nur eine Besitzsteuer, in erster Linie die Erbschaftsteuer, in Frage kommen könne. Dem Verlaufe nach würden die Wehrvorlagen dem Reichstage nach Ostern zugehen.

Auch die „Freisinnige Zeitung“ ist gleich dem national-liberalen Blatte der Ansicht, daß als Deckungsmittel lediglich eine Erbschaftsteuer in Betracht kommen könne. Das sei nach den Erklärungen des Reichskanzlers so gut wie zweifellos, habe Herr Bermuth doch am 17. Februar im Reichstag wörtlich ausgesprochen:

„Wir dürfen wohl mit einiger Sicherheit voraussehen, daß eine große Beseitigung in diesem Moment für die Verwirklichung neuer indirekter Steuern in diesem hohen Hause nicht vorhanden ist. (Lebhafteste Zustimmung im Zentrum und links.) Auf der anderen Seite steht es unzweifelhaft fest — und der Herr Abg. Gröber hat es wiederholt betont —, daß die sämtlichen Bundesregierungen sich einig sind mit Recht gegen eine Inanspruchnahme der Einkommens- und der Vermögenssteuer durch das Reich wenden. Wenn wir nun aber das Gebiet beschränken wollen, was in der Mitte liegt, und bevor wir überhaupt unseren Fuß auf dieses Gebiet gesetzt haben, wird am Eingange die Warnungstafel aufgestellt: „Retreten strengstens untersagt!“ (Sehr laut und Heiterkeit links.) Soll denn wirklich die Erbschaftsteuer für immer und ewig als tiefer Schatten über unserem ganzen politischen Leben liegen? (Sehr richtig rechts.) Soll die Klust, die dieses Wort eröffnet hat, fernern sich erweitern und vertieft werden? und sollen ihre wegen auch die Grundsätze aufgegeben werden, die Sie selbst, meine Herren, haben bauen und festlegen helfen? Soll denn nun — und das kann gar nicht anders kommen, darauf verlassen Sie sich auf das Wort eines, der jetzt schon seit einiger Zeit das Wohl der Reichsfinanzen auf besorgtem Herzen getragen hat — soll denn nun das ganze Ansehen aus diesem Anlaß neu eröffnet werden? Meine Herren, es ist früher hier gesagt worden, daß eine Aktion alles an ihre Ehre zu setzen hat. Ich bin fest überzeugt, daß Sie nicht hinter dieses Wort „alles“ ein Fragezeichen setzen lassen wollen, indem Sie die Bereitschaft zum Opfer von der gesetzlichen Form abhängig machen, in welche sich diese Opfer zu stellen haben.“

Die „Freisinnige Zeitung“ erklärt schließlich, daß die fortschrittliche Volkspartei, sofern ihr der Beweis für die Notwendigkeit einer neuen Steuer einwandfrei erbracht werde, für eine solche Erbschaftsteuer stimmen werde. Die Notwendigkeit der Heeres- und Marineforderungen seit das Blatt also ohne weiteres als selbstverständlich voraus!

Den Kampf gegen den Rüstungswahnsinn, gegen die gemeingefährliche weltpolitische Rivalität und gegen die verbrecherische Völkerverehrung mit ihren fürchterlichen Gefahren führt eben einzig noch die Sozialdemokratie!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. März 1912.

Kultusetat.

Auch wenn man mit seinen Anforderungen an das Dreiklassenparlament noch so bescheiden ist, wird man doch durch den bisherigen Verlauf der Generaldebatte zum Kultusetat, dessen zweite Lesung am Freitag begann, schwer enttäuscht worden sein. Keine Rede, die sich über das Maß des Alltäglichen hinaus hob! Alle Kamellen, die schon hundertmal vorgelesen sind, in neuer, aber nicht verbesserter Auflage! Das war das Zeichen, unter dem die Beratung vor sich ging, das war die „geistige“ Höhe, auf der die Debatte sich bewegte.

Gleich der erste Redner, Abg. Dietrich vom Zentrum, wiegte das Haus durch sein Klagedied über die zu geringe Rücksicht auf die Kirche, womit er natürlich nur die katholische meinte, in einen sanften Schlummer hinüber. Wer heute noch zu behaupten wagt, daß die Kirche in Preußen keine volle Freiheit genießt, oder wenn heute die Volksschule noch nicht konfessionell gestaltet ist, weil die geistliche Schulaufsicht nicht voll durchgeführt ist, dem ist beim besten Willen nicht zu helfen. Gegen einen solchen — Fanatismus kämpfen Götter selbst vergebens. Man kann es daher dem Abg. v. Campe (natl.), der sich im übrigen für die Uebernahme der Schule auf die Kirche aussprach, nicht verdenken, daß er diese kirchlichen Uebertragungen auf das richtige Maß zurückführte.

Auch was Abg. Freiberger v. Badlich über das wissenschaftliche Proletariat, aus dem seiner Ansicht nach die Sozial-

demokratie ihre besten Kräfte nimmt, und was er über den Zweck der Volksschule in hurraypatriotischem Eifer vorbrachte, haben wir aus seinem Munde schon des öfteren vernommen. Da selbst die Ausführungen des Fortschrittlers Kopisch boten, obwohl er eine Reihe von Einzelheiten anführt, die da zeigen, wie das Kultusministerium und wie die Konserverativen über die Gewissensfreiheit denken, doch im großen ganzen nicht viel Neues. Nicht einmal die Art und Weise, wie er die Lehrer gegen die „Verdächtigung“, daß 10 Proz. von ihnen Sozialdemokraten seien, in Schutz nahm, war neu. Höchstens könnte man die mehr als ungehörige Art seines Auftretens als etwas Ungeohntes bezeichnen, wenn wir nicht gerade bei Herrn Kopisch schon ganz andere Seiten-sprünge gewohnt wären.

Vor Beratung des Kultusetats führte das Haus die am Donnerstag abgebrochene Besprechung des Etats der Zentralgenossenschaftskasse zu Ende, wobei es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Preussenkasse und die landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse kam.

Am Sonnabend stehen zunächst kleinere Vorlagen, darunter die betr. Erweiterung des Stadtkreises Nauenberg, auf der Tagesordnung. Dann soll der Kultusetat weiter beraten werden.

Die Interpellationen über den Bergarbeiterstreik kommen voraussichtlich am Montag zur Besprechung.

Aus dem Seniorenkonvent des Reichstages.

Die Reichspartei hat erneut das Ersuchen um Vertretung im Seniorenkonvent und in den Kommissionen an den Seniorenkonvent gerichtet. Sie teilte mit, daß die Abg. Warmuth und Graf Kosadowich sich den 13 Mitgliedern der Reichspartei haben zugesellen lassen. Aus den Akten des Reichstages veruchten sie nachzuweisen, daß auch frühere Fraktionen, die weniger als 15 Mitglieder besaßen, nach Zuzählung einiger anderer Abgeordneter zum Seniorenkonvent und zu den Kommissionen zugelassen worden sind. Der Seniorenkonvent kam überein, daß dies nach den Akten nachgeprüft und den Fraktionen mitgeteilt werden soll, die dann noch einmal darüber Rücksprache nehmen können. Dann wurde über die Einteilung der Geschäfte verhandelt. Bis zu den Osterferien sind noch 11 Sitzungstage zur Verfügung. Bis dahin soll das Reichsamt des Innern, das Reichsamt der Post und der Etat der Reichsdruckerei erledigt werden. Früher sollten die Osterferien nach Vorschlag des Abg. Seyer nicht beginnen.

Zwischen Ostern und Pfingsten stehen dem Reichstag noch 28 Tage zur Beratung zur Verfügung. Für diese Zeit ist vorgesehen die erste Beratung der Militärvorlage, der Flottenvorlage, der Steuergesetze und Unvorhergesehenes, für welches vorläufig sechs Tage in Ansatz gebracht wurden. Für die zweite Lesung des Etats sind 19 Tage, für die dritte Lesung des Etats drei Tage in Ansatz gebracht, obgleich früher im Durchschnitt auf die Erledigung 25 1/2 Tage gekommen sind. Es würden also zwischen Ostern und Pfingsten nur die vorher bezeichneten Vorlagen und der Etat fertiggestellt werden können.

Herrn Paasches Geschäftsführung.

Als vorgestern der Genosse Sachse unter Paasches Geschäftsführung im Reichstag die Sache der Bergarbeiter verfocht, sah man Herrn Dr. Viertel unmutig die Brauen runzeln — der nationalliberale Heus auf dem Präsidentenstuhl ging ihm mit den Donnerkeilen des Ordnungsrufes zu paratam um, und richtig im Morgenblatt der „Deutschen Tageszeitung“ vom 15. März wurde Herr Paasche wegen angeblich lendenstarker Geschäftsführung zur Ordnung gerufen und von dem praepceptor germaniae, als den sich der Dicke mit der weißen Weste so gern aufspielt, an den Ohrschalen genommen. Die Züchtigung hatte gewirkt. Denn als heute wieder der nationalliberale Heuspaß Paasches über dem Reichstag leuchtete, kam alsbald die Gelegenheit, wo er die nationalen Farben herausstrecken konnte. Als der Pole Sosinski mit Recht das Verbot der polnischen Versammlungssprache im Ruhrrevier rügte, daß geradezu den Anschein habe, als wolle die Regierung Blut vergießen, fuhr nicht nur ein Ordnungsruf auf das Haupt des Redners nieder, sondern Herr Paasche fügte aus eigenem hinzu: „Deutsche Bürger können doch überall Deutsch sprechen!“ Das war wohl halb als Plaidoyer für den Sprachenparagrafen ein spontaner Ausbruch seines ehrlich-hofatistischen Herzens, halb aber auch eine „nationale“ Verbeugung vor der Reden, auf jeden Fall aber eine ganz gräßliche Ueberhebung der Präsidialbefugnis.

Wenn Herr Paasche so weiter amtiert, wird er auf der Linken des Hauses bald recht beliebt sein.

Der Streit im Zentrum.

Die Angriffe der Richtung Noeren-Oppersdorf auf die „Wachemiten“ und M.-Gladbacher werden täglich intensiver. Es erscheinen jetzt Blätter der letzteren Richtung in Köln, Berlin, Breslau und Trier. Die Herausgabe eines fünften Wochenblattes in Mainz ist beabsichtigt. Die von einem Herrn Albert Janse herausgegebene antibadensche „Kölner Korrespondenz“ präzisiert den Kern des Streites der beiden Richtungen wie folgt:

„Puffen die Weltanschauungsorganisationen der deutschen Katholiken im grundsätzlichen Einklang mit der katholischen Weltanschauung stehen? Die Osterkonferenz antwortet: Ja, die Richtung Wachen: Nein. Wer sich vor Augen hält, daß diese Frage allein den archimedischen Punkt aller Streitigkeiten bildet, der muß sagen: Rom kann gar nicht anders als der Osterkonferenz rechtgeben! Die Zentralregierung der katholischen Gesamtkirche könnte erklären, daß es nicht opportun oder nötig sei, die hier genau präziserte Streitfrage zu erörtern, sie könnte ferner den Vertretern der beiden Lager Vermittelnde erteilen, weil sie taktlos vorgegangen seien oder die Richtungsfrage verletzten hätten. Nimmt aber die Kirche zu der Frage selbst prinzipiell Stellung, so muß und wird sie erklären, daß die Osterkonferenz Recht und die Richtung Wachen Unrecht hat, daß also die Weltanschauungsorganisationen der Katholiken im grundsätzlichen Einklang mit der katholischen Weltanschauung bleiben müssen. Dies ist so sonnenklar, daß man sich doch wundern muß, wie die Position der Osterkonferenz von Katholiken überhaupt bekämpft werden kann.“

Man sieht, daß die Osterdienstagsskizze sich der Zentralregierung in Rom völlig sicher sind; und in der Tat ist nicht daran zu zweifeln, daß die Kurie auf Seiten der durch Bischof Noeren, Noeren, Dr. Kauffmann, Oppersdorf usw. repräsentierten Gruppe steht. Wenn das nicht stets mit der von der letzteren gewünschten Klarheit in die Erscheinung tritt, so deutet das eben wiedergebene Bild den Grund zutreffend an: es ist zurzeit „nicht opportun“. Und dann, so schreibt die „Kölner Korrespondenz“ an anderer Stelle: „Die Kirche verurteilt alle, die sich zu äußern entschließen“. Die Frage, ob sie noch weitergehe, beantwortet die „Kölner Korrespondenz“ dahin: „Gewiß, denn die Verhältnisse, die sich bedenklich zuspitzen, drängen zur Entscheidung.“ Außerordentlich interessant ist ein Artikel der „Köln. Korr.“, der sich mit den christlichen Gewerkschaften befaßt. Der

Gewerkschaftssekretär der Zentrums-Gewerkschaften, Herr **Adam Stegerwald**, hat sich kürzlich in Köln in einer Rede über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur katholischen Glaubens- und Sittenlehre geäußert. Auf die Ausführungen Stegerwalds schreibt die „Köln. Corr.“:

Die kirchliche Autorität hat die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften als solche nicht verworfen, und in informierten katholischen Kreisen weiß man auch warum. Aber die christlichen Gewerkschaften sollten sich hüten, daraus eine prinzipielle Billigung des interkonfessionellen Standpunktes herzuleiten. Sie sollten sich überhaupt nicht der praktischen Arbeit begeben und das Philosophieren lassen. Besonders sollte Adam Stegerwald bei seinen Leisten bleiben und nicht versuchen, eine Position theoretisch zu verteidigen, die nicht haltbar ist! Warum nehmen sich die christlichen Gewerkschaften kein Beispiel an den Katholiken auf dem Gebiete des Zentrumsfreis? Die Katholiken wissen, daß ihre Idee eines Reformzentrums zusammenbricht, sobald man sie näher betrachtet. Darum lassen sie sich auf prinzipielle Erörterungen wohlweislich nicht ein. Wir raten den Gewerkschaftlern der R.-Kl. Arbeiter-Schule, es ebenso zu machen. Sie mögen froh sein, daß sie das Leben haben!

Das ist deutlich! Die christlichen Gewerkschaften werden nur geduldet, weil man sie gegen die moderne Arbeiterbewegung gebraucht, zu deren Abwehr sie ausgesprochenemmaßen von den Zentrumsführern (Nackem, Trimborn, Pieper, Wiesberts usw.) geschaffen worden sind. Sie mögen froh sein, daß sie das Leben haben! Eine solche Sprache redet die „Köln. Corr.“ nicht von ungefähr. Sie weiß, daß die Kirche hinter ihr steht. Sie weiß, daß die Zentrums-Gewerkschaften nur von Roms Gnaden existieren. Und die Herren Krupp, Stegerwald usw. wissen das auch. Merkantilismus und Zentrumsinteresse haben ihnen stets höher gestanden als die Sache des arbeitenden Volkes; und wenn die christlichen Gewerkschaftsführer jetzt im Ruhrgebiet wieder einmal Klugheit und Selbsterhaltungstrieb außer acht lassend, die Arbeiterfrage verraten, so zeigt das, wie sehr sie von anderen Mächten abhängig sind.

Preußen ist ein ganz besonderer Staat.

Preußen charakterisiert sich in der Praxis durch einen browning-bekehrten Säugmann, der nach dem Dreiklassenwahlrecht wählt, in der Theorie ist es eine Idealmonarchie. Die in der preußischen Verfassung garantierten Rechte der Preußen — Titel II, Art. 3 bis 42 — haben als Vorbild die von der französischen Revolution proklamierten droits de l'homme et de citoyen und die Grundrechte, welche die Frankfurter Nationalversammlung vom 21. Dezember 1848 beschloß. Die Väter der preußischen Verfassung, was die Rechte der Preußen betrifft, sind also durchaus ehrenwert und geschichtlich bedeutend. Dem entspricht auch die Formulierung jedes Preußenrechtes. Das ist u. a.:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Ständeborrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.“

„Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“

„Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden.“

„Jeder Preuße hat das Recht, durch Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.“

„Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu.“

Eine schöne Auswahl vernünftiger Staatsartikel! Nur möchten wir fragen:

Sind heute alle Preußen vor dem Gesetze gleich?

Finden heute in Preußen Ständeborrechte nicht statt?

Ist heute die Freiheit des Religionsbekenntnisses in Preußen gewährleistet?

Sind heute die öffentlichen Ämter in Preußen jedem Befähigten gleich offen?

Ist heute in Preußen die Wissenschaft und ihre Lehre frei?

Ist heute in Preußen für die Jugendbildung durch öffentliche Schulen genügend gesorgt?

Darf heute jeder Preuße seine Meinung in jeder Form frei äußern?

Wird heute das Petitionsrecht allen Preußen — auch den Beamten — zugestanden?

Die Fragen sind in der Staatsverfassung Preußens theoretisch mit „Ja“ beantwortet, die Praxis beantwortet sie mit Nein!

In einem Klassenstaate kann es keine Gleichberechtigung geben, sie ist so lange Verfassungstheorie als sie nicht durch das Volk zur Praxis gemacht worden ist!

Landräthlicher Wahlzwang.

Wie die „Preuß. Lehrzeitg.“ meldet, ist versäuernden Lehrern des Wahlkreises Kalau-Ludau folgendes Schreiben aus dem Landratsamte zugegangen:

Kalau, den 1. März 1912.

Durch Mundverfügung vom 22. Dezember v. J. — 2 A 5035 — an die Kreis- und Ortschulinspektoren hat die königl. Regierung sämtliche Lehrer darauf hingewiesen und zwar ausdrücklich, daß es patriotische Pflicht aller staats-treuen Bürger, insbesondere aber aller wahlberechtigten Beamten und Lehrer sei, von ihrem Wahlrecht bei den Neuwahlen zum Reichstag Gebrauch zu machen. Zugleich hatte die königl. Regierung angeordnet, daß den Beamten die nötige dienstfreie Zeit an den Tagen der Haupt-, Stich- und Nachwahlen gewährt und ihnen die Kontrolle der Wählerlisten erleichtert werde. Trotzdem haben Sie bei der Stichwahl Ihre Stimme nicht abgegeben.

Im Namen der königlichen Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, veranlasse ich Sie, sich darüber binnen fünf Tagen zu äußern, warum Sie der ausdrücklichen Befehle der königlichen Regierung nicht nachgekommen sind.

J. B.: Heintze, Kreissekretär.

Allen Anschein nach will das Landratsamt dafür Rache nehmen, daß im Wahlkreis Kalau-Ludau bei der letzten Reichstagswahl vom ersten Male der sozialdemokratische Kandidat, der Genosse Bels-Werlin, gesiegt hat, und da man an jene Wähler, die wirtschaftlich von der Regierungsverwaltung unabhängig sind, schwer heran kann, geht man zunächst gegen die Volksschullehrer vor. Was man von ihnen will, bleibt freilich rätselhaft, denn bisher besteht noch keine Wahlpflicht zum Reichstag. Dem keiner der aufgestellten Kandidaten zufolge, darf zu Hause bleiben, auch wenn er Staats- oder Kommunalbeamter ist. Hoffentlich lassen sich aber die Lehrer den widerrechtlichen Verzicht des Landratsamtes, sie zum Wählen zu zwingen, zur Lehre dienen und stimmen das nächste Mal mit ab, und zwar in richtiger Erkenntnis ihrer Stellung im heutigen preußischen Junkerstaat — sozialdemokratisch.

Sieber Zuchthaus als Festungsgefängnis.

Daß sich jemand der Wahrheit zuwider selbst einer strafbaren Handlung bezieht, um ins Zuchthaus zu kommen, dürfte wohl zu den Seltenheiten gehören. Mit einem solchen eigenartigen Fall hatte Berantw. Redakteur: Albert Bachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

sich dieser Tage das Kriegsgericht in Dresden zu beschäftigen. Der 24 Jahre alte Maler, jetzige Militärfestungsgewerkschafter Karl Alfred Schurz wurde im Herbst 1909 beim Infanterieregiment Nr. 179 eingezogen. In der Absicht, sich dauernd der Dienstpflicht zu entziehen, entfernte er sich aber bald von seiner Truppe, weil es ihm nach seiner Angabe nicht gut gegangen sei. Nach sieben Monaten wurde er wieder aufgegriffen und wegen Fahnenflucht und Diebstahls zu ein Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Zur Strafverbüßung brachte man ihn in das Dresdener Festungsgefängnis, wo die Militärfestungsgefängnisse unter den Militärgewerkschaftern stehen. Hier will Schurz mehrfach schikaniert und zu Unrecht bestraft worden sein. Der Aufenthalt wurde ihm deshalb unerträglich; an manchen Tagen war er so erregt, daß er am ganzen Körper zitterte. Schurz war deshalb bestraft, aus dem Festungsgefängnis herauszukommen; er wollte in eine Zivilanstalt oder ins Zuchthaus. Er hat darüber mehrfach mit einem Leidensgenossen gesprochen und dieser soll Schurz den Rat gegeben haben, etwas zu begehnen oder sich einer Straftat zu bezichtigen, dann käme er raus. Anfang Oktober v. J. erhielt Schurz auf Meldung eines Unteroffiziers wieder — nach seiner Ansicht zu Unrecht — eine dreitägige strenge Arreststrafe. Als er aus dem Arrest kam, ist er von einem Unteroffizier schwer „herangeworfen“ worden. Das brachte Schurz in eine derartige Erregung, daß er sich gleich darauf zu einer mit schwerer Strafe bedachten Handlung hinreißen ließ; er warf einen Gegenstand nach dem Unteroffizier und der tätliche Angriff war fertig. „Zusatzstrafe von 2 Jahren und einem Monat Gefängnis“ lautete der Richterspruch der Militärjustiz. Schon damals hatte Schurz den Richtern zugeführt: „Ich will ins Zuchthaus, im Festungsgefängnis mache ich mich immer unglücklicher!“ Das Gericht tat ihm jedoch nicht den Gefallen, auf Zuchthaus zu erkennen. Er sann deshalb (ein Ende der Strafzeit im Festungsgefängnis war nicht abzusehen) darüber nach, wie er diesen Weg am besten erreichen könne. Schließlich kam er zur Selbstbezichtigung. Am 21. November ließ sich Schurz verführen und gab der Wahrheit zuwider an, er habe auf seiner Fahnenflucht in Berlin auf der Invalidenstr. aus einem Schuhwarenladen ein Paar Schuhe entwendet. Schurz war der Annahme, daß er nun — er ist zweimal wegen Diebstahls bestraft — wegen Rückfalldiebstahls mit Gefängnis und mehrjährigem Ehrverlust oder Zuchthaus bestraft werden würde.

Die Untersuchungsbehörde stand dieser Selbstbezichtigung anfangs sehr mißtrauisch gegenüber, Schurz blieb aber immer wieder dabei, den Diebstahl begangen zu haben. Durch die angeführten Erörterungen wurden die Angaben des Schurz zum Teil bestätigt, worauf eine Anklage wegen einfachen Diebstahls erfolgte. Rückfall kam nicht in Frage, weil der angebliche Diebstahl vor der Aburteilung des zweiten Diebstahls liegt. Darauf wurde Schurz in der jetzigen Verhandlung ausdrücklich hingewiesen und ermahnt, der Wahrheit die Ehre zu geben. Und nun ereignete sich etwas Verwunderliches: Schurz erklärte auf einmal, daß er den Diebstahl nicht begangen habe; es sei ihm lediglich darauf angekommen, eine recht harte Strafe zu erhalten — am liebsten Zuchthaus! Da aber nur einfacher Diebstahl in Frage komme, habe es seinen Zweck, die Selbstbezichtigung noch aufrecht zu erhalten! Auf eine weitere Frage erklärte Schurz: „Ich wollte weg aus dem Festungsgefängnis, weil ich glaube, dort nie wieder herauszukommen, ich mache mich immer wieder unglücklich, denn das Personal ist zu jung und alles wird bestraft!“ (Was liegt nicht alles in diesen Worten — eine gelinde Anklage gegen das System.) Auch als ihm vorgehalten wurde, daß er sich durch eine falsche Selbstbezichtigung einer schweren Achtungsverletzung schuldig gemacht haben würde, blieb Schurz dabei, den Diebstahl nicht begangen zu haben. Trotz des Widerrufs beantragte der Anklagevertreter wegen einfachen Diebstahls mehrere Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Die Angelegenheit wird aber für Schurz noch ein trauriges Nachspiel haben.

Zwei Kriegsgerichtsurteile.

Wegen einer grenzenlosen Hobeit hatte sich der Sergeant Regold vom Infanterieregiment Nr. 177 vor dem Dresdener Kriegsgericht zu verantworten. Dem Angeklagten war im Herbst vorigen Jahres eine Rekrutenkorporalstelle zur Ausbildung übergeben worden, in der sich auch ein schwerhöriger und schief gebauter Soldat namens Richter befand. Eines Tages während des Dienstes soll Richter wieder eine ganz unmitelbare Stellung eingenommen haben; dafür wurde er mit toden Rißhandlungen gestraft. Der als „braunbarter“ und „stammer“ Vorgesetzter geschilderte Angeklagte schlug den Soldaten mit der Faust auf den Helm, versetzte ihm einen Fußtritt gegen den Arm und schließlich noch einige Schläge mit dem Seitengewehr auf den Hinterkopf! Die Rißhandlungen waren so erheblich, daß sich Richter in ärztliche Behandlung begeben mußte, wobei Verletzungen des Nasenbeins, eine Geschwulst am Arm und Beulen und blutunterlaufene Stellen am Hinterkopf festgestellt wurden! Vor Gericht entschuldigte sich der Sergeant damit, daß er nur Korrekturen habe vornehmen wollen, die aber härter ausgefallen seien, als er beabsichtigt habe! Das Gericht verfuhr mit dem „Soldatenerzieher“ sehr mild; es verurteilte ihn wegen Rißhandlung eines Untergebenen in Tateinheit mit vorchriftswidriger Behandlung begangen während der Ausübung des Dienstes und unter Mißbrauch der Waffe zu — 3 Wochen mittleren Arrest!

Ein Gegenstück! Wie schwer dagegen oft ein Soldat wegen einer Lappalie bestraft wird, zeigt folgender Fall. Der Soldat Bätzke hatte eines Tages sein Gewehr gereinigt, aber nicht in die Stange gestellt, weil diese mit seinem neuen Gewehr besetzt war. Er erhielt aber vom Sergeanten den Befehl, das Gewehr auch in die Stänge zu stellen. Das konnte B. nicht, weshalb er sagte: „Ich bitte melden zu dürfen, daß meine Gewehrsänge besetzt ist!“ Trotzdem wiederholte der Sergeant den Befehl, worauf B. dieselbe Aeußerung tat. Darin wurde Achtungsverletzung, Gehorhamsverweigerung und Beharren im Ungehorsam erblickt. Vom Gericht erhielt B. die erorbitante Strafe von 22 Tagen strengen Arrest! Auf die eingewendete Berufung hob das Dresdener Kriegsgericht das Urteil auf, weil dem Standgericht bei Bildung der Gesamtstrafe ein Verstum unterlaufen war. Es hielt die Anklage für gedeckt und warf 21 Tage strengen Arrest auf!

Frankreich.

Die Marokkopolitik.

Paris, 15. März. Die Kammer setzte die Interpellation über die auswärtige Politik fort. Ministerpräsident Poincaré führte aus, die Regierung sei bereit, die volle Verantwortung für ihre Politik zu übernehmen und Erklärungen abzugeben. Doch dürfe man die auswärtige Politik nicht schwächen, indem man Mißverständnisse fortbestehen lasse zwischen Männern, die mit verschiedenen Mitteln, aber mit demselben Ideal ihre Pflicht als gute Franzosen getan hätten. Poincaré hat seine Freunde Caillaux, Cruppi, Messimy und Briand, dem höheren Interesse ihren Wunsch, sich auszusprechen, zu opfern. Uebrigens könne kein ehemaliger Minister Depesch und Telegramme, die er erhalten habe, ohne Zustimmung der fremden Mächte veröffentlichen, noch Einzelheiten der Verhandlungen enthüllen. (Lärm.) Poincaré fügte hinzu, in der marokkanischen Frage fühle die Regierung sich solidarisch mit den früheren Kabinetten; das Protektorat über Marokko sei das rechtmäßige Ergebnis ihrer Bemühungen.

Am Schluß der Sitzung beharrte Jaurès dabei, von den ehemaligen Ministern Rechenschaft zu fordern. Er sagte: „Es gibt keine Republik mehr, wenn wir nicht das Recht haben, die Wahrheit zu erfahren. Er griff dann Pichon und Caillaux an und warf Cruppi vor, daß er mit Pichon und dem Reichstagsabgeordneten Semler verhandelt habe. Er verbot sich auf sein Ehrenwort, Cruppi habe ihm im wesentlichen erklärt: „Ich brauche Euch wegen des Marokkos auf Jes nicht zu beunruhigen. Von Deutschland ist nichts zu befürchten. Wir bereiten etwas großes vor.“ Die äußerste Linke verlangte von Caillaux eine Erklärung. (Lärm.) Caillaux rührte sich nicht. Jaurès rief: Wenn Caillaux schweigt, muß er vom Parlament disqualifiziert werden. (Weiß auf der äußersten Linken.) Er forderte dann das Gelbbuch. Poincaré erwiderte, das Gelbbuch befinde sich in der Staatsdruckerei. Zum Schluß wies Jaurès auf die Gefahr von Geheimverträgen hin.

Wahlkuberts und Wahlkabinen.

Paris, 15. März. Die Deputiertenkammer hat mit 524 gegen zwei Stimmen eine Bestimmung zum Wahlgesetz angenommen, durch welche kubertierte Stimmzettel und besondere Wahlkabinen eingeführt werden.

Italien.

Giolitti über Reaktion und Sozialismus.

Rom, 11. März. (Eig. Ber.) Der Abgeordnete Genosse Ben-tini hat bei der Diskussion des Budgets des Innern im Auftrag der Parteifraktion dem Minister die stetig wachsende Schärfe vorgehalten, mit der Gerichte und Polizei seit Beginn des Krieges gegen Sozialisten und Gewerkschaftler vorgehen. Er hat darauf hingewiesen, daß in den letzten Monaten wegen politischer Vergehen 245 Jahre Gefängnis verteilt worden sind und hat hervorgehoben, daß man heute, wie zur Zeit der schwarzen Reaktion, den Paragrafen über die Bildung verbrecherischer Vereinigungen auf Sozialisten und Gewerkschaftler anwendet. Als Ventini sagte, daß die Gerichte dabei vielleicht einer von oben ausgegebenen Parole gehorchten, unterbrach ihn Giolitti sehr lebhaft, um dies mit der größten Energie in Abrede zu stellen. In seinem Schlusswort hat dann Giolitti zugegeben, daß von der Polizei Irrtümer begangen sein könnten. Er habe nichts dagegen, einen Teil der Prozesse einer Durchsicht zu unterziehen und eine mögliche Amnestie ins Auge zu fassen. Der Ministerpräsident hat sich dann noch über den Sozialismus ausgelassen und hat gemeint, daß die Sozialisten einen Teil ihres Einflusses auf die Massen verloren hätten. Nach seiner Ansicht liegt das daran, weil früher die Regierung ein Werkzeug in der Hand einer Klasse war, um die andere zu unterdrücken, während sie heute die Pflicht fühlt, für die Befriedigung der beherrschten Klassen zu sorgen, um somit einen Teil des sozialistischen Programms zu verwirklichen. Natürlich könnte diese Politik wegen ihrer politischen Resultate die sozialistische Partei nicht zufriedenstellen; sie hätte aber dazu geführt, die Sozialisten vernünftiger zu machen. Man könne nicht sagen, daß der Sozialismus tot sei, sondern müsse nur anerkennen, daß er weniger heftig ist als früher. Im übrigen bliebe den Sozialisten immer die Aufgabe, die Vorhut für alle Forderungen der Arbeiterschaft zu bilden, welche Forderungen die Regierung, die die Verantwortlichkeit der Macht hat, je nach der sozialen Lage allmählich verwirklichte.

Wir wissen also jetzt aus dem Munde Giolittis, daß die Regierung heute eine Art Monarchenunternehmen für die sozialistische Partei darstellt. Offentlich merken die Massen bald etwas davon. Bis jetzt bilden nur die 245 Jahre Gefängnis den ersten Vorgeschmack.

Letzte Nachrichten.

Der Leutnant mit 60 Mann.

Bohum, 15. März. (Eig. Tel. d. „Vorwärts“.) In der heute nachmittag in Massen bei Unna stattgefundenen Bergarbeiterversammlung erließen, als das Referat beendet und die Versammlung bald zu Ende war, ein sehr junger Leutnant mit etwa 60 Soldaten des 16. Infanterieregiments und forderte im Namen Sr. Majestät auf, das Lokal zu verlassen, andernfalls er von der Waffe Gebrauch machen lasse. Der Leutnant hatte in der rechten Hand einen Revolver und in der linken den blanken Säbel. Es entstand eine Panik.

Der Referent und der Versammlungsleiter forderten die Versammelten auf ruhig zu bleiben und sich langsam zu entfernen, damit an den Ausgängen kein Gedränge entstehe, was auch befolgt wurde. Dafür wurden die Personalien der beiden Auffordernden von dem Leutnant festgestellt. Obwohl dem Wirt wie den Versammlungsleitern wurde vom Leutnant erklärt, sie dürften unter keinen Umständen mehr eine Versammlung abhalten.

Weitere Polizeitaten.

Bohum, 15. März. (B. L. B.) Die gestrigen Vorgänge an den Präsidentenschächten gaben der Polizei Veranlassung zu einer sehr stärkeren Besetzung der Straßen und zu schärferem Vorgehen. In verschiedenen Straßen, wo junge Burken schossen, wurden starke Ansammlungen mit Kolbenköpfen, mit blanker Waffe und Schußwaffen zerstreut. Eine Person erhielt einen Schuß ins Bein.

Die Verhandlungen in England gescheitert.

London, 15. März. (B. C.) Die mit Spannung erwartete heutige Konferenz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, in der die Entscheidung fallen sollte, ist ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, und es ist noch nicht zu sehen, ob sie wieder aufgenommen werden. Die Regierung beabsichtigt nunmehr, wie angekündigt, die Frage des Mindestlohnes auf gesetzlichem Wege zu regeln.

Ein Ketzerprozess.

Dresden, 15. März. (B. L. B.) In dem Disziplinarverfahren gegen den Pfarrer H. Traub-Dortmund wurde heute abend nach vierstündiger Verhandlung das Urteil verkündet. Es lautet auf Strafverfehlung.

Gut russisch.

Darshan, 15. März. (B. C.) Die Gerüchte über die Flucht des verurteilten Paulanermonchs Damogh Ragozsch scheinen sich zu bewahrheiten. Die Polizei gibt sich alle Mühe, die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, da eine Anzahl höherer Polizeibeamten in der Angelegenheit aufs schwerste kompromittiert sein sollen. Ferner heißt es, die russischen Behörden hätten Ragozsch in das Kloster hineingeschmuggelt, um durch ihn die Verwaltung der Klosterküche in die Hand zu bekommen.

Wer meldet, siegt.

Konstantinopel, 15. März. (B. L. B.) Der Kommandant der türkischen Streitkräfte bei Benghasi meldet dem Kriegsministerium, daß am 15. März eine türkische Abteilung aus den Befestigungen von Fojat austrückte und die Italiener angriff, welche ihr Lager verließen. Die Italiener hatten ziemlich erhebliche Verluste. Auf türkischer Seite waren zwei Verwundete. Die Türken erbeuteten viele Pferde und Kamel.

Reichstag.

27. Sitzung, Freitag, den 15. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Präs. Kaempf verliest das Danktelegramm des Präsidenten der italienischen Kammer für die gestrige Depesche des Reichstags aus Anlaß des Attentats.

Ferner gelangt zur Verlesung ein Schreiben des Kriegsministers, worin er feststellt, daß nach seinen Ermittlungen die neulich von dem Abg. Südekum (Soz.) aufgestellte Behauptung, der Präses der Artillerieprüfungskommission habe einen Sohn in leitender Stellung bei einer Firma, mit der er das ganze Jahr zu tun habe, weder auf den jetzigen Präses Generalmajor v. Siegel, noch auf dessen Vorgänger zutrefte. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Südekum (Soz.): Es bedarf wohl keiner Versicherung, daß ich es sehr bedauern würde, wenn meine Bemerkung über den Präses der Artillerieprüfungskommission auf falscher Information oder auf einer Personenverwechslung beruhte. Es wird möglich sein, den Sachverhalt bis zur Beratung des Militäretats festzustellen und ich werde dann auf die Angelegenheit zurückkommen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Ein Antrag Senstadt (L.) und Genossen betreffend Einstellung eines schwebenden Strafverfahrens gegen den Abg. Graf Oppersdorf für die Dauer der Session wird ohne Debatte angenommen.

Hierauf wird in dritter Lesung der Nachtragsetz betr. Errichtung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Zentrum-Interpellation über den

Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Abg. Gothein (Sp.): Herr Schiffer hat gestern eigentlich gar nicht zur Interpellation gesprochen. Nach dem Wortlaut seiner Rede hätte die Interpellation lauten müssen: Was gebietet der Reichskanzler zum Schutze des christlichen Gewerkschaften zu tun? (Sehr gut! links.) Die Rede des Herrn Schiffer hat das Parteigebiet in diese ernste Frage hineingebrochen und da machen wir nicht mit. Die Debatte hat durch diese Rede wahrlich nicht gewonnen. Für uns handelt es sich bei der gegenwärtigen Lohnbewegung, von der der Streik nur ein Teil ist, um die grundsätzliche Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter

und diese Entwicklung kann der Streik, selbst wenn er wirklich verfehlt sein sollte, nicht aufhalten. Herr Hue selbst soll den Streik als einen Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter genannt haben. Wie kann man sich abförmig Zeug behaupten! Auch Herr Hue weiß natürlich, daß ein solcher Sympathiestreik im Augenblick nur den englischen Grubenbesitzern zugute kommen würde. Nach Herrn Schiffer handelt es sich um einen Antipathiestreik gegen die Christlichen und ganz allgemein um politische Motive bei der Lohnbewegung. Dabei wird übersehen, daß neben den Sozialdemokraten auch die Mitglieder des Christ-Demokratischen Gewerkschaftsvereins und die Polen streiken. (Sehr richtig! links.) Der Staatssekretär hat sich auf die Protokolle der Arbeitsausschüsse bezogen. Ich warne ihn davon, darauf ein zu großes Gewicht zu legen. Ein Grubenbesitzer aus Saarbrücken hat gesagt, jede Grube habe den Arbeiterschutz, den sie sich wünsche. (Hört! hört! links.) Unangenehme Leute brauchen ja nur vorlegt zu werden. (Hört! hört! links.) Nach diesem Rezept verfährt man wohl nicht nur in Saarbrücken.

Man kann nicht sagen, daß die Bergarbeiter etwas Unbilliges verlangen. Höchstens die Fülle der Forderungen auf einmal könnte gewisse Bedenken erregen. Troy wiederholter Jurufe ist gestern der Staatssekretär nicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise bei der Verlesung seiner Lohnzahlen eingegangen. Es ist durchaus verständlich, wenn die Bergleute auch dafür eine Lohnsteigerung verlangen. (Beifall links.) Nun sagt man, die Forderungen könnten die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen aus Gründen der Rentabilität. Damit kommt man aber nicht weiter. In solchen

Fällen muß gehandelt werden. Die Arbeiter werden auf den 15 Proz. nicht bestehen, sondern mit sich reden lassen. Sie werden auch mit 10 Proz. zufrieden sein und das läßt sich bei unserem Dezimalsystem ja auch sehr leicht berechnen. (Weiterkeit.) Eine Verkürzung der Schichtzeit, gegen die auch Rentabilitätsgründe sprechen sollen, bedeutet noch lange nicht auch eine Verkürzung der Arbeitsleistung. Der Bergarbeiter kann 8 Stunden nicht hintereinander arbeiten, sondern muß Ruhepausen einlegen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen im Gegenteil bei verkürzter Schichtzeit eine Erhöhung der Förderung. Die Zechenherren sagen, wir könnten bei Erfüllung der Bergarbeiterforderungen auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren.

Nur nicht solche Schanermärchen!

So gefährlich ist die Sache wirklich nicht. Die Abschaffung der Ueberfrachten halten wir für durchaus gerechtfertigt, dadurch wird die allgemeine Leistungsfähigkeit herabgedrückt. Der Reich ist eben keine Maschine und kann nicht dauernd lästig sein.

Bei den Arbeiterwohnungen verlangt man eine einmonatige Kündigung, damit der Arbeiter nicht ohne weiteres mit Familie auf die Straße gesetzt werden kann. Das ist eine sehr berechtigte Forderung, die der Reichstag schon früher mit großer Mehrheit erhoben hat. Auch das Verlangen, daß die Arbeiter in den Zechenwohnungen Kolporteurs ihrer Zeitung, Abgesandte ihrer Organisation empfangen dürfen, ist ganz selbstverständlich. Ihnen das zu verbieten, bedeutet eine

ganz unwürdige Bevormundung erwachsener Menschen

die dem Grubenbesitzer doch nichts als ihre Arbeitskraft verkauft haben. (Sehr gut! links.) Eine unbedingt notwendige Forderung ist weiter die Umwandlung des einseitigen Arbeitsnachweises der Zechenbesitzer in einen paritätischen Nachweis. Die einseitige Nachweis ausgenutzt wird zur Herbeiführung eines modernen Sklaventums hat Herr Schiffer und ja gestern wieder an trassen Beispielen gezeigt. Diese Forderung sollte recht bald erfüllt werden, ebenso wie die Beseitigung des jetzigen Strafanweises. Verständig ist auch die Forderung nach einem paritätischen Schiedsgericht. All das sind Sachen, über die sich verhandeln lassen müßte und die auch den Zechen so gut wie keine Kosten auferlegen. Aber es sind eben lauter

Eingriffe in das Herrenrecht

der Unternehmer, auf das sie bedauerlicherweise bestehen. Ich komme nun darauf, daß man diese Forderung durch den Streik zu erlangen sucht. Den Kontraktbruch, unter dem der Streik begonnen ist, werden wir sicher alle bedauern. Freilich ist eine Kündigung durch den einzelnen Arbeiter nicht leicht durchführbar; es müßte eine Instanz geben, die berechtigt ist, eine gemeinsame Kündigung vorzunehmen. Im Auslande ist das, z. B. in England, Sache der Organisation. Man sollte bei uns eine Kollektivkündigung durch Beauftragte gesetzlich einführen. Für Einzelkündigungen ist der Arbeiterschutz zuständig, in großen, allgemeinen Fragen aber die Organisation. (Sehr richtig! links.) Bei den Sozialdemokraten.) Ich halte den Tarifvertrag auch im Bergbau für die meisten Arbeiter für durchaus möglich. Die Einführung eines Minimallohnes im Bergbau ist gar nicht so etwas Utopisches. Im Baugewerbe, im Buchdruckgewerbe ist der Mindestlohn eingeführt und die Konservativen verlangen ja selbst im § 100 g für die Handwerker etwas ganz Ähnliches. (Sehr richtig! links.) Auch im Bergbau werden, wie gesagt, Tarifverträge möglich sein, wenn nur der gute Wille zum Verhandeln da wäre. Aber daran fehlt es ja eben; die Grubenbesitzer fühlen sich als Herren, die nicht verhandeln, sondern dekretieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Auch die von ihnen schließlich gegebenen Versprechungen genügen bei der jetzigen Situation nicht mehr. Versprechen kann jeder, hier müßte eine greifbare, bestimmte Zusage gegeben werden. (Sehr richtig! links.) Der Staatssekretär meinte, die Zeit zur Vermittelung sei noch nicht reif gewesen. Ich finde, es war eher schon zu spät. (Sehr richtig!) Die richtige Zeit zur Vermittelung wäre der Moment gewesen, als die Forderungen abgelehnt wurden. Aber man hat bei uns kein Verständnis für die Volkspsyche. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hätte man beizeiten eingegriffen, ehe die Erregung unter den Bergarbeitern soweit gestiegen war, hätte der Streik sicher vermieden werden können. Wenn der

Staatssekretär den nötigen ersten Druck ausgeübt hätte, wären die Zechenherren und ihre Organisationen sehr wohl zu Verhandlungen zu veranlassen gewesen. (Sehr richtig! links.) Hier zeigt sich der Mangel an einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiter in Arbeitskammern. Im übrigen ist es niemals zu spät

solche Verhandlungen herbeizuführen. Gewiß, man kann sich ja auf den Standpunkt stellen, daß der Streik ohnehin zusammenbrechen wird. Aber das ist kein staatsmännischer Standpunkt, sondern entspringt mehr dem Druck der Scharfmacher im Herrenhaus. (Sehr richtig! links.) Auch die berühmte Geheimkonferenz im Palais-Hotel hat an das Herrenhaus appelliert. (Hört! hört! links.) Gewiß haben wir auch sozial denkende Männer als preussische Handelsminister gehabt. Aber das waren plümiere Erscheinungen. Der ruhende Pol in der Erscheinungen steht ist die Bergwerksabteilung im Handelsministerium, die als größte Arbeitgeberin möglichst viel aus den fiskalischen Werken herauswirtschaften will. Herr Delbrück konnte gestern die Grubenbesitzer des früheren preussischen Handelsministers nicht abstreifen. Besonders der Schluß seiner Rede müßte bei den Arbeitern Misstrauen hervorrufen. (Sehr richtig! links.) Aber die preussischen Handelsminister waren noch immer besser als das Abgeordnetenhaus oder gar das Herrenhaus. Selbst nach der beschriebenen Vorlage von 1906 wurde von den Zechenherren dem damaligen Handelsminister vorgeworfen, daß er

Arm in Arm mit der Sozialdemokratie

marschiere. (Hört! hört! links.) Handelsminister war damals Herr Delbrück. (Weiterkeit.) Es wurde ihm im Palais-Hotel nachgesagt, daß er ein scharfer Gegner des damaligen Staatssekretärs v. Weichmann Hollweg war. (Große Weiterkeit.) Der Vorsitzende aber stellte fest, daß Herr Delbrück der beste Mann sei, den die Herren seit Bismarck gehabt hätten. (Hört! hört! links.)

Obwohl wir kein Faible für die Arbeitswilligen haben, wollen wir, daß sie geschützt werden. Aber die Beamten, vor allem die Vorgesetzten, dürfen nicht nervös werden. Man glaube doch nicht alle Zaturernachrichten. Man überlasse den Organisationen, durch Ordnungsmänner für Ordnung zu sorgen. Das hat sich vielfach bewährt. Aber durch Schnelligkeit erweckt man den Eindruck der Parteilichkeit, der noch verstärkt wird durch Reden, wie sie im Herrenhaus und gestern hier durch Herrn v. Bieberstein gehalten worden sind. (Sehr richtig! links.) Es stehen große Interessen auf dem Spiel. Die Regierung muß die Initiative ergreifen, denn unser ganzes Erwerbsleben wird von diesem Streik betroffen. Es liegt aber auch im Interesse des sozialen Friedens, daß der Herrenstandpunkt bald beseitigt wird. Ueber dem gegenwärtigen Streik steht uns das Ziel der Gleichberechtigung des Arbeiters im Arbeitsverhältnis. Daran müssen alle mitarbeiten, auch die Regierung. (Beifolter Beifall links.)

Abg. Esinski (Pole): Es handelt sich nicht um einen Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter, sondern um eine seit langem vorbereitete Bewegung. Die Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern war immer größer geworden. Seit der geforderten Grubenkontrollen hat man ihnen 1909

die weiße Salbe der Sicherheitsmänner

gegeben. Dazu kam, daß die Löhne immer mehr sanken, die Gewinne der Zechen stiegen. Der jetzige Zeitpunkt ist für die Bergarbeiter zweifellos der günstigste, da nicht zu befürchten ist, daß der deutsche Markt mit englischer Kohle überflutet wird. Zuerst machten auch die Christlichen mit, sie zogen sich erst zurück, als sie glaubten, daß die Zechenherren ihre Versprechungen auf Lohnherabsetzungen erfüllen würden. Davon ist aber offenbar keine Rede. Die geringen inzwischen erfolgten Lohnherabsetzungen machen wenig aus gegenüber den gestiegenen Lebensmitteln- und Kleidungspreisen. Hätten die Christlichen weiter mitgemacht, hätten es die Zechenherren kaum auf den Streik ankommen lassen. (Sehr richtig! links.) Ich will mich nicht in den Streit zwischen dem Seinerkreise und dem alten Verband einmischen, jedenfalls haben den Nutzen von dieser gegenseitigen Bekämpfung der deutschen Verbände nur die Arbeitgeber. (Sehr wahr! links.) Die Beteiligung am Streik beweist, daß die große Mehrheit der Bergarbeiter die Forderungen als berechtigt ansieht und den Streik als einziges Mittel zur Erreichung der Forderungen betrachtet. (Sehr wahr! h. d. Soz.) In den Zusammenrottungen hat nach meinen Ermittlungen die Polizei vielfach selbst Anlaß ge-

Kleines feuilleton.

Ein Volksdichter? Der in München ansässige „Volksdichter“ Maximilian Schmidt, genannt Waldschmidt, hat vor einiger Zeit unter heftigen Applaus aller idealistisch gesinnten Lesefreundlichen seinen 80. Geburtstag in der bekannten „geistigen Frische und Rüstigkeit“ feiern dürfen. Schmidt gilt in den Kleinstädter-Beobachtungen als der privilegierte Sänger und Lobredner des Bayerischen Waldes, so sich von den fränkischen Höhen bis zum Wälderwald hinzieht. Er hat seine durchaus berechtigte Heimatliebe zum Bayernwald, der mittleren Höhe dieser zahlreichen Bergzüge entsprechend, in zahlreichen Erzählungen, Romanen, Humoresken, Gedichten von mittlerer Güte unablässig zum Ausdruck gebracht. Diese Schriften sind Zeugnisse unendlicher Geschwätzigkeit und einer seltenen Kunst des Wiederholens, Zeugnisse eines engen geistigen Horizonts, einer Kleinbürgerlichkeit, anphisch allem Großen, Kraftvollen, Elementaren oder menschlich Abstoßenden aus dem Welt-gebenden Daseinsbetrachtung und fanden deshalb bald im Kleinbürgerlichen deutschen Lesepublikum so viele geistige Wähler, daß Herr Hofrat Schmidt bald eine einträgliche Gesamtausgabe seiner Goldschmittbände veranstalten durfte.

In verschwommenen, akademischen Optimismus übertrifft der Igl. bayr. Waldschmidt womöglich seinen blondgelockten Kollegen in Waldler-Romanen und Lederhosen-Dramatik, den Hofgänger Ganghofer. „Ich habe bei der großen Auswahl meiner Stoffe mich mehr der menschlichen Liebe als dem moralischen Defekt zugewandt. Ich wollte mich in meinen glücklichen Arbeitsstunden mit heiteren Bildern müß mit der Niedertucht befassen, welche gottlob doch nur in der Wälderwelt ist.“ Seine Popularität zu erhöhen, trägt R. Schmidt auch auf die Bühne und verfasste einige von schwärzlicher Güte trübende sogenannte Volksstücke wie: „Das Austragsstückel“ und „Der Dorfparter“, deren gütige Milde niemandem wehe tat.

In jüngeren Jahren hat Herr R. Schmidt das Webetum freilich besser verstanden. Das war, als er des längst vergessenen Münchener Dichters und des wahren Sängers des schönen Bayernwaldes Heinrich von Keder Bücher so intensiv nachempfand, daß er in der Contradixen „Gesellschaft“ als offenkundiger Plagiator festgenagelt wurde. Jedoch, die Contradixen und die Schmidtische Gesellschaft trennten damals wie heute Welten. Und so steht der ordnungsbefragte Persönlichkeit mit 30 Goldschmittbänden und Popularität vor der einen Gesellschaft da, während die andere die arten Uebersichten „Federzeichnungen“ und die kraftvollen Schilderungen und seinen Naturbilder des in verbitterter Einfachheit unbedacht gezeichneten, zeitlebend aufrechten Heinrich v. Keder lieb zu behalten sucht.

100 Jahre Gasbeleuchtung. Im Frühjahr 1812 hatte der Hüttenfachmann Professor Lampadius in Freiberg den Rat, trotz der energischen Gegenutachten und Gegenratschläge anderer Fachleute, sein Haus und seine Arbeitsräume als erster in Deutschland durch Gas zu erleuchten. Vier Jahre lang blieb sein Beispiel ohne

Nachahmung; erst als England Versuche größeren Umfangs gemacht hatte, wurde das Interesse in Deutschland allgemein. Durch den Großherzog Karl August anregt, besaßte sich auch Goethe damit. Im Jahre 1815 entstand auch die erste Gasanstalt in Deutschland. Eine alte Amalgamierwerkstatt wurde, so erzählt „Die Welt der Technik“, in eine Gasanstalt umgewandelt.

In dieser Zeit wurden in London die Hauptstraßen bereits durch Gas erleuchtet. Dort hatte schon in den Jahren 1804—1809 Mr. Friedrich Albert Windfor, der eigentlich Wäzger hieß und Deutsch-Ceisterreicher war, Patente für die Erzeugung und Verwendung von Leuchtgas erworben und mit Erfolg den Versuch gemacht, die eine Seite der Pall Mall, eine der elegantesten Londoner Straßen, mit Gas zu beleuchten. Damit war die Geschichte der Gasbeleuchtung aus dem Stadium der Spielerei in das der industriellen Verwertung getreten. Natürlich konnte man sich im Publikum nicht so ohne weiteres denken, wie ein Licht ohne Docht brennen könne und wie Luft entzündet werden kann. Der berühmte Romanschriftsteller Walter Scott behandelte mit der schärfsten Satire diese „lächerliche Neuerung“, aber selbst der große englische Physiker Davy erwies sich als entschiedener Gegner der neuen Beleuchtung. Ihre rasche Entwicklung war auch durch den geradezu unelldlichen Versuch verzögert worden, der zunächst damit verbunden war und der sie für Zimmerbeleuchtung anfangs fast unbenutzbar machte: es war das Verdienst Clegg und Windfors, eine rationale Gasreinigung zuerst eingeführt zu haben. Auch in Deutschland war der Widerstand der öffentlichen Meinung zuerst recht groß. Die „kölnische Zeitung“ führte sieben Gründe gegen die Neuerung an, darunter einen theologischen, juristischen und medizinischen.

Aber diese „Gründe“ konnten doch nicht hindern, daß die Gasbeleuchtung, wie überall in der Welt, auch in Deutschland immer mehr an Boden gewann. Die Stadt Freiberg richtete sich Gasbeleuchtung ein, hierauf Hannover, dann folgte Berlin. „Unter den Linden“ war die erste Straße in der Stadt mit Gasbeleuchtung, wie sie Jahrzehnte später die erste Straße mit elektrischer Beleuchtung war. Und dann begann der Siegeslauf der Gasbeleuchtung in Deutschland.

Die Ethik des Selbstmordes. Der Präsident der Muschu-Universität Dr. Yamakawa hat, wie aus Tokio berichtet wird, sein Amt niedergelegt, und zwar steht sein Juridiktoren mit einem merkwürdigen Vorfall in Zusammenhang. Als der Mikado im vergangenen November die großen Mäander besuchte, erlitt der Hofzug während des Rangierens durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall einen Aufenthalt von 40 Minuten auf der Station Koji. Der Stationsvorsteher, der für diesen Vorfall gar nichts konnte, beging daraufhin Selbstmord, indem er sich vor die Schienen des Hofzuges warf. Der Kaiser, der von dem tragischen Vorfall bewegt war, stiftete eine Beerdigung zur Beerdigung des Unglücklichen. Aus dem Volke heraus, das in diesem Selbstmord ein Opfer treuer Pflichterfüllung sieht, entstand nun der Gedanke, dem bis zum Tode Getreuen eine Statue zu errichten, um auf diese Weise sein Andenken zu erhalten. Dagegen wandte sich nun Dr. Yamakawa in einem offenen Schreiben an die Zeitungen. Er wies dabei darauf hin, daß häufig bei Schulhausbränden die Lehrer den Flammentod erleiden, weil sie, nachdem alle Kinder gerettet sind, freisich noch den

Versuch unternahmen, das im Schulzimmer hängende Bild des Mikado dem Feuer zu entreißen. Dr. Yamakawa wandte sich gegen diese zwecklosen Auswüchse einer falsch verstandenen Vaterlandsliebe und wies darauf hin, daß selbst das Bild des Kaisers nur ein toter Gegenstand sei und kein Menschenleben wert wäre. Die Erklärung des verdienten Gelehrten entfiel in der Presse einen Sturm der Entrüstung und man verlangte fürmlich den Rücktritt dieses Univeritätspräsidenten, der den ethischen Wert des Selbstmordes zu bezweifeln wagte. Dr. Yamakawa hat nun sein Abschiedsgesuch eingereicht, aber die Frage von der Ethik des Parasiti beschäftigt nun von neuem Japan.

Notizen.

— Einen öffentlichen Wettbewerb für das Opernhaus verlangt die „Vereinigung Berliner Architekten“, die in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zu dem in jedem Sinne beschränkten Opernhauswettbewerb Stellung nahm. In dem bisher erzielten Ergebnis der Wettbewerbe wird nicht ein Resultat erblickt, das der Größe der Aufgabe entspricht. Es wird vielmehr ein Entwurf verlangt, der der lebendige Ausdruck der künstlerischen Kultur unserer Zeit ist. Diesen erwartet die Vereinigung von einem freien Wettbewerb der gelamten deutschen Künstlerchaft. Das von der Regierung beliebte Verfahren erfährt so von sachverständiger Seite eine unzweideutige Ablehnung.

— Das alte Spiel von „Jedermann“ gelang am Freitag, den 22. d. M. mit Alexander Wolff im Fiskus Schumann zum letzten Male in dieser Spielzeit zur Aufführung.

— Die Freie Hochschule Berlin begehrt Sonnabend im Kaisersaal des Zoologischen Gartens abends 8 1/2 Uhr ihr zehnjähriges Stiftungsfest. Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen und abends erhältlich.

— Meteorologischer Unterricht in den Volksschulen. Der preussische Kultusminister hat in einem Kundentat die Einführung des wetterkundlichen Unterrichts an Volksschulen angeordnet. Wegen der Bedeutung der Wetterkunde für die landwirtschaftliche Bevölkerung sollen die Schüler möglichst mit der Einrichtung und Bewertung der Wetterkarte bekannt gemacht werden.

— Automatische Vermittlungsämter für den öffentlichen Telephonverkehr bestehen zurzeit in Deutschland in folgenden Städten: München, Gildesheim, Döllmn, Altenburg, Dürreheim, Aueren, Dornap, Reudietendorf mit zusammen 10 800 Sprechstellen. In Rosen, Dresden und Wiegitz befinden sich gegenwärtig solche Ämter im Bau. Diese werden zusammen 21 800 Sprechstellen haben.

— Der Verbrauch an Kinematographenfilmen. Im Jahre 1905 wurden die ersten kinematographischen Bilder von den Brüdern Lumiere gezeigt. Heute berechnet man den täglichen Verbrauch an Kinematographenfilmen auf 300 000 Meter, das entspricht einem Jahresbedarf von etwa 90 Millionen Meter. Gebrauchsfertige Filme kosten etwa 1 M. das Meter. Die Rohfilme werden hauptsächlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Frankreich und Deutschland erzeugt.

geben. Ein Kurze ist erschossen worden, der nichts getan hatte; er hatte sich eine Zigarre geholt und stand dann in seinem Hause auf der Treppe. (Hört! hört! h. d. Soz.)

Weiter hat die Polizei Arbeitswillige aufgeföhrt, mit Steinen auf Streikende zu werfen!

(Hört! hört!) Ich kann Zeugen nennen, die das unter Eid bestätigen werden. Nicht die Streikenden, sondern der Heberer der Polizei hat den Anlaß zum Blutvergießen gegeben. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Bevor noch der Streik beschlossen wurde, hat man Hunderte von Polizeimannschaften nach dem Ruhrrevier geschickt. Das hat wie eine Propagation auf die Bergarbeiter gewirkt, weil es auf sie den Eindruck machte, als wolle die Regierung den Streik mit Gewalt verhindern. Wir sind aufs äußerste bemüht, die Ruhe im Ruhrrevier aufrecht zu erhalten. Aber die Behörden verbieten in Streikversammlungen den Gebrauch der polnischen Sprache, sogar geschlossene Mitgliederversammlungen des polnischen Berufsvereins werden auseinandergejagt. (Hört! hört! h. d. Soz.) Ich frage den Staatssekretär: Wie sollen wir uns denn mit unseren Arbeitern bei dieser Lohnbewegung verständigen? Willigt der Staatssekretär dies

Private Vorgehen der Polizei

das dem Reichsvereinsgesetz widerspricht, und wie gedenkt er solche Uebergriffe für die Zukunft zu verhindern? Man hat uns sogar die Streikbüros auseinandergejagt. Wie sollen wir da unsere Leute auslösen? Das will die Regierung offenbar nicht, sie will das Blutvergießen.

Vizepräsident Dr. Basshe: Das dürfen Sie nicht sagen, ich zusehe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Sosinski (fortfahrend): Das die Arbeitgeber wünschen, daß Militär kommt, ist klar, sie erwarten, daß damit ein schnelleres Ende des Streiks herbeigeföhrt werden wird. Der preussische Bergklub in Oberschlesien behandelt die Arbeiter ebenso wie die Grubenproben im Ruhrrevier, auch er hat auf eine Eingabe der Bergarbeiterorganisationen nicht geantwortet. Dabei sind in Oberschlesien die Löhne besonders niedrig, sie sind noch um 1 M. bis 1,50 M. niedriger als die Löhne im Ruhrrevier. Bei den Hungerlöhnen müssen die Arbeiter noch dazu 10, 12, ja 16 Stunden arbeiten. (Hört! hört! bei den Polen.) Man behauptet, daß die Arbeiter dort so viel fiebern und deshalb weniger verdienen. Aber was ist der Grund? Wenn ein Arbeiter in Oberschlesien auch nur einen Tag krank wird und er meldet sich beim Arzt, so muß er sofort ins Krankenhaus. Am nun nicht immer gleich ins Lazarett zu müssen, bleiben die Leute lieber 3 bis 4 Schichten zu Hause. Die Ueberschüsse der Grubenbesitzer in Oberschlesien sind in den letzten Jahren ungeheuer gestiegen. Der Fiskus ist in Oberschlesien der größte Arbeitgeber, er sollte mit gutem Beispiel vorangehen. — Mäde der preussische Handelsminister, der ja hier ist, die Erklärung abgeben, daß die Löhne der Arbeiter auf den fiskalischen Betrieben erhöht werden sollen, dann haben wir wenigstens in Oberschlesien Ruhe. Und wenn die Regierung auch im Ruhrrevier mit gutem Beispiel vorangeht, so werden wir den Frieden in Deutschland haben. — (Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. Mertin (Sp.): Die Antwort des Staatssekretärs hat uns befriedigt, besonders die Entschiedenheit seines Tones. Den haben wir in letzter Zeit wiederholt vernommen. (Beifall rechts.) Regieren heißt vor allem: Ordnung schaffen, die Ordnung aufrecht erhalten. (Bravo! rechts.) — Jurus links: Ein echter Junker! Ich war nie ein Junker und ich weiß nicht, ob ich es je werden werde. (Weiterheit rechts.) Herr Sachse hat es gestern als eine freche Lüge bezeichnet, daß der Streik andere als rein sachliche Gründe habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben nicht das Recht, sich als Richter darüber auszusprechen, was wahr ist und was nicht. (Abg. Dr. Krenndt: Sehr richtig! — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es bleibt dabei, daß der Streik politische Ursachen hatte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Behandeln Sie doch diese ernste Frage auch ernst. (Jurus bei den Sozialdemokraten: Wir lachen ja über Sie!) Dann sind Ihre Ansprüche auf Heiterkeit und Komik sehr bescheiden. (Stürmische Heiterkeit.) Sie wollen eben die Bergarbeiter wiedergewinnen, die sich von Ihnen abgewendet haben. (Abg. Sachse: Beweisen Sie es doch!) Ich kann hier nur meine Behauptungen vertreten und nichts beweisen. (Weiterheit links.) Wir bestreiten nicht die Berechtigung jeder Arbeiterforderung. Aber die Forderung von 15 Proz. Lohnhöhung geht zu weit. Herr Sachse hat gestern gesagt, die Arbeiter würden sich auch mit weniger zufrieden geben. Deshalb hat er das nicht vor dem Streik gesagt? (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ist längst geschehen!) Das weiß ich nicht, da ich bei den geheimen Verhandlungen nicht dabei war. Jedenfalls ist der Streik frisch vom Zaun gebrochen. (Beifall rechts.) Die Anregung, die Regierung möge vermitteln, ist leicht ausgesprochen. Aber eine solche Vermittelung ist gefährlich. In England schlug die Vermittelung fehl und die Folge war der gefürchtete Minimallohn. Will Herr Gothein diese Konsequenz ziehen? Was die Regierung aber tun kann und soll, ist die Arbeitswilligen zu schützen. (Aha-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Meinen Sie denn, daß ich das nicht sagen würde? Nach Herrn Sachse haben die Streikenden jetzt nichts anderes zu tun, als Arbeitswilligen den Revolver abzunehmen. (Weiterheit rechts.) Wir sind den Christlichen dankbar für ihr besonnenes Verhalten. Wenn eine große Organisation aus wohlwollenden Gründen einen Streik nicht mitmacht, so sind ihre Mitglieder deshalb doch nicht Streikbrecher. Bedauerlich sind die scharfen Worte des Abg. Schiffer gegen die sogenannten gelben Gewerkschaften. Diese 34 000 vaterländischen Arbeiter, die ohne Spießkelle ihre patriotischen Pflichten erfüllen, müssen gegen diese Angriffe in Schutz genommen werden. (Beifall rechts.) Der Streik dehnt sich aus, aber nur weil der Terrorismus zunimmt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Augenzeugen bemerken die Ruhe und Bollblütigkeit der Behörden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Gesetzgeberische Maßnahmen jetzt während des Streiks können ja nicht mehr getroffen werden. Aber der Streik wird ein Beispiel dafür sein, ob die Behörden mit den jetzigen Mitteln auskommen können. (Beifall rechts.) Wenn Ausschreitungen wirklich vorgekommen sind, dann sind Sie (zu den Sozialdemokraten) daran schuld, die Sie diese maßlose Erregung ins Volk hineingetragen haben. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Auch wir wünschen eine schnelle und unparteiische Justiz. Es liegt uns gar nichts daran, daß ein paar Leute mehr eingesperrt werden. (Sehr richtig! rechts.) Herr Sachse hat den Grafen Westarp aufgefordert, sich in die Lage eines Bergarbeiters zu versetzen, der mit 5 M. täglich 10 Kinder ernähren muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber verstehen Sie sich dann auch in die Lage eines Schuhmanns, der von einer Menschenmenge umringt und bedroht wird und nun zur Waffe greift. Dann schreien Sie hier: Blutbände und draußen spielen Sie sich als die Vertreter der Unterbeamten auf. (Sehr gut! rechts.) Also wir sind gegen eine Einmischung der Regierung in den Streik. (Beifall rechts.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Ueber die Berechtigung der Lohnforderungen der Bergarbeiter gibt es keine Differenzen, und die Mehrheit des Reichstages hat sich ja auch dafür ausgesprochen. Aber Herr Sachse hat maßlos übertrieben. Er kämpfte für eine verlorene Sache, ja für eine die Arbeiterbewegung schädigende Sache. (Sehr richtig! rechts.) Nur dem Streik hatten wir jetzt nicht für richtig. Für uns kommt nur das Wohl der Bergarbeiter in Frage. Politische Fragen spielen im Gewerkschaftlichen Bergarbeiter keine Rolle, es ist eine Unnothwendigkeit, wenn die sozialdemokratischen und liberalen Blätter das behaupten. (Jurus im Zentrum: Das Berliner Tageblatt!) Das Berliner Tageblatt wollen wir nicht zu oft erwähnen, sonst bekommen die Herren in der Jerusalemer Straße den Größenwahn. (Weiterheit rechts.) — Redner schildert die Entwicklung des Streiks. Wir haben uns an der Lohnangelegenheit nicht beteiligt, weil sie un-

bedingt zum Streik führen mußte und ein Streik in der jetzigen Situation für die Bergarbeiter aussichtslos war. Da die englischen Bergleute auch streiken, sind die deutschen wie die englischen Bergarbeiter die Sorge um ihre Abnahmämärkte los, sie haben kein Privatinteresse mehr daran, ob der Streik andauert oder nicht. Sie können ruhig zusehen, was die Regierung gegen die schweren Schädigungen der ganzen Erwerbsbevölkerung, die der Streik zur Folge haben muß, tut. Nach unserer Ansicht hat der Streik politische Motive, er ist die Revanche für Bochum. (Abg. Sachse (Soz.): Lüge! Vizepräsident Dove ruft den Zwischenrufer zur Ordnung.) Und zum zweiten kommt es dem alten Verband auf die Vernichtung des christlichen Gewerkschaftsvereins an. Der Ditsch-Dundersche und der polnische Gewerkschaftsverein, die er jetzt als bürgerliches Schild gern mitnimmt, werden dann natürlich auch an die Reihe kommen. (Sehr richtig! rechts.) Daß es dem sozialdemokratischen Verband nicht um den Frieden zu tun war, bewies die Aufstellung von 10 neuen Forderungen, nachdem die Antwort auf die ersten sehr zahmen Forderungen eingelaufen war. Den Minister ersuche ich um eine klare, bestimmte Auskunft, ob nach dem Gehn von 1907 die Arbeiterauschüsse im Bergbau beauftragt sind, in Lohnfragen zu verhandeln. Nach meiner Ansicht ist das der Fall. Das ganze Vorgehen des alten Verbandes in diesem Falle widerspricht aller gewerkschaftlichen Taktik. (Abg. Sachse: Ach, quasseln Sie doch nicht, Sie haben es 1906 ja ebenso gemacht! — Vizepräsident Dove: Ich ersuche Sie, sich hier in dem Formen zu bewegen, die gesellschaftlich üblich sind.) Der sozialdemokratische Verband trägt infolge dieser verkehrten Taktik die Verantwortung für die Not und das Elend, für die Verwundeten und die Toten. (Sehr richtig! rechts.) Der Streik hat erst an Ausbreitung gewonnen, als der Terror einsetzte. (Lachen bei den Soz.) Ich schäme die Zahl derer, die aus Furcht vor dem Terror in den Streik eingetreten sind, auf 30 000 bis 40 000. Daß sich die Christlichen schließlich bewaffnen, kann man verstehen, wenn auch nicht gerade billigen; man kann schließlich nicht von ihnen verlangen, daß sie sich die Knochen kaputt schlagen lassen. (Sehr wahr! rechts.) Wo Herr Effert gesteht hat, ist ja nun aufgellärt. Er war krank und ist, sobald er wieder gesund war, sofort ins Ruhrrevier gefahren, wo er ganz den Standpunkt des christlichen Gewerkschaftsvereins vertritt. Wie die Stimmung im Ruhrrevier gegen uns ist, kann man aus der Haltung und dem Ton schließen, den Herr Sachse gestern hier zur Schau trug. Wie der Herr, so? Geschert. Wenn man hier von christlichen Galunken und Judassen spricht — hier sitzt doch die Elite der sozialdemokratischen Partei (Große Heiterkeit rechts) und wenn die sich so wenig im Bügel halten kann, was wollen Sie dann von den Leuten im Lande verlangen. (Sehr gut! rechts.) Ob Hue zu der Konferenz bei Dr. Velbrück eingeladen oder uneingeladen gekommen ist, das ist ganz gleichgültig. Wir wollen uns nur dagegen wenden, daß es im „Vogelwetter Volksblatt“ so hingestellt worden ist, als ob der Staatssekretär ihn als Vertreter des Wahlkreises Bochum eingeladen hätte und mit dem Unternehmerrecht Hedmann nichts zu tun haben wolle. So wird ein ehrlicher Bergmann, der in seinem Beruf verunglückt ist, von den Sozialdemokraten bedauert. (Pfeiferei im Zentrum.) Wir wünschen gewiß nicht, daß das Militär zu Polizeizwecken gebraucht wird, aber das ist Sache des Staates, zu entscheiden, ob der Schutz der Polizei ausreicht oder nicht. Öffentlich braucht das Militär nicht einzugreifen. Als Raschmengenwehrgewehr sind mir auch meine sozialdemokratischen Kameraden zu schade. Es arbeiten mehr Sozialdemokraten, als Christliche streiken. Ich schließe mit dem Wunsch, daß die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter bald erfüllt werden. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Handelsminister Sydow: Auf die Anfrage des Vorredners erwidere ich, daß die preussische Bergverwaltung auf dem Standpunkt steht, daß die Lohnfrage der Zuständigkeit der Arbeiterauschnisse gehört. Sie ist auf den fiskalischen Werken bisher auch stets auf diese Weise verfahren.

Abg. Dr. Erdmann (Soz.):

Vor 7 Jahren hat aus Anlaß des Bergarbeiterausstandes von 1905 in diesem Hause eine ähnliche Debatte stattgefunden. Damals konnte der zweite sozialdemokratische Redner feststellen, daß das ganze Haus mit Ausnahme der Konserverativen, des Herrn Weumer und einiger anderer Herren von den Nationalliberalen, darin einig sei, daß es sich bei diesem Streik um

eine Volkbewegung

handelte, die nicht von einzelnen Personen oder einer Partei gemacht war, sondern aus den Verhältnissen heraus gewachsen war. Und der zweite Zentrumsredner Dr. Spahn bezeichnete es als die Ueberzeugung der großen Mehrheit des Hauses, daß die Sympathien des deutschen Volkes auf der Seite der Streikenden ständen. (Hört! hört! links.) Ich bedaure, heute eine ebenso günstige Feststellung machen zu können. Und doch liegen die Dinge jetzt nicht anders als 1905. Die Bergarbeiterbewegung von 1905 bildet ein Ehrenblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Heute hat sich Herr Behrens bemüht, dieses Ehrenblatt herabzureißen und mit Füßen zu treten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was er gegen den jetzigen Bergarbeiterausstand angeführt hat, trifft in gleicher Weise auf den Ausstand von 1905 zu. Er hat gerügt, daß die Arbeiter die Arbeit unter Kontraktbruch niedergelegt haben. War das 1905 nicht der Fall? Er hat die geringe Zahl der Organisierten beklagt. War 1905 die Zahl der Organisierten nicht noch viel geringer? Er hat die Not und das Elend eines Bergarbeiterausstandes geschildert. War denn 1905 die Not nicht in demselben Maße vorhanden? Alles, was Herr Behrens gegen den jetzigen Ausstand gesagt hat, hat er auch gesagt gegen den Ausstand von 1905, an dem die Christlichen mit so großer Entschiedenheit teilgenommen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was die Stimme im Hause anlangt, so liegen die Dinge zweifellos ungünstiger als 1905. Aber doch nur deshalb, weil das Zentrum, das im Hause räumlich nach rechts gerückt ist, auch in der Beurteilung sozialer Angelegenheiten sich auf die rechte Seite geschlagen und einen Bund geschlossen hat mit den Konserverativen und dem scharfmacherisch gefinnenen Flügel der Nationalliberalen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die christlichen Gewerkschaften haben verschiedene Gründe für ihre Nichtbeteiligung am Streik angegeben. Der Streik soll zurückzuführen sein auf die Verheerung der Bergarbeiter durch die Sozialdemokraten und Anarchosozialisten. Man fügt dieses Wort aus ganz bestimmten Gründen hinzu, um der Bewegung einen antzughen Charakter zu geben. In einem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ wird gesagt, daß viele Tausende von Anarchosozialisten im sozialdemokratischen Verbande säßen, die der Verhandlungsleitung über den Kopf geschworen seien. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß das

ein ausgemachter Schwindel

ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß gibt es eine Anzahl von Anarchosozialisten im Industriegebiet. Aber sie zeichnen sich höchstens durch ihren großen Mund aus. Die Führer des Bergarbeiterverbandes lassen sich von ein paar Schreihälsen wirklich nicht an der Nase herumführen. Aber es liegt System in der Verbreitung des anarchosozialistischen Märchens. Man will der Bergarbeiterbewegung einen möglichst gefährlichen und unsüßlicheren Anstrich geben. Herr Behrens hat gemeint, der Streik sei die Revanche für unsere Niederlage in Bochum. Mit demselben Recht könnte ich sagen, daß das Verhalten der Christlichen eine Revanche für ihren Reinfall in Köln ist. (Sehr richtig! links.) Sie wollen die Gunst der Nationalliberalen wieder gewinnen. Aber ich sage das nicht. Die „Kölnische Volkszeitung“ geht noch weiter und hat es fertig bekommen, den Ausstand in Zusammenhang zu bringen mit dem gestrigen Attentat in Rom. (Weiterheit bei den Sozialdemokraten.) Sie schreibt: „Eine Kundgebung gegen das

berabsichtigte Attentat auf den König von Italien sollte die heutige Sitzung des Reichstages ein, die postende Overtüre für die Interpellation über den sozialdemokratischen Streik im Ruhrrevier. Hier gelten die Regeln des Rössen der Politiken, den Hütern der Ordnung und den Arbeitswilligen, dort dem Haupt der Könige. Aber die sie abgeschossen, sind hier wie dort dieselben Elemente: gewissenlose Heher und revolutionäre Fanatiker.“ (Lauter Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wenn man die Attentäter auf ihre Heimat unterjucht, wird man stets auf unethische Wegeben stoßen. (Sehr richtig! links.) Auch der gestrige Attentäter soll sehr religiös gewesen sein. Doch liegt es mir fern, sein Attentat mit seinem Glauben in Zusammenhang zu bringen. Mit um so größerer Entschiedenheit weisen wir es zurück, daß irgend ein Zusammenhang mit dem Attentat in Rom konstruiert wird. Wer die Verhältnisse im Ruhrrevier kennt, weiß, daß wir dort nicht zu hehen brauchen.

Die Verhältnisse hegen für uns.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn im Industriegebiet eine einzelne Person, und noch dazu eine Dame, über eine Kapitalmacht von 150 Millionen verfügt und über ein Heer von 100 000 Angestellten gebietet, dann muß das auch den rückständigsten Arbeiter zu einer gewissen Erbitterung über derartige Zustände treiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Bergarbeiter sehen, daß 300 Personen in Deutschland das gesamte Wirtschaftleben beherrschen, dann muß ihnen ein Verhängnis für den Sozialismus, für die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Diese Erbitterung über das elende Dasein der Arbeiterklasse im allgemeinen macht sich bei den Bergarbeitern im besonderen Maße geltend. Die Arbeitsweise des Bergmanns ist mühsamer und härter als die eines jeden anderen Berufes, die Unfallgefahr im Bergbau größer.

Hat jeder 7. Bergarbeiter verunglückt einmal im Jahr.

Die Zahl der Schwerverletzten ist doppelt so groß wie durchschnittlich in anderen Berufen. Ein ganzes Heer von Berufskrankheiten tragen die Bergarbeiter mit sich. All dieses Elend und die Rechtslosigkeit der Bergarbeiter muß nochedrungen von Zeit zu Zeit zu einer Entladung durch einen Ausstand führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter nirgends so unerträglich für den Arbeiter ist als gerade im Bergbau. Der Ausdruck meines Freundes Sachse: die Bergunternehmer behandeln die Arbeiter wie Hunde, war gewiß hart, aber dem Sinne nach richtig er vollständig. Herr von Bieberstein, der sich so darüber aufregte, sollte nur die Bergarbeiter selbst fragen, sie würden ihm wahrscheinlich antworten: Wir werden nicht behandelt wie die Hunde, wir werden schlechter behandelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wemher wird sagen, daß er froh wäre, wenn er behandelt würde wie die Hunde und Pferde der großen Millionäre dort. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommen die Lehrausgänge und die Teuerung. Der preussische Handelsminister meinte zwar, 6,30 Mark sei doch kein Hungerlohn. Ich glaube, er würde anders denken, wenn er selbst darauf angewiesen wäre, eine zahlreiche Familie mit einem solchen Tagelohn zu ernähren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Run soll der Streik politischen Untergrund haben. Gewiß, es kommen politische Momente dabei in Betracht. Namentlich die Politik des schwarzen Blattes hat zweifellos die Erbitterung der Bergarbeiter gesteigert und ebenso die Behandlung der preussischen Wahlerfolge. Wissen doch die Bergarbeiter, daß die Vergeltung Landesbesitzer ist und daß sie bei dem heutigen Wahlgang keinerlei Einfluß auf ihre Gestaltung haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewundert habe ich mich, daß gerade das Zentrum den Vorwurf des Hebens gegen die Sozialdemokratie erhebt. Es gab eine Zeit, da wurde von Altkatholen eine Kritik an dem Kapitalismus geübt, wie sie scharfer von keinem Sozialdemokraten geübt werden kann. Ich erinnere an die Schriften des Bischofs Ketteler und des Kaplans Hhe, der die Unternehmer auf dieselbe Stufe stellte mit römischen Sklavenhaltern, die ihre Sklaven den Fischen zur Speise hinwarfen. Seinerzeit sprachen Zentrumsblätter von dem

nationalliberalen Mastbürger

mit wohlgefülltem Geldbeutel und steinharterm Herzen, der der erste sein sollte, dem man die Gurgel abschneidet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An einer anderen Stelle hieß es: an den Bettelstab mühten solche Unternehmer gebracht werden, die von dem Schweiß der Arbeiter ihren faulen Körper ernährten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sind das keine Scherzen?

Die Rede des Herrn Schiffer war mir nicht neu. Ich hatte sie schon in Form eines Artikels des Generalsekretärs Stegerwald in der „Kölnischen Volkszeitung“ gelesen. (Weiterheit bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, weshalb er mit so großem Eifer jede Gemeinschaft mit den „Gelben“ ablehnte, da doch die Christlichen so enge Beziehungen zu den Organisationen hatten, die sich selber vor kurzem noch als „Gelbe“ bezeichnet haben, nämlich zu den katholischen Freivereinen. Auf bischöfliche Anweisung von 1907 müssen sie ja mit diesen ein Herz und eine Seele sein und erhalten gemeinsame Anweisungen für die Taktik. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kommt Herr Schiffer dazu, die christlichen Arbeiter als die allein vernünftigen zu bezeichnen? Von 8 Arbeitern, die das Bedürfnis haben, sich zu organisieren, gehen 7 zu den Roten und 1 zu den Christlichen. Wie kam man da die 7 als rückständige und gerade den einen als Edelmenschen hinstellen. Das ist eine Verleumdung der deutschen Arbeiterschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf die

Terrorismusklagen

ist mein Freund Sachse schon genügend eingegangen. Ich sollte einmal Gelegenheit, mich mit einem Unternehmer im Münsterlande zu unterhalten. Er war Zentrumsmann und schimpfte sehr auf die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften. Er zitierte das bekannte Wort: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, dann hau ich Dir den Schädel ein.“ Er meinte allerdings, die christlichen Gewerkschaften trieben es nicht viel besser, nur sagten sie: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich Dir den Schädel ein, in Gottes Namen — Amen.“ (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie täten also daselbe mit ein wenig frommer Verbrämung. Beweise dafür stehen uns in Fülle zur Verfügung. Herr Schiffer meinte dann weiter, 1905 sei alles anders gewesen, da sei niemand mit Gewalt von der Arbeit abgehalten. O nein, in der Scharfmacherpresse konnte man damals ebenfalls Klagen über sozialdemokratischen Terrorismus finden wie jetzt in der Zentrumspresse. Und damals wurde genau so nach Militär gerufen wie heute.

Herr Wiesberis machte neulich den Arbeitern einen Vorwurf daraus, daß sie den Ausstand in eine Zeit verlegen, die ihnen als die günstigste erscheint. Sie sollten auf die Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens Rücksicht nehmen. Soweit sollte aber auch Herr Wiesberis mit der Technik der Arbeiterbewegung vertraut sein, daß die Arbeiter selbstverständlich immer den günstigsten Zeitpunkt zum Streik ausfinden müssen. Und wenn wirklich das Wirtschaftsleben durch den Streik geschädigt wird und man anerkennt, daß die Forderungen der Arbeiter berechtigt sind, was liegt da näher als den Vorwurf, die Industrie zu schädigen, gegen die Unternehmer zu richten, die die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die politischen Motive liegen vielmehr auf Seiten der Christlichen. Bereits 1903 war das Zentrum darauf aus, um seine Siege in Rheinland, Westfalen zu retten, Anschluß bei den Nationalliberalen zu suchen. Anzweifeln sind aus dem Zentrumsturm gewaltige Steine herausgedrückt. In diesem Jahre ist sogar

die Frage Köln gefallen.

Diese Situation ist das Motiv, welches das Zentrum veranlaßt, jetzt nicht mehr wie 1898 und 1905 auf die Seite der Arbeiter zu treten. Die christlichen Gewerkschaften dürfen überhaupt nicht mehr an großen gewerkschaftlichen Aktionen teilnehmen. Ich erinnere an die Zwangsarbeiten innerhalb des Katholizismus, an die Ansprache, die von Rom aus in bezug auf das Verhalten der katholischen Arbeiter gestellt werden. Mit Rücksicht auf die Kirche dürfen die christlichen Arbeiter nicht streiken. Sie dürfen es aber auch nicht aus Rücksicht auf die Regierung. Die christlichen Gewerkschaften wissen, daß sie beim verständigen Teil der Arbeiterschaft nichts mehr zu gewinnen haben. Dieser Teil hat eingesehen, daß die dem Zentrum untergeordneten Organisationen die Interessen der Arbeiter nicht vertreten, und er schließt sich den freien Gewerkschaften an. Als Ersatz haben die Christlichen ihre Augen auf die abhängigen Existenzen, auf die Staatsarbeiter gerichtet. Dafür brauchen sie aber die Gunst der Regierung und deshalb dürfen sie sich an einem solchen Streik nicht beteiligen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein dreifacher Zwang ist ihnen auferlegt, ein dreifaches Heiligenscheinchen schleppen sie mit sich herum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daher diese Scheingründe und das Gefährliche von der Verheißung durch die Sozialdemokratie, deshalb der Ruf nach Militär.

Es ist bezeichnend, daß der erste Ruf nach Militär nicht ausging von einem nationalliberalen oder freikonservativen Scharfmacherorgan, sondern von dem Zentrumslblatt, das im Wahlkreis des Herrn Giesberts erscheint. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist das bedauerliche an diesem Schauspiel, daß es Arbeiter sind, die gegen ihre kämpfenden Massengenossen den Säbel und die Pike mobil machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die christlichen Führer noch etwas an Kredit hätten verlieren können, dann haben sie ihn jetzt verloren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch von unserer Seite wird zugegeben, daß bei der jetzigen Bewegung einzelne Ungehörigkeiten vorgekommen sind. Derartige Ungehörigkeiten kommen im Indusriefeld aber alle Tage vor. Wenn man abzieht, was direkt erlogen ist und was übertrieben ist, dann bleibt wirklich nicht viel übrig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bergarbeiter sind keine Salonmenschen und haben andere Manieren als die Konsoleträger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer den Bergarbeiter kennt, wird ihm ein derbes Wort nicht übelnehmen, auch nicht, wenn ihn der Ellbogen einmal ausreißt. Dann muß man auch bedenken, daß viele Arbeiter aus dem Osten bei uns wohnen. Diese Elemente sind noch ungezügelt. Sie haben ihre Erziehung genossen

unter dem Regime unserer Junker und der Klerisei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden sie aber auch zur Ordnung bringen, trotzdem es eigentlich die tun müßten, die diese Leute nach dem Westen gebracht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 1905 haben sich die Ordnungsmannschaften der Arbeiter sehr gut bewährt. Aber das gefiel den Scharfmachern nicht. Die Herren Bued und Leidig haben das offen ausgesprochen. Demen lag nichts an der Aufrechterhaltung der Ordnung, als vielmehr daran, daß die Arbeiter den Beweils nicht erbrachten, daß sie selbst Ordnung halten könnten. Wäre es zu Zusammenstößen gekommen, so hätten sie der Öffentlichkeit gesagt: seht, so betragen sich die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun zu den Schauerzügen, namentlich des preussischen Handelsministers. Mit dem ernstesten Gesicht von der Welt hat er uns geschilbert, daß Ausländer vor Arbeitswilligen „Pfu!“ gerufen haben und daß Arbeiterweiber — um in seinem Stil zu reden — zu Arbeitswilligen gesagt haben: wenn Ihr nichts mehr zu essen habt, werden wir Euch schon versorgen, kommt nur zu uns! Deshalb mußte Militär nach dem Ruhrrevier! Als ich das hörte, habe ich mich gefragt:

woher denn der Handelsminister eigentlich her? Ist er jemals mit Bergarbeitern in Verbindung gekommen? Wer den westfälischen Bergmann kennt, weiß, daß er außerst ruhig, bedächtig, sogar schwerfällig ist. Und als der Handelsminister sprach, ließ ich meine Blicke über diese Bänke (auf die Regierungsbänke zeigend) streifen und sah eine Anzahl von Gesichtern, auf denen in Keilschrift die Zeichen einer sehr temperamentvoll vererbten Unversitzbarkeit eingetragen waren. (Heiterkeit links.) Da sagte ich mir: solange die preussische Regierung es nicht für nötig hält, die Unversitzbarkeitsstädte unter den Belagerungszustand zu stellen und Gendarmen und Militär dort hinzuschicken, um zu verhindern, daß die Jugend der zahlungsfähigen Bourgeoisie gegenseitig aus ihren Gesichtern Hackfleisch macht (Große Heiterkeit links), so lange hat die Regierung auch kein Recht, Militär in das Streitrevier zu schicken. (Sehr wahr! links.) Herr Giesberts hat einmal gesagt:

manchmal muß man sich schämen, ein Preuze zu sein. Dieses Gefühl hatte ich auch während der Rede des Handelsministers. Mit welcher Hasenherzigkeit wird in Preußen regiert! Da hat Graf Potjomkin während des Streiks von 1905 einen viel vernünftigeren Standpunkt eingenommen. Was getan werden kann, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, tun die Arbeiterorganisationen selbst, denn sie haben das größte Interesse daran. Die Antwort der Regierung auf diese Frage der Interpellanten muß als durchaus einseitig bezeichnet werden. Diese Einseitigkeit wird so lange bleiben, solange sich die Regierung nicht lediglich auf die Informationen der Unternehmer und der Polizei, (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber zum deutschen Verstand gehört doch schließlich auch der Bergarbeiter. Auch ihn muß man hören. Es ist in letzter Zeit Mode geworden, zu sagen, man müsse die Seele der Arbeiter gewinnen. Wer diese Seele gewinnen will, muß sie zunächst einmal kennen lernen. Man lernt sie aber nicht kennen aus Polizeilisten und einem statistischen Zahlenmaterial, das in einer Amisstube geschäftsmäßig zusammengestellt wird. (Sehr richtig! links.) Eine Regierung, die nur die Tagungen der Unternehmer besucht, die Organisationen der Arbeiter misshandelt, die sich für zu gut hält, mit den Arbeitern in persönliche Fäulung zu treten, kann nur zu

verfehlten und einseitigen Anschauungen über die Bedürfnisse der Arbeiter kommen. Zur Erfüllung der Forderungen der Arbeiter hat die Regierung nichts getan. Sie hat nur Polizei und Militär ins Streitrevier geschickt, um mit Raschenschein, Wronningsen und geschwungenen Säbeln zu verhindern, daß Streikende pazieren gehen, und daß Streikbrecher in ihrer empfindlichen Ehre gekränkt werden, oder daß durch ein Scherzwort von „Arbeiterweibern“ der Bestand des Reiches gefährdet wird. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es handelt sich bei dem Streik um eine Volksbewegung, um einen Kampf für die heiligsten Güter des Menschen, um einen Kampf der für unser Wirtschaftsleben wichtigsten Arbeiterschaft um Luft und Licht, um Gesundheit und Glück, um Teilnahme an Bildung und Kultur. Dreimal sind die deutschen Bergarbeiter in diesen Kampf eingetreten, und die Preisten, die zwischen den Bewegungen liegen, sind immer kürzer geworden. Werden auch jetzt die Bergarbeiter mit leeren Versprechungen abgspießt, sollte der Belagerungszustand das einzige Ergebnis des jetzigen Kampfes sein, es wird keine sieben Jahre wieder dauern

bis die Bergarbeiterschaft sich zum viertenmal erhebt. Die Schäden, die dadurch unserm Wirtschaftsleben geschlagen werden, mögen sich diejenigen auf ihr Konto schreiben, die vom übertriebenen Herrenstandpunkt oder aus sozialer Einsichtlosigkeit die Forderungen der Bergarbeiter beharrlich mißachtet haben. Die Forderungen sind vernünftig und recht bescheiden, aber auch dringlich, und sie werden durchgesetzt werden, mag es biegen oder brechen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Werner-Hersfeld (Ant.): Die Decker, die weit hinten sitzen und mit ihrer Person in Sicherheit bleiben, sind schuld am Bergarbeiterstreik, der der Industrie schwere Wunden schlägt.

(Sehr richtig! rechts.) Der Regierungspräsident von Münster hätte allerdings höflicher sein und nicht von Arbeiterweibern sprechen sollen. Aber die Sozialdemokraten sind auch nicht höflich, das zeigt das Resümee des „Vorwärts“ über die gestrige Sitzung. Die Arbeitswilligen müssen gegen die sozialdemokratische „Freiheit“ geschützt werden. Selbst Nordamerika hat scharfe Bestimmungen gegen das Streikpostenfessen. Die Reichsgerichtsentcheidung, die das Streikpostenfessen als zum Koalitionsrecht gehörig betrachtet, hat geradezu Rechtsunsicherheit geschaffen. Hier muß für Wandel gesorgt werden. Nehmer schlägt den Dankausgaben der Rechte an die „Christlichen“ an. Wie sagt unser Dichterkönig Schiller: „Wo rohe Kräfte sinnlos walten, da kann sich kein Geduld gestalten.“ (Bravo! rechts.) Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung, Freitag, den 15. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Unterstaatssekretär Michaelis, Präsident der Genossenschaftskasse Heiligenstadt.

Der zunächst auf der Tagesordnung stehende Etat der Zentralgenossenschaftskasse wird genehmigt, nachdem in der Debatte mehrere Nehmer ihre agrarischen Wünsche nach Erleichterung der Kreditgewährung zum Ausdruck gebracht hatten.

Der Kultusetat.

Abg. Dr. Dittich (B.): Unser christlicher Staat hat neben der Kirche die religiöse Grundlage des Staatslebens zu pflegen, er muß also vor allem der Kirche volle Freiheit lassen. Die Erziehung muß auf der alibewährten Grundlage der christlichen Lehre vor sich gehen. Der Nehmer beklagt den unmäßigen Zubrang zu den höheren Schulen und Hochschulen; nur wer Talent hat, sollte studieren. Die Verwaltungsbehörden kommen nicht immer dem Wunsch von 1906, wodurch der konfessionelle Charakter der Volksschule festgelegt wurde, genügend nach. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche fand bisher seinen prägnantesten Ausdruck in der geistlichen Schulaufsicht, die aber immer mehr abgeschwächt wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Der katholischen Kirche und ihren berechtigten Ansprüchen geschieht in Preußen völlig Genüge. (Lebhafte Zustimmung links, Ohl im Zentrum.) Aber die Klagen der katholischen Kirche sind so alt wie sie selbst. Papst Leo XIII. hat im Gespräch mit dem General Vos ausdrücklich zugegeben, daß es der katholischen Kirche gerade im protestantischen Preußen gut gehe. (Sehr wahr!) Die Schule ist nach der Verfassung eine staatliche Veranstaltung. In den Unterrichtsgegenständen außer der Religion hat die Kirche nichts dreinzureden. 90 Prozent der katholischen Kinder werden in konfessionellen Schulen unterrichtet. Ist das noch nicht genug? Aber das Zentrum scheint einen größeren Vorstoß gegen die Staatschule zu planen. Wird nach dem vom Ministerpräsidenten im vorigen Jahre verkündeten Grundsatz verfahren, daß Geisliche, die den Antimodernismus geleistet haben, nicht Deutscher und Geschichtes unterrichten sollen? (Unruhe im Zentrum.) Der Staat und die Gemeinden leisten für die Volksschulen jährlich 450 bis 500 Millionen Mark. Durch die hohen Staatsbeiträge können die Kredite der Gemeinden verkömmerter werden. Gleichwohl sind viele Gemeinden durch die Volksschullasten sehr belastet. Dabei sind die Gemeinden bei der Steuererhebung der letzten Jahre schlecht weggekommen; man denke nur an die Erörterung des Kinderprivilegs. So scheint die Entwicklung auf die Staatschule zu drängen und diese Entwicklung kann ich nur begrüßen. Ich erinnere deshalb an den Vorschlag des Freiherrn v. Zedlitz und des Oberbürgermeisters Strudmann, die Schule auf den Kreis zu verlegen. (Beifall links.)

Abg. Freiherr v. Zedlitz (fl.): Der Besuch der Universität geht weit über das Bedürfnis hinaus. So entsteht ein wissenschaftliches Proletariat, das dem Staate gefährlich ist. Aus diesen Geschickerten und den gebildeten Existenzen entnimmt die Sozialdemokratie ihre besten Kräfte. Die Ueberfüllung der Universitäten kommt zum Teil von dem Uebermaß an humanistischen Gymnasien. Wir brauchen eine mehr realistisch-praktische Vorbildung. Im Kultusministerium scheint ein frischerer Zug zu herrschen. Die Ausgestaltung des Lehrerbildungswesens begrüße ich. Die Schulverwaltung greift vielfach in die Rechte der Gemeinden ein, das muß reformiert werden. Dazu gehört aber auch eine Reform der Schulaufsicht. Eine geistliche Schulaufsicht kennt der preussische Staat nicht, sondern nur die Velleidung eines Geislichen, weil er dazu geeignet ist, mit der staatlichen Schulinspektion. (Lebhafte Zustimmung bei den Freikonservativen und bei den Liberalen.) Der Zustand, daß Kinder in Nachbargemeinden zur Schule gehen müssen, ist dringend verbesserungsbedürftig. Der Redner bespricht dann Gehaltsfragen der Lehrer und der Mektoren. Unsere Schule soll die Kinder zu guten Christen, guten Bürgern, guten Patrioten erziehen. (Lebhafte Bravo! bei den Freikonservativen.)

Abg. Koppich (Op.): Wir beantragen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, die Einführung der sachmännlichen Kreisinspektion, die Zulassung der Lehrer zum Universitätsstudium und die Befreiung der heutigen Vorschule. Wir befürworten auch den nationalliberalen Antrag auf Festlegung der geistlichen achtjährigen Schulpflicht. Andere Bundesstaaten haben das alles schon. Das Schulwesen leidet unter der Verquickung der geistlichen mit den Schulangelegenheiten. (Beifall links.) In 40 000 Schulen sind heute in 120 000 Klassen 6 1/2 Millionen Schüler untergebracht; dazu die höheren und Hochschulen — reichlich Arbeit für ein eigenes Ministerium. Die Kirche darf nicht über die Schule herrschen. Wenn die Schule wirklich die Tochter der Kirche wäre — so ist diese Tochter längst selbständig geworden und läßt sich nicht mehr kommandieren. (Sehr gut! links.) Die heutige Volksschulaufsicht ist längst nicht mehr zeitgemäß, auch immer mehr katholische Lehrer wenden sich gegen die geistliche Schulaufsicht. Der Schulpflichtantrag Gottschalk (natl.) ist fünfmal hier beraten und fünfmal in die Kommission verwiesen worden — aber immer noch kein Schritt vorwärts, weil in die Frage der Schulverhältnisse die der Disziplinfinden hineinspielt. (Hört! hört! und Bravo links.) Wann bekommen wir endlich das Unterrichtsministerium, das in allen Parteien Freunde hat. Trotz der an die Wangenstellungen des Hirschs Wulfs erinnernden, stürmisch applaudierten Beschimpfungen der Liberalen Lehrer auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte ist nicht daran zu denken, daß, wie dort behauptet wurde, 20 Proz. der Lehrer konservativ sind. (Bravo! links.) Es sind aber auch nicht 10 Proz. Sozialdemokraten. (Abg. Hoffmann (Soz.): Viel mehr! Heiterkeit.) Nein, die Lehrer stehen treu zu Kaiser und Reich und wollen keinen Umsturz. Man will sie ja durch jene Statistik nur denutzieren! (Sehr wahr! links.) Warum nimmt der Minister die Lehrer nicht in Schutz? Statt dessen hat man Lehrer in Kalau-Ludau, die in der Stichwahl nicht gewählt haben, vernommen und gemahnt! (Hört! hört! links.) sogar einen 30-jährigen Lehrer, der zu Unrecht in die Wählerliste eingetragen war. (Sehr gut! links.) Hat man auch Beamte gemahnt, die sich bei Stichwahlen zwischen Linksparteien enthalten haben? Jetzt nach den Wahlen geht man nicht nur gegen die Lehrer vor, sondern auch gegen Mitglieder der Schulpflichtvorstände, weil sie an Stichwahlparolen für die Sozialdemokraten beteiligt waren. Für die Stichwahlen sind doch taktische Erwägungen maßgebend. Ein Preisminner wird doch nicht zum Sozialdemokraten, wenn er in der Stichwahl sozialdemokratisch wählt. Auch konservative und Zentrum haben direkt oder indirekt Sozialdemokraten unterstützt, aber von Wahrgewinnungen konservativer oder ultramontaner Schulpflichtvorstände hat man nichts

gehört. Redner verlangt weiter, daß die Rehergerichte in der evangelischen Kirche à la Jatho und Traub aufgehoben werden. Im Staate Friedrichs des Großen wirken solche Rehergerichte sehr unangenehm. (Sehr richtig! links.) Man wird einwenden, der Kultusminister habe auf diese Dinge keinen Einfluß. (Sehr richtig! rechts.) Wenn das richtig ist, dann ist aber der Beweis erbracht, daß die Trennung von geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten absolut notwendig ist. (Lebhafte Zustimmung links.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Anträge; dann Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Bei der Weiterberatung des Etats der Reichseisenbahnen trat Abg. Fuchs für die allgemeine Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Betriebswerkstätten ein; ferner auch dafür, daß keinem bei den Reichseisenbahnen beschäftigten Arbeiter ein täglicher Lohn unter 3,50 M. bezahlt werden soll. Die Abgg. Emmel und Weill schlossen sich diesen Ausführungen an und forderten, unter Darlegung der einschlägigen Verhältnisse speziell eine Erhöhung der niedrigsten Löhne. Abg. Fuchs wies noch darauf hin, daß manche Arbeiter jährlich Ueberstunden bis zur Gesamtdauer von 65 Arbeitstagen machen müßten. Minister Breitenbach verhielt sich jedoch allen diesen Wünschen gegenüber recht zurückhaltend und entschuldigte die Ueberstunden mit dem famosen Hinweis, daß sie ja bezahlt werden, wohlgerne, aber ohne Aufschlag. Die sozialdemokratische Forderung, die Altersgrenze für die Bahnen zu den Arbeiterauschüssen von 30 bezw. 25 Jahren auf das 20. Lebensjahr herabzusetzen, bekämpfte der Minister durch die Bemerkung, daß die „körperlich und geistig noch nicht ausgewachsenen Heißsporne“ noch nicht in die Ausschüsse hineingehören. Die Abgeordneten Weill, Fuchs und Emmel führten auch lebhaft Klage über die mangelhafte Beschaffenheit der Wagen vierter Klasse in den Reichsständen.

Die Kommission nahm eine Resolution an, die für die Unterbegutten und das sonstige Personal der Reichseisenbahnen dieselben Verbesserungen fordert, wie sie beim Postetat für die Postbeamten von der Kommission gewünscht und angeregt worden sind. Nach einer längeren Debatte über die Uebertragbarkeit der einzelnen Fonds, wobei ein einschränkender Beschluß gefaßt wurde, forderte Abg. Emmel darüber Auskunft, ob eine zweite Hauptbahn von Strahburg nach Basel bald in Angriff genommen werde, und welche Stellung die Verwaltung zu dem Verlangen, den reichsständischen Landtagsabgeordneten freifahrt zu gewähren, einnehme. Minister Breitenbach glaubt nicht an die baldige Erbauung einer zweiten Hauptbahn. Die Frage der Freifahrten müßte von anderen Ressorts entschieden werden. Damit ist der Etat der Reichseisenbahnen erledigt.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags

verhandelte am Freitag über den Antrag Gröber betreffend die Einschränkung der Interpellationen. Abg. Gröber führte zur Begründung des Antrages Beispiele aus Oesterreich, Frankreich usw. an, wie dort durch Mißbrauch des Interpellationsrechts Obstruktion getrieben worden sei. Es müsse eine Störung der ordnungsmäßigen Fortführung der Geschäfte des Reichstags vorgebeugt werden. Abg. Geher entkräftete diese Begründung mit dem Hinweis, daß im Deutschen Reichstags noch nie eine Obstruktion unter Mißbrauch des Interpellationsrechtes vorgekommen sei, vielmehr sei im Sentorenkontent mehrfach gegen die Verkümmerng des Interpellationsrechtes remontriert worden. Auch die Abgg. Ledebour und Franl wandten sich gegen den Antrag Gröber, während Abg. Kretsch für ihn eintrat. Abg. v. Payer (Op.) hatte nur gegen die Fassung des Antrages Bedenken, stimmte ihm aber im Prinzip zu, während der Abg. Moland (natl.) treffende Ausführungen gegen ihn machte. Die Ueberkeit werde einen solchen Akt stets als Vergewaltigung betrachten.

Bei der Abstimmung stimmte der Fortschrittler v. Payer nach unwesentlichen Abänderungen für den Antrag Gröber, dem wir gestern mitgeteilt haben, der also durch die Stimme Payers mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen wurde.

Da der Reichskanzler zu den Beschlüssen der ersten Sitzung Stellung nehmen will, so wird es dem Vorsitzenden überlassen, für welchen Tag er die erste Sitzung zur zweiten Sitzung einberufen will.

Aus den Kommissionen des preussischen Dreiklassenhauses.

Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat bei Beratung des Antrages Brandenstein zunächst festgesetzt, daß jede Fraktion zu ihrer Anerkennung ihr Programm und ihre Vorstandsliste einreicht (das Zentrum hat doch gar kein Programm und die Nationalliberalen haben für jeden Ball eins). Als Mindeststärke einer Fraktion wurde 15 bestimmt.

Die Budgetkommission erledigte den Kulturretat. Sozialdemokraten gehören ihr ja nicht an, also wurde fast nur über die Schulen gesprochen, die fast nur von den Kindern der Besitzenden besucht werden können.

Die Agrarkommission beschloß, dem Hause die Annahme eines nationalliberalen Antrages zu empfehlen, daß im nächsten Jahre 100 000 M. mehr zur Förderung des inländischen Obst- und Gemüsebaues aufgewendet werden sollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Klemperer in den Gasmessersfabriken hatten durch ihre Vertreter Unterhandlungen mit den Fabrikanten angebahnt, weil die Vereinbarung vom 22. Mai 1911 in verschiedenen Punkten nicht eingehalten wurde. (In der Nummer des „Vorwärts“ vom 7. Februar ist darüber berichtet worden.) Am Donnerstagabend kamen die Klemperer in Köpenick Lokal, Koppensstraße, wieder zusammen, um die Antwort der Unternehmer auf die eingereichte Beschwerde zu hören. Dietrich vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte und legte den Schriftwechsel in der Angelegenheit den Versammelten vor. Er bedauerte, daß es nicht möglich war, zu mündlichen Verhandlungen zu kommen. Die Unternehmer zogen es vor, unter sich die Fragen zu beraten, und das Resultat den Arbeitervertretern mitzutellen. In der Beschwerde der Arbeiter wurde zuerst über die Firma Bessin geklagt, daß dort niedrigere Stundenlöhne als die vereinbarten gezahlt würden. Klemperer, die 13 Wochen lang mindestens 70 Pf. pro Stunde im Akkord verdient haben, sollten 70 Pf. verdienen, wenn sie auf Lohn beschäftigt werden; dagegen erhalten sie nur 65 Pf. Auf die Vereinbarung über die Revision der alten Preise wird dann nachdrücklich aufmerksam gemacht und eine Reihe von Artikeln angeführt, die einer Preiserhöhung bedürfen. Ferner wird gefordert, daß der Satz der Vereinbarung, nach dem bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, wo dieselben bestehen, unverändert bleiben sollen, nicht eingehalten wird. — Ueber die Firmen Jahn und Elster wird Beschwerde erhoben, daß sie Klemperer zu 60 Pf. anstatt zu 65 Pf. Stundenlohn einstellen. Von der Firma Kiesecke werden für verschiedene Artikel höhere Preise gefordert sowie die Lieferung des Materials zum Arbeitsplatz.

Die Antwort auf diese Beschwerde war infoweit günstig, als versichert wurde, daß es sich bei den geringeren Stundenlöhnen bei Bessin um Irrtümer handelte und daß eventuell Nachzahlung erfolgen soll. Auch bei Jahn und Elster seien Irrtümer vorgekommen und würde man sich von jetzt ab streng nach der Vereinbarung richten. In bezug auf die Revision der alten Preise sollen noch Erwägungen angefaßt und Erfindungen eingezogen werden; einzelne Preiserhöhungen wurden zugesagt. — Die Versammelten

diskutierten über die erhaltene Antwort und waren sich einig darüber, daß ein fester Zusammenhalt unter den Arbeitern notwendig ist, wenn die Vereinbarung stets eingehalten und eine Afordregulierung in dem gewünschten Sinne erfolgen soll. Der feste Zusammenhalt, wie ihn allein die Organisation bietet, läßt aber noch manches zu wünschen übrig. Ueber die Verhältnisse bei der Firma P i n t s c h, die nicht zu der Vereinigung der Unternehmer gehört, wurde besonders diskutiert. Die Firma hat sich mit der Vereinbarung, auch den anderen Unternehmern gegenüber, einverstanden erklärt, zahlte aber nicht die vereinbarten Löhne und läßt den größten Teil der Gasometer in Fürstentum herstellen, wo ganz schlechte Löhne bezahlt werden. Eine Lohnliste wurde den Versammelten vorgelegt. Danach erhielten in Fürstentum 2 Klempner 29 bis 30 Pf., Stundelohn 5 Klempner 31 bis 32 Pf., 34 Klempner 33 bis 38 Pf., 40 Klempner 39 bis 42 Pf., 10 Klempner 43 bis 50 Pf., 7 Klempner 51 bis 60 Pf. Im Afford wird von 50 bis 65 Pf. per Stunde verdient. Nun soll aber Fürstentum zum Lohngebiet Berlin gehören, wie auf eine Beschwerde der Vertreter der Klempner bei der Direktion der städtischen Gaswerke geantwortet worden ist, als die Arbeiter sich beklagten, daß die Arbeit nach auswärts geschafft werde. Die Klempner werden diese Angelegenheit noch weiter verfolgen.

Der Lohnkampf der Herrenmaßschneider

verläuft fortwährend zugunsten der Arbeiterschaft. Die Zahl der Berliner Geschäfte, die den neuen Tarifvertrag unterschrieben anerkannt haben, ist nun auf 272 gestiegen. Die Führer der Arbeitgeber merken denn auch, jedenfalls in Berlin und offenbar auch im Reich, daß ihnen der Boden unter den Füßen entzogen wird, und daß ihre Organisation den Kampf nicht mehr zu führen vermag. Sie hatte zu gestern Abend eine gemeinsame Versammlung der organisierten und unorganisierten Arbeitgeber einberufen und sogar die Firmen dazu eingeladen, die bewilligt haben. Das ist offenbar auch ein Zeichen dafür, daß man auf Seiten des Arbeitgeberverbandes erkannt hat, daß der Kampf nicht weiter geführt werden kann.

Die „Generalausperrung“, die ja für Berlin ganz und gar nichts zu bedeuten hatte, ist auch im Reich wirkungslos geblieben. In einer Reihe von großen Städten ist von der Aussperrung nichts zu spüren, und die Damengeschäfte haben sich noch viel mehr als die der Herrenmaßbranche geschützt, dem Aussperrungsbefehl ihres Verbandes Folge zu leisten. In einzelnen Orten, wo die Aussperrung vorgenommen ist, hat man den Arbeitern gleich von vornherein gesagt, die Sache würde höchstens acht Tage dauern.

Der Streik in der Kartonindustrie dauert unverändert fort. In einer am Freitagvormittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden gab W ü r z b e r g e r den Situationsbericht. Es haben im Laufe der letzten Tage verschiedene unverbindliche Aussprachen stattgefunden, die das Resultat zeitigten, daß vier Fünftel der im Schlichterband organisierten Unternehmer dem Antrag auf Anrufen des Einigungsamtes zustimmten. Der Versuch des Magistratsrates v. S c h u l z, ohne Schlichterband zu einer Verständigung zu kommen, ist an dem Widerstande der Unternehmer gegen weitere Zugeständnisse gescheitert, so daß nunmehr das Einigungsamt zur Entscheidung in Tätigkeit tritt. — Große Heiterkeit löste die Mitteilung aus, daß bei einzelnen Unternehmern das Bestreben vorherrscht, die Ausständigen einfach auszuhungern zu lassen. Ob die Herren aus ihrer eigenen materiellen Abhängigkeit Schlüsse ziehen auf die Mittellosigkeit der Arbeiterorganisation, des Buchbinderverbandes?

Im Gegensatz zu diesen einzelnen hat sich eine ganze Reihe Fabrikanten zur Unterstützung bereit erklärt; sie sind aber von einzelnen „Mächtigen“ bisher daran gehindert worden. Allgemein wird auch von den Unternehmern das tapfere Aushalten der seit mehr denn zwanzig Jahren zum ersten Male im Kampfe stehenden Arbeiterinnen anerkannt. Daß die Unternehmer zu den verweglichsten Mitteln greifen, wenn sie durch den Eingang der Gewerkschaft in ihren Buden ihren Profit bedroht glauben, wird an verschiedenen Beispielen bekannt gegeben. So hat der Kartonsfabrikant V e r n h a r d J a n n, Köpenicker Straße 82, die Verbandsfunktionäre verhaften lassen wollen, die zur Abhaltung einer Werkstube eintraten erschienen waren. Andererseits werden auch selbst die größten Kosten nicht gescheut, um durch wenige Arbeitswillige den Betrieb einigermaßen aufrechtzuerhalten. Die Firma G r u n o w, Grünbergweg 104, stellt täglich ein halbes Duzend Autos zum Transport nach und von dem Betriebe zur Verfügung.

Die Versammlung spendete den Diskussionsrednern, die dem Willen der Ausständigen auf weiteres Ausdauern im Kampfe Ausdruck gaben, lebhaften Beifall und belaudete diesen ihren unerschütterlichen Willen durch Annahme folgender Resolution:

Die am Freitagvormittag im Gewerkschaftshause versammelten Streikenden der Kartonindustrie nehmen Kenntnis von dem Stande des Streiks und versichern, nicht nur den von der Streikleitung ausgehenden Richtlinien und Direktiven folgen zu wollen, sondern auch nach wie vor fest im Kampfe zusammenzustehen, bis eine den Forderungen gerechte Verständigung erzielt ist.

Der arbeiterfreundliche Brauereidirektor.

Anfang Dezember des Jahres 1911 erwarb die Malzbierbrauerei „Vergbrauerei“ die im Konturze befindliche Brauerei E n d e r s in Weihenstephan, um dieselbe unter der Firma Vergbrauerei fortzuführen und neben dem Malzbier auch Lagerbier zu produzieren. Alle im ehemaligen Betrieb Enders beschäftigten Leute wurden übernommen und man glaubte, daß im Punkte Sicherung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiter alles in Ordnung sei, zumal der Herr Direktor K a h e r bei jedem dritten Wort, bei jeder Unterhandlung vor Arbeiterfreundlichkeit überfließt.

Infolge von Witterungs- und anderen Einflüssen erkrankten vor etwa drei Wochen drei der ältesten Flaschenkellerarbeiter. Flugs wurde allen Dreien per Einschreibebrief in bürren Worten mitgeteilt, daß für sie keine Arbeit mehr vorhanden wäre, sie also entlassen seien. — Diese Einschreibebriefe werden recht beruhigend und heilsam auf die Erkrankten gewirkt haben. Eine Verhandlung von Vertretern des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes mit dem arbeiterfreundlichen Direktor hatte keinen Erfolg. Die Vertrauensleute beschloßen daher, der Verwaltung aufzugeben, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um solche oder ähnliche Vorkommnisse zu verhindern.

Die Lohnbewegung der Fleischergefallen in Neukölln.

In einer am Donnerstag abgehaltenen, sehr stark besuchten Versammlung der Neuköllner Fleischergefallen machte V e r g m a n n über die Lohnbewegung unter anderem folgende Angaben: Obgleich bald nach der Einreichung der Forderungen eine von der Innung veranstaltete Meisterversammlung beschloßen hat, die Forderungen abzulehnen, und obgleich sich die Meister verpflichtet haben, eine Vertragsstrafe von 1000 M. an die Innung zu zahlen, falls sie die Forderungen anerkennen, haben doch schon 25 Fleischermeister die Forderungen unterschrieben. Das ist für den Anfang immerhin ein befriedigendes Resultat, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Innungsführer mit allen Mitteln auf die Neuköllner Fleischermeister einwirkten, um sie zum Widerstande gegen die Forderungen, besonders gegen die Anerkennung des kostenlosen Verbands-Arbeitsnachweises scharf zu machen. Wenn sich die Meister der Hoffnung hingeben, die Lohnbewegung sei bereits erledigt und sie hätten nichts mehr zu fürchten, so irren sie sich. Der Verband ist auf eine längere Dauer des Kampfes gefaßt. Im Kleinkrieg wird er die Meister zwingen, seine Forderungen anzuerkennen. Höheres über die Taktik des Kampfes kann natürlich nicht mitgeteilt werden, um nicht den Gegnern Informationen zu geben. Von den Beschlüssen der Innung wird es zum großen Teil abhängen, welche Taktik einzuschlagen ist. Darauf müssen die Meister rechnen, daß der Verband alles daransetzen wird, um die Lohnbewegung zu einem siegreichen Abschluß zu bringen. — Wie immer, wenn Klassenbewußte Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lage kämpfen, so haben auch in diesem Falle die Gelben beschloßen, Streikbrecherdienste zu leisten. Es heißt, die Meister hätten die Absicht, mit dem gelben

Vereinchen einen Tarifvertrag abzuschließen, um dadurch die Bewegung des Verbandes zu hinterzählen. Wenn auch die Gelben zu diesem Verräterstück den besten Willen haben, so sind sie wegen ihrer unbedeutenden Zahl doch nicht in der Lage, die Lohnbewegung ernstlich zu schädigen. Die Neuköllner Fleischergefallen sind fest entschlossen, sich bessere Löhne und eine geregelte Arbeitszeit von 12 Stunden täglich zu erringen. Sie bleiben, wenn diese Forderungen erfüllt sind, immer noch weit zurück hinter den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, die in anderen Berufen längst üblich sind. Das Bestreben, diese berechtigten Forderungen durchzusetzen, ist von der Sympathie der Bevölkerung getragen und muß deshalb Erfolg haben.

Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter.

Die Vorberatungen der beiderseitigen Organisationen über die demnächst aufzunehmenden Tarifverhandlungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind jetzt soweit abgeschlossen, daß am 18. März in Essen unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten K a t h die erste Sitzung der Organisationsvertreter stattfindet. In dieser Sitzung soll verhandlungsgemäß zunächst nur verhandelt werden über die allgemeinen Fragen des Vertragsverhältnisses, wie Vertragsmuster, Dauer der Verträge und sonstige allgemeine Vertragsbestimmungen. Wenn diese Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben, soll nach Rücksprache der Parteien über den materiellen Teil der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die neuen Verträge ebenfalls in Essen gemeinsam verhandelt werden, jedoch nehmen an diesen Verhandlungen die Vertreter der Ortsparteien teil. Diese werden in der entsprechenden Zahl nach Essen berufen, um ihrerseits bei dem Zustandekommen der Verträge, sowie der Vertretung ihrer Forderungen und Wünsche mitwirken zu können.

Ein Lohnkampf von besonderer Bedeutung tobt gegenwärtig im Tischlergewerbe zu Wiesbaden. Die Unternehmer dieses Ortes gehören mit zu der Kategorie, die im Jahre 1908 an den gemeinsamen Tarifverhandlungen der beiderseitigen Zentralverbände unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Verlesch teilnahmen, und dann, als ihnen der gefällte Schiedsspruch nicht in den Kram paßte, diesem gegenüber sich einfach ablehnend verhielten ohne Rücksicht darauf, daß beide Parteien durch vorherige Vereinbarungen sich auf die Schiedssprüche verpflichtet hatten, also nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich an diese gebunden waren. Sie befanden sich mit dieser Haltung damals allerdings in Uebereinstimmung mit ihren Kollegen aus Darmstadt, Essen, Frankfurt a. M., Ludenwalde, Magdeburg und Joppot. Die Unternehmerorganisation war nicht imstande, ihre eingegangene Verpflichtung auf Durchführung der Schiedssprüche einzulösen. Es kam zu wochen- und monatelangen Kämpfen an den einzelnen Orten, wobei die Unternehmer für ihre unverantwortliche Disziplinlosigkeit gehörig zurechtgesetzt wurden und teilweise höhere Zugeständnisse machen mußten, als die Schiedssprüche vorgesehen hatten. Leider war bislang in Wiesbaden infolge ungünstiger Konjunktur keine Möglichkeit ein gleiches unternehmen zu können, bis sich jetzt vor einigen Wochen die lange gewünschte Gelegenheit hierzu bot.

Der Schiedsspruch des Jahres 1908 sah neben der 54stündigen Arbeitszeit einen Durchschnittslohn von 62 Pf. für Arbeiter über 20 Jahre und 42 Pf. für Arbeiter unter 20 Jahren vor. Ob die Unternehmer diesmal, da es durch ihre Schuld zum Streik gekommen ist, so billig davonkommen werden, dürfte zum mindesten sehr fraglich sein.

In B r i e g und S c h ö n l a n k e geht der Kampf um Durchführung der Schiedssprüche unbehindert weiter. Der Zugzug von Holzarbeitern nach diesen Orten ist fernzuhalten.

Erfolgreiche Beendigung des Tischlerstreiks in Wiesbaden.

Wie vorausgesehen war, ließen es die Unternehmer nach erfolgter Arbeitseinstellung nicht zur Austragung der Rechtsfrage kommen, sie versuchten vielmehr unter Anerkennung der berechtigten Forderungen der Arbeiter zu einem baldigen Friedensschluß zu gelangen. Zu diesem Zweck wurden örtliche Verhandlungen in die Wege geleitet, die jedoch ergebnislos verliefen, worauf in beiderseitigem Einverständnis die Zentralverbände der Organisationen zur Vermittlung angerufen wurden. In deren Weilein fanden sodann am 11. und 12. März Verhandlungen statt, die zu einem Frieden auf folgender Grundlage führten:

Die Arbeitszeit wird vom 1. Juli 1912 von 54 auf 53 Stunden pro Woche verfürzt. Der Durchschnittslohn wird erhöht sofort auf 64 Pf. und steigt bis zum 15. Februar 1914 auf 68 Pf. Alle bestehenden Löhne werden bis zum 15. Februar 1914 um 6 Pf. erhöht. Der Lohn der Maschinenarbeiter ist um 3 Pf. höher. Ueberstunden werden mit 15 Pf., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 28 Pf. Aufschlag bezahlt. Für Montagearbeiten am Orte werden 5 Pf. pro Stunde, für auswärtige Montagearbeiten 3 M. bis 3,50 M. pro Tag bezahlt.

Die allgemeinen Vertragsbestimmungen über die Vereinbarung von Ueberstunden, Lohnsicherung beim Arbeitswechsel, Lohnhülsen, zivilrechtliche Klagen, Schlichtungskommission usw. sind nach den Vorschlägen der Arbeiter akzeptiert worden. Die Vertragsdauer soll bis zum 15. Februar 1916 gelten. Die Vereinbarungen bedürfen zwar noch der Zustimmung der beiderseitigen Versammlungen, es dürfte aber kein Zweifel sein, daß diese erfolgen wird, wonach alsdann der Streik nach zweiwöchiger Dauer mit vollem Erfolg für die Arbeiter sein Ende erreicht hätte. Der neue Vertrag bedeutet in seinem Gesamthalt einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Verhältnissen.

Zentraltarif im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe?

Eine im Berliner Gewerkschaftshause abgehaltene Gausleiterkonferenz des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe beschäftigte sich eingehend mit der Anregung des Schlichterbandes deutscher Steindruckermeister, auf der Grundlage der nach dem großen Kampf abgeschlossenen losen „Vereinbarungen“ einen festen Tarifvertrag für das gesamte deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe zu schaffen. Zuhilfenahme auf die Beschlüsse früherer Verbandsgeneralversammlungen auf Abschluß von Tarifverträgen, hat die Konferenz der Anregung zugestimmt. — In der Aussprache über die gegenwärtige Situation nach der Beilegung des großen Kampfes wurde jedoch durch eine Anzahl von Beispielen festgestellt, daß von vielen Prinzipalen die abgeschlossenen „Vereinbarungen“ durchbrochen oder ganz willkürlich ausgelegt werden. Daher sah sich die Gausleiterkonferenz veranlaßt, ihre Zustimmung zum Abschluß eines festen Tarifvertrages an die Erfüllung von Voraussetzungen zu knüpfen, die solche Uebergriffe der Prinzipale für die Folge ausschalten. Der Standpunkt der Gausleiterkonferenz wurde durch folgenden Beschluß zum Ausdruck gebracht:

Die in Berlin tagende Gausleiterkonferenz des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, beschließt nach zeitlicher Aussprache den Hauptvorstand zu beauftragen, auf die Anfrage des Schlichterbandes deutscher Steindruckermeister zwecks Herbeiführung einer Tarifgemeinschaft für das Lithographie- und Steindruckgewerbe näher einzugehen und diebezügliche Verhandlungen anzubahnen.

Voraussetzung hierzu ist, daß
1. der Schlichterband in der Lage ist, seine Mitglieder zur vollen Einhaltung der abgeschlossenen Vereinbarungen anzuhalten;
2. der Schlichterband bzw. seine Mitglieder alle organisationsfeindlichen, gegen die Mitgliedschaft im Verband der Litho-

graphen, Steindrucker und verwandten Berufe gerichteten Handlungen unterlassen und
3. daß eventl. die Allgemeinheit der Unternehmer und Gehilfen die Träger der Tarifgemeinschaft sind.
Der Hauptvorstand wird beauftragt, wenn der Schlichterband den vorstehenden Punkten nachkommt, diesen um Vorlegung einer entsprechenden Vorlage zu ersuchen, die in einer späteren Gausleiterkonferenz näher besprochen werden muß, bevor entscheidende Schritte unternommen werden.

Nach dem Streik auf der Schichtanwerft.

Die Organe des Gewerkschafts der Hirsch-Dunderschen Richtung, der „Regulator“ und der „Gewerksverein“, regen sich darüber auf, daß in den Berichten über den Abbruch des Streiks bei der Firma S c h i c h a u, Danzig und Elbing, die Verteilung enthalten war, daß die Gewerksvereine der weitaus größten Teil der Streikbrecher gestellt haben. Der „Vorwärts“ wird deswegen besonders angegriffen. Es sei nur schlechte Gewerkschaftserziehungsbildung die Ursache des Streikbruchs. Das letztere trifft zu. Man muß aber doch, wenn man das in der Deffektivität betont, auch sagen, wo diese schlechte Erziehungsbildung geleistet worden ist. Zugegeben werden vom Metallarbeiterverband von 720 Beteiligten 40 Streikbrecher; andere freie Gewerkschaften 1043 Beteiligte 213 Streikbrecher, Hirsch-Dunder 927 Beteiligte 392 Streikbrecher, Christliche 251 Beteiligte 9 Streikbrecher. — Da bei der Schlichterbestimmung nur Streikende Zutritt hatten, von den Hirsch-Dunderschen aber 200 fehlten — sie hatten mangels Streikarten keinen Zutritt — so erhöht sich die Zahl der Streikbrecher für den Gewerksverein auf mindestens 600. Ob man nicht berechtigt ist, das die weitaus größte Zahl der Streikbrecher zu nennen, überlassen wir dem Urteil der Leser.

Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

März 17.	Knorr Pilzsuppe
„ 18.	„ Tomatensuppe
„ 19.	Knorr Linsensuppe
„ 20.	„ Hausmachersuppe
„ 21.	Knorr Weibertrousuppe
„ 22.	„ 7 Schwabensuppe (Sterfiguren)

Jeden Tag eine andere Suppe mit

Knorr Suppenwürfel

jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe

nur mit Knorr Suppenwürfel.

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins garb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2, 50, 5, 00 M.
Ulster, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderobe.
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
dicht am
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I.: Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Markthalle
II.: Tarnstr. 67
Bietet an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß
unter Garantie für tadellosten Sitz
gegen wöchentliche Teilzahlung
von 1 Mark an.
Zuliefererei u. Werkstatt im Hause.
Auf Wunsch Besuch des Neulandes
mit neuesten Stoffmustern.
Besond. Abteilung f. fert. Garderobe
Sonntags geöffnet.

Möbel

auf Teilzahlung

Spiegelschränke Anz. 5 M. an
Bettsstellen Anz. 4 M. an
Kleiderschränke Anz. 5 M. an
Vertikos Anz. 8 M. an
Küchenschränke Anz. 5 M. an
etc. etc.

Abzahlung 1 M. an
Zimmer-Einrichtung
Anzahlung 10 M. an

Wittkopp

Rosenthaler Str. 33¹

vis-à-vis Neue Schönhauserstr.

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots und 4-500 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliern getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen.
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.
Hirsch Kieferbaum, straße 12/13 I

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelgeschäft bietet bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Wollm 108.

Kein Abzahlungsgeschäft. 568*

DICHTE DÄCHER!
Farbige Pappdächer für Sommerhäuser, Lauben etc.
erzielt man dicht und dauerhaft nur mit
Dachpix, rot, grün, weiß (alle Farben)
sämtliche Materialien für Bedachung
Anstrich-Farben für alle Zwecke.
Moritzpl. 1936 **Dachpix-Gesellschaft** Plan-Ufer 38
Muster, Auskunft etc. gratis.

Ein Prozeß gegen das vierte und fünfte Gebot.

"Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren", beginnt das vierte Gebot, und das fünfte sagt kurz und bündig: "Du sollst nicht töten".

Merkwürdigerweise — oder auch nicht merkwürdigerweise — geriet die christliche Presse beider Konfessionen in Stuttgart, das ultramontane "Deutsche Volksblatt" und die orthodox-konfessionale "Deutsche Reichspost", ganz aus dem Häuschen ob dieser Ermahnung des Genossen Kinkel an die Metorten.

Die politische Polizei im Ruhrrevier im Dienste des Zehnjahrs.

Vor der Strafkammer in Bochum hatte sich der verantwortliche Redakteur des Bochumer "Volksblatt", Genosse Bierens-Kämpfer, wegen eines Artikels "Verspielung des Steigerverbandes mit politischer Hilfe" zu verantworten.

Soziales.

Siemens u. Halske vor dem Gewerbegericht.

Die Verschleppung des Gewerbegerichtsprozesses durch den Vertreter der Firma Siemens u. Halske, Dr. jur. Burhenne, geht weiter. Gestern sollte bekanntlich über den Ablehnungsantrag der besagten Firma entschieden werden.

Vesorgung wurde angeführt: Die Genannten sind Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins und ständen zurzeit in einem Anstellungsverhältnis zu dem am Ausgang des Prozesses stark interessierten Metallarbeiterverband.

Der Vertreter der Beklagten wandte sich noch gegen den im "Vorwärts" vom 9. d. Mt. erhobenen Vorwurf der Prozeßverschleppung. Auch ihm, meinte er, läge daran, möglichst bald zu einer Entscheidung in der Sache zu kommen.

Gerichts-Zeitung.

Eine Kaffeuse vor dem Reichsgericht.

Die Kaffeuse Hedwig Säger in Berlin hatte in mehreren bürgerlichen Blättern inseriert: "Hedwig Säger, Kaffeuse" (folgt Wohnung). Darin erblühte das Landgericht I in Berlin eine Ankündigung, welche dazu bestimmt sei, unzüchtigen Verkehr herbeizuführen.

Schriften angesehen werden. In diesem Punkte erfolgte deshalb Freisprechung.

Ein Wunderwunder vor Gericht.

In diesen Tagen wurde das vom Schwurgericht in Linz (Oesterreich) gefällte Urteil gegen Pfarrer van der Bom rechtskräftig, das den Streit um eine Wunderheilung zum Gegenstand hatte.

Pfarrer van der Bom hatte in einer Broschüre mit dem Titel: "Ein wirkliches Wunder aus neuerer Zeit" die plötzliche Heilung des acht Jahre lang an einem Weirudruck erkrankten, von den Ärzten als unheilbar erklärten Arbeiters De Rubber befruchtet und öffentlich erklärt, 1000 Kronen demjenigen zu bezahlen, der dieses Wunder auf natürliche Weise erklären oder dessen geschichtliche Wahrheit aus triftigen Gründen leugnen kann.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Verein der Hausfrauen zur Beseitigung des Dienstbotenmangels in Berlin und Vororten hat sich gebildet. Er stellt sich die Aufgabe, "geeignetes" Personal aus dem Reich und aus Deutsch-Oesterreich nach Groß-Berlin zu ziehen.

Witterungsübersicht vom 15. März 1912.

Table with columns for Stations, Barometere, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Tag, and other weather-related data for various locations.

Wetterprognose für Sonnabend, den 16. März 1912. Mittags heiter und am Tage mild, aber veränderlich mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

Neueste Knaben-Moden

Advertisement for BaerSohn featuring 20 different boys' outfits with descriptions and prices. Each outfit is shown with a small illustration of a boy wearing it.

Aufträge von außerhalb werden sorgfältigst erledigt gegen vorherige Einsendung des Betrages od. Nachnahme. Von 20 Mark an franco. Bitte das Alter anzugeben

BaerSohn

Mützen, Hüte, Wäsche, Krawatten, Hemden, Strümpfe, Hosen-träger usw. sehr billig. Man verlange Haupt-Katalog

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11 □ Gc. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Letzte Moden) auf Wunsch kostenfrei

Sonntag nur von 12-2 geöffnet

JANDORF'S

68^g

Woche

68^g

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Nur noch Heute

Es versäume Niemand, von dieser äusserst günstigen Einkaufs-Gelegenheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen!

Belle - Alliancestrasse
Gr. Frankfurterstrasse
Brunnenstrasse
Kottbuser Damm

Billige Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgenommen

Soweit Vorrat

Wurstwaren
Gervelat- od. Salamiwurst Pfund **1.15**
Gervelatwurst in Fettdarm .. Pfund **1.30**
Schinkenwurst Pfund **1.20**
Land-Bratwurst Pfund **1.25**
Teewurst Pfund **1.25**
ff. Leberwurst Pfund **1.05**
Hausmacher-Leberwurst Pfund **98** Pf.
Landleberwurst Pfund **80** Pf.
Rotwurst I Pfund **80** Pf.
Zwiebel- od. Rotwurst Pfund **50** Pf.
Schinkenspeck Pfund **98** Pf.
Nusschinken Pfund **1.15**

* **Hühner** Stück **1.75, 2.25**
* **Grüne Heringe** 2 Pfund **15** Pf.
* **Salz-Heringe** 5 Stück **19** Pf.
Haushaltschokolade Pfund **68** Pf.
Kaffee Pfund **1.30, 1.40**
Kakao Pfund **68, 95** Pf.
* **Kartoffeln** 10 Pfund **45** Pf.

Käse
Schweizer Käse Pfund **85** Pf.
Tilsiter Käse Pfund **80** Pf.
Brie-Käse Pfund **55** Pf.
Limburger Käse Pfund **50** Pf.
Romatour-Käse Stück **29** Pf.
Frühstücks-Käse Stück **5** Pf.
*** Obst u. Gemüse**
Amerikaner Aepfel Pfund **20, 25** Pf.
Apfelsinen Dutzend **25, 30, 35** Pf.
Blumenkohl Kopf **10, 12, 15** Pf.
Salat Kopf **10** Pf.
Rhabarber Band **5** Pf.

ca. **20.000** Meter **Hemdentuch** für feine Leib- oder Bettwäsche Meter **36** Pf.

Wachtung! Tarifbewegung Wachtung!

der Fleischergejellen in Neufölln.

Dem konsumierenden Publikum zur gest. Kenntnis, daß nachstehende Fleischermeister den Tarif anerkannt haben:

- | | |
|---|----------------------------------|
| C. Fanfara (Burschenschaft), Berliner Straße 27 | M. Niese, Kollstr. 20 |
| A. Reiffand, Berliner Str. 23 | G. Seidel, Köpenicker Str. 7 |
| C. Bolte, Hermannstr. 232 | M. Meier (Ewe.), Weiserstr. 168 |
| B. Riedel, Hermannstr. 46 | W. Karger, Herzbergstr. 21 |
| H. Jochmann, Bietenstr. 41 | O. Schönbrunn, Richardstr. 61 |
| P. Wonneberger, Weiserstr. 24 | H. Burck, Weichselplatz 4 |
| K. Gerlach, Barthelstr. 70 | P. Jünger, Bärnackerstr. 5 |
| G. Saff, Barthelstr. 63 | W. Rademacher, Hohenstr. 19 |
| Th. Pohake, Barthelstr. 73 | F. Klein, Kottbuser Damm 12 |
| F. Schind, Weiserstr. 51 | Jos. Orth, Gieser Str. 26 |
| | P. Lukaschek, Berliner Straße 28 |

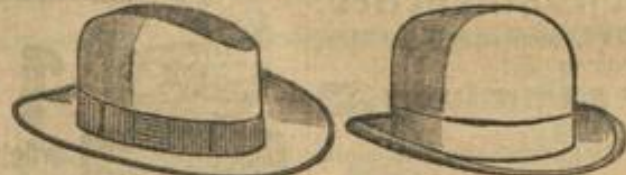
Nachstehende Fleischermeister, die zurzeit keine Gefellen beschäftigen, haben ebenfalls ihre Zustimmung erklärt:

- | | |
|-----------------------------|-------------------------|
| E. Schildt, Herrmannstr. 23 | M. Falkner, Donaustr. 7 |
| C. Immrich, Rogaststr. 14 | |

Zentralverband der Fleischer.
Berlin NO., Gieserstr. 11. Teleph.-Amt: Köpenick Nr. 3024.

Hut-Arnold Dresdenstr. 116

Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Welche Herrenhüte v. 1.50-6.00 Nur fehlerfreie moderne Ware
Stiefe Herrenhüte v. 2.00-7.00 Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.

Herrenmoden
nach Maß. Deutsche u. engl. Stoffe Eingang 40 W. Paletots 38 W. Jole 13 W., auch bessere Rollhaare - Verarbeitung. Der selbst Stoff liefert von 20 W. an. Rein Zuschneide- u. Angrebe-system bürgt für tadellose Arbeit.
F. Hänke Prenzlauerstr. 25. (Alexanderplatz)

Garderoben
für Herren verläufe wegen Geschäftsaufgabe zu jed. nur annehmbar. Preise. Anzüge von 11,50 an. Paletots, Mäntel, Hosen in groß. Auswahl. Auch Monatgarderoben (billig)
Oranienstr. 199, am Heinrichsplatz.



„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger **Anzüge** und Sommerpaletots. Einsegnungsanzüge in allen Größen.

Neuheiten der Saison bereits erschienen.
Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrerbundes.

102/1*

FALSCHES GELD

ausgeben bedeutet es unbedingt, wenn Sie für Ihre Kleidung zu hohe Preise bezahlen. Es ist Ihnen bei der Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft Gelegenheit geboten, sich mit hochleganter Mass-Garderobe, die von feinsten HERRSCHAFEN, Doktoren, Kavaliereu nur ganz kurze Zeit getragen wurde, zu versehen. Dass solche Garderoben im Sitz weit besser und im Tragen viel vorteilhafter wie billige Konfektion sind, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden. Ein Versuch wird zu dauernder Kundschaft führen.

Anzüge und Paletots 8⁵⁰ 12⁵⁰ 18⁰⁰ Mark
Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft
BERLIN SO, Dresdener Str. 11, am Kottbuser Tor.

Advertisement for various goods and services including 'Richard Kurtzke', 'Herm. Wendland', 'Rudolf Maurer', 'Strahlendorffs Handels-Akademie', 'Linoleum u. Wachs', 'Haase', 'Häntsch', 'Rausch', 'Manufakturwaren', 'Mehlhandlungen', 'Frese, Ernst', 'Gaege, Otto', 'Paul Gaege, Spandau', 'Jos. Hauke', 'Heinrich, R.', 'Korn, Hugo', 'A. Kobbelt', 'F. Pfugmacher', 'Jul. Penner', 'P. Rentner', 'Schleinitz, A.', 'Schneider, Emil', 'Möbelmagazine', 'Gustav Böse', 'Wilh. Gabbert', 'Geppert, Paul', 'Gericke, Fritz', 'Glaiser, A.', 'N. Gabbert', 'Wilh. Hamann', 'Harnack', 'Hopp, Jul.', 'König, A.', 'Herm. Kogel', 'Küchenmöbel', 'Lüdicke', 'Lange, Max', 'Misch', 'Rebsch, E.', 'C. Reiber Nachf.', 'Emil Ruffler', 'Schmidt, Otto', 'Slebecky, W.', 'Wilhelm Slotawa', 'Schwanke', 'Wendland, Ernst', 'Herm. Wendland', 'Jos. Werner', 'Möbel-Transport', 'Molkereien', 'Molkerei Nord-West', 'Milchkurainstalt am Viktoriapark', 'Kinder- u. Kurmilch Milch Schmidt', 'Musikalien', 'Musikinstrumente', 'Nähmaschinen', 'Singer Nähmaschinen', 'Optiker', 'Papier-u. Schreibw.', 'Pfleidlihen', 'Photar. Apparate', 'Putz- u. Modewaren', 'Seifen', 'Toppiche u. Gardinen', 'Trauer-Magazin', 'Westmann', 'Uhren u. Goldwaren', 'Schuhwaren, Schuh.', 'Friedrich Wilhelm', 'J. Gebhardt', 'M. Grapponer', 'M. Zariel', 'Lüders, H.', 'Gardinenhaus', 'Monats-Garderobe', 'Konfektions-Haus', 'Oskar Wollburg', 'Frühjahrs-Neuheiten.'

Ein Fortschritt

bedeutet unsere neue Verkaufsart, denn wer nur einmal bei uns kauft, spart Geld und empfiehlt uns. Die Feststellung des Selbstkostenpreises geschieht auf Grund des Einkaufspreises zuzüglich sämtlicher Geschäftsumkosten. Gemäß ihrer beim Bericht niedergelegten Statuten ist unsere Gesellschaft danach an obige Betriebsart gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet. Wir verkaufen z. B.:

Advertisement for children's clothing: Knaben-Anzüge, Einsegnungs- u. Prüfungsanzüge, Herrenanzüge. Includes price lists for various clothing items.

Advertisement for 'Tadellos 1 M.' featuring a man in a suit. Text includes 'wöchentliche Teilzahlung', 'Herren-Moden', 'fertilig und nach Mass.', 'Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.', 'J. Kurzberg', 'Mass-Schneiderei', 'Rosenthaler Strasse 40-41 am Hackeschen Markt', 'Frankfurter Allee 104 part, Ecke Friedenstraße', 'Reinickendorfer Strasse 4 am Weddingplatz'.

Advertisement for 'Konfektions-Haus für Damen- u. Mädchen-Bekleidung' by Oskar Wollburg, Brunnenstrasse 56. Features illustrations of women in various outfits and lists 'Frühjahrs-Neuheiten' with prices for dresses and coats.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis.

Arania-Vorstellung: Sonntag, den 17. März. Zum Vortrag gelangt: „Aus dem Leben des Meeres“.

Neufuß. Morgen, Sonntag, den 17. März, findet abends in Partischs Festsaal eine Märzfeier statt.

Groß-Lichterfelde. Die Parteigenossen, welche am Sonntag, den 17. März, an der Konsumbesichtigung teilnehmen, treffen sich

Stettin. Zu einer wichtigen Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen und Genossinnen am Sonntagmorgen um 8 Uhr in den Bezirkslokalen.

Am Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Kaiser-Wilhelmgarten“ in Friedenau, Rheinstr. 63, eine öffentliche Versammlung statt.

Zeichenberg. Heute, Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilhelm Nief, Karstr. 12: Protestversammlung gegen das neue Einkommensteuergesetz.

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Erscheint in Massen in der Versammlung. Nach der Versammlung gefällige Unterhaltung.

Friedenau. Die für heute abend 7 Uhr angeordnete Flugblattverbreitung findet nicht, wie gestern irrtümlich angegeben, vom Restaurant Stein aus, sondern von den Bezirkslokalen aus statt.

Britz-Buckow. Sonntag, den 17. März: Besichtigung der Konsumgenossenschaft. Treffpunkt: 9 Uhr früh bei Hoffmann, Rudower Straße 85.

Nieder-Schöneweide. Morgen, Sonntagvormittag, von 8 Uhr ab: Wichtige Flugblattverbreitung in Kumberts zur Gemeindevorwahl von den Bezirkslokalen aus.

Mariendorf. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Bezirkslokalen aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Am Montag, den 18. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Stechert, „Sporthaus Marienhöhe“, Tempelhofer Straße, eine öffentliche Versammlung statt.

Reinickendorf-West und Ost. In Reinickendorf-West findet am Sonntag früh 8 Uhr eine Flugblattverbreitung statt, die für Reinickendorf-Ost angeordnet ist.

Adlershof. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, zu einer morgen, Sonntagvormittag 8 Uhr, stattfindenden Flugblattverbreitung im „Jugendheim“, Widmarstr. 11, zu erscheinen.

Adenick. Heute, Sonnabend, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverteilung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Bantow. Am Sonntag, den 17. März, vormittags 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Die Steuerermisere in den Gemeinden von Groß-Berlin

geht weiter. Der in diesem Jahre gemachte Versuch, unter den maßgebenden größeren Gemeinden von Groß-Berlin einen einheitlichen Steuerzuschlag zu vereinbaren, ist gescheitert.

So sehr wir es begrüßen, daß der Steuerfuß ein möglichst niedriger ist, zumal im Interesse der kleinen Steuerzahler, so ist doch nicht zu verkennen, daß die heutige Wirtschaft der durch das Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden ausschlaggebenden Privilegiertenklasse zu recht ungesunden Finanzverhältnissen geführt hat, die in der Folge zum vollständigen Ruin der Gemeinden führen müssen.

Es ist gar kein Zweifel, daß die einzelnen Gemeinden infolge der jetzigen Steuerpolitik immer mehr zur Schulden- und Anleihenwirtschaft übergehen. Einrichtungen, wie Schulbauten, die selbst nach Ansicht der Regierung aus laufenden Mitteln bestritten werden müssen, werden aus Anleihen bestritten. Und je schlechter die Finanzen werden, desto mehr wird zu Anleihen geschritten.

höhere Tilgungsfähigkeit vor wie früher. Warum sie aber entgegen ihrer wiederholt geäußerten Ansicht, Schulen aus laufenden Mitteln zu bauen, Anleihen zu Schulbauten zuzustimmen, ist unverständlich.

Alles in allem ist die Steuerermisere in Groß-Berlin vorhanden. Darunter leidet die Bevölkerung und die Gemeinden kommen nicht vorwärts. Eine freiwillige Vereinbarung unter den Gemeinden, um zu einer Gesundung der finanziellen Verhältnisse zu kommen, ist gescheitert.

Aus der Geschichte der Alten Jakobstraße. Fünzig Jahre sind jetzt verstrichen, seitdem die Alte Jakobstraße über die Hollmannstraße hinaus bis zu den Kürassierkassen durchgelegt worden ist, wovon bekanntlich die eigenartige Nummerierung herrührt, die mit Nr. 1 nicht am Ende, sondern inmitten des Strahenzuges beginnt.

Der Leiter des Berliner städtischen Bureaus für das Bestattungswesen, Magistratssekretär Wiel ein Sohn des Bureauvorstehers der städtischen Tiefbauverwaltung, ist nach kurzer Krankheit an Lungenerkrankung und Herzschwäche gestorben.

50 Prozent Fahrpreisermäßigung nach München. Der bayerische Verkehrsminister hat auf den Antrag des Internationalen Verkehrsverbundes, Abteilung Bayern, für die Fahrt zur Münchener Gewerbeausstellung 1912 eine Fahrpreisermäßigung von 50 Prozent für alle Personen gewährt.

Die Tränkebeden an den öffentlichen Straßenbrunnen sollen in Zukunft von Pferden nicht mehr benutzt werden. Hierzu sollen lediglich Eimer zur Verwendung kommen, die die Droßknechtstraße abwärts bis sich führen und auch jetzt schon meistens in Gebrauch haben.

Zur Enteignung des Inselfeichers. Der Magistrat hat beschlossen, die Dringlichkeit der Enteignung des Inselfeichersgrundstücks bei dem Polizeipräsidenten zu beantragen, außerdem sollen die Gebäude des Inselfeichers niedergelegt werden.

Den Antrag hatte die Tiefbau-Kommission wiederholt gestellt, jetzt endlich ist der Magistrat ihm beigetreten, nachdem er sich übermühte, daß im anderen Falle erhebliche Kosten aufgewendet werden müßten, um nur die notwendigsten Reparaturen an dem Ufer zu erledigen.

Todessturz des Wrightfliegers Witte.

Gestern vormittag 11 Uhr 30 Minuten stürzte auf dem Flugplatz Teltow der bekannte Wrightflieger Gustav Witte, nachdem er zwei Runden bei hohem Winde geflogen war, beim Schluß der zweiten Runde aus einer Höhe von 30-50 Meter ab.

mit dem Kopf tief in den Boden eingewühlt und Wittes Körper hatte selbst eine Vertiefung von etwa 80 Zentimeter in dem Boden verursacht. Auf dem harten Boden muß der Tod sofort eingetreten sein.

Dieser Unfall ist der erste mit tödlichem Ausgang auf dem Flugplatz Teltow. Witte war noch vor einigen Tagen wegen seiner steilen Gleitflüge gewarnt worden, hatte aber alle Bedenken in den Wind geschlagen.

Ein Räuberhänfling, der längere Zeit Berlin mit seiner Umgegend und auch andere Städte unsicher machte, ist auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei jetzt in Krakau hinter Schloß und Riegel gebracht worden.

Zu dem Raubüberfall auf den Kraftwagenführer Grundmann wird uns mitgeteilt, daß es der Kriminalpolizei nunmehr gelungen ist, einen Mann ausfindig zu machen, dem die beiden Räuber nach dem Mordanschlag begegnet sind.

Bekanntmachung.

Am 7. März 1912, abends etwa 8 1/2 Uhr, wurde der Chauffeur Grundmann auf der Döberitzer Heerstraße von zwei jungen Männern aus dem Wagen heraus in räuberischer Weise durch zwei Schüsse lebensgefährlich verletzt.

Die Täter werden wie folgt beschrieben: Der Kleinere ist etwa 1,62 Meter groß, schlank, etwa 30 Jahre alt, hat ein auffallend bleiches, barloses Gesicht, blondes Haar und trägt einen grauen, tellerförmigen Filzhut, grauen Ullter, schwarze, schmutzige, vorn spitz zulaufende, ausgegetretene Schmirchschuhe.

Der größere ist etwa 1,68 Meter groß, von schlanker Figur, Anfang der zwanziger Jahre alt, hat ein blaßes Gesicht, schwarzes, bis in die Stirn reichendes Haar und trägt einen Ueberzieher, der etwas dunkler als der seines Komplizen war, und schmutzige Schuhe.

Die Täter sind von der Reinickendorfer Straße abgefahren, und da an dem Abend sehr regnerisches Wetter war, haben sie möglicherweise in der dortigen Gegend vorher ein Lokal besucht; vielleicht wohnen sie auch auf dem Wedding.

Welchen Weg die Täter nach der Verübung des Verbrechens eingeschlagen haben, ist noch nicht festgestellt worden. Sie können erst gegen Morgen nach Hause zurückgekehrt sein und müssen ihre Kleider auf der Flucht sehr beschmutzt, vielleicht auch am Gebüsch zerrissen haben, was Zimmervermieten aufgefalten sein könnte.

Auf die Ergreifung der Täter ist obige Belohnung ausgesetzt worden.

Beschwundener Polizeiwachmeister. Seit dem 13. d. M. ist der 47-jährige Polizeiwachmeister A. Herbach, Belle-Alliancestraße 4 wohnhaft, spurlos verschwunden.

Ein Baumfall ereignete sich am Freitagnachmittag auf einem Neubau der Charlottenburger Baugenossenschaft am Ronnendamm, die dort einen großen Häuserblock aufzuführen läßt.

Selbstmordversuch des Pastors a. D. v. Hennings. Im Hause Waldstraße 23 hat Donnerstagnachmittag der Pastor a. D. v. Hennings,

Heute Eröffnung!



43²⁵

Blaue Kammgarn-Kostüme
auf Seide
von 19⁷⁵ - 95⁰⁰

17⁰⁰

Phant.-Paletots
engl. Art
von 9⁷⁵ - 65⁰⁰

36⁰⁰

Elegante Kleider
franz. Art
von 14⁷⁵ - 90⁰⁰

24⁵⁰

Tuch-Paletots
„einseitig“
von 17⁵⁰ - 55⁰⁰

44⁷⁵

Phant.-Kostüme
auf Seide
von 17⁵⁰ - 85⁰⁰

36⁰⁰

Seiden-Paletots
in allen Farben
von 24²⁵ - 85⁰⁰

Gestützt

auf das Vertrauen, das wir uns in so
unerwartet kurzer Zeit erworben
haben, eröffnen wir

heute nachm. 6 Uhr
unser zweites Geschäft
Chaussee-Str. 113
Ecke Invaliden-Strasse

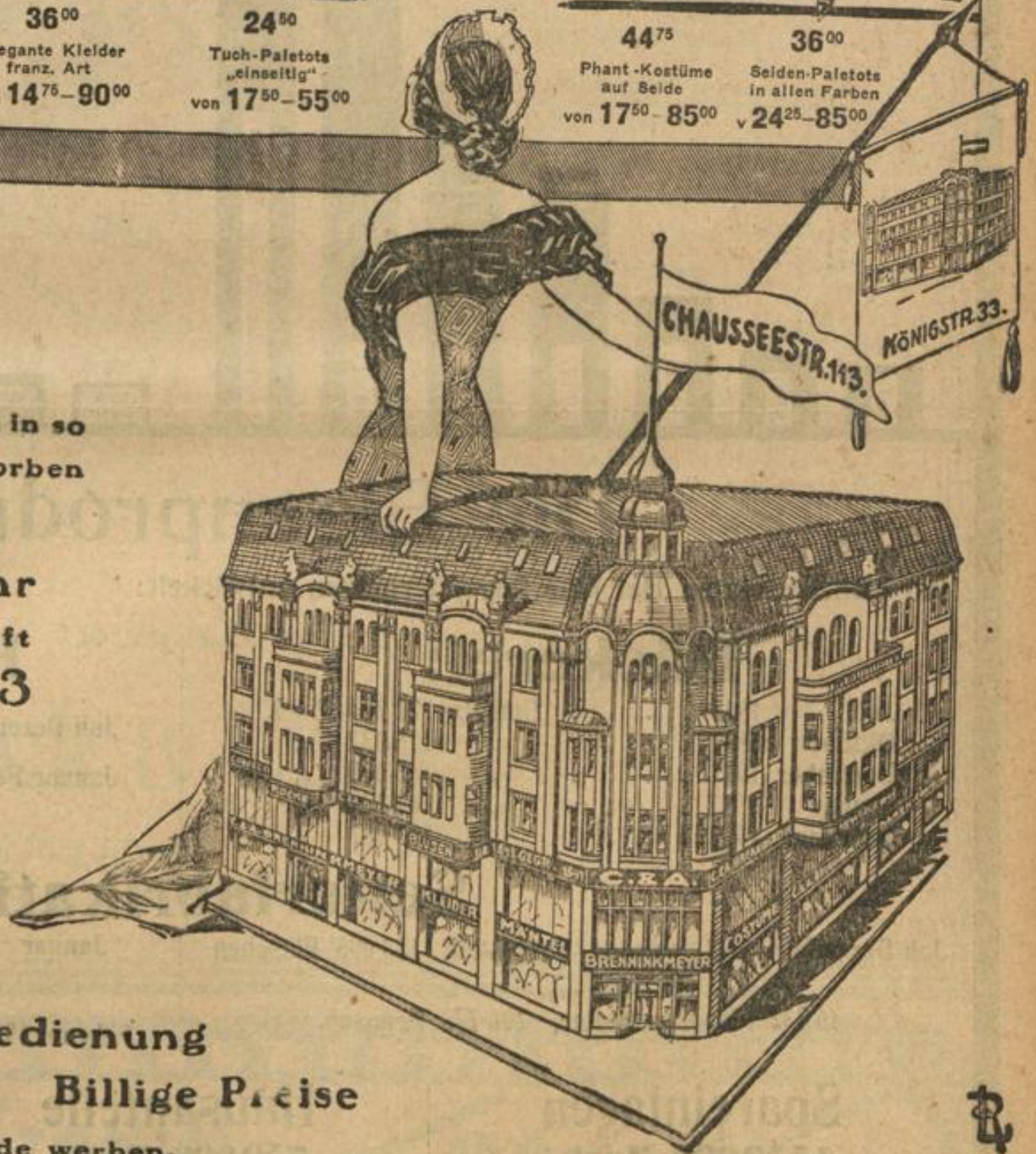
Und unsere alten Prinzipien

Solide Ware

Kulante Bedienung

Billige Preise

werden uns auch hier neue Freunde werben.



C. & A. Brenninkmeyer

Spezialhaus für Damen-, Backfisch und Kinder-Konfektion

Königstrasse 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestrasse 113
Ecke Invalidenstrasse

Zur Besichtigung unserer Betriebsanlagen

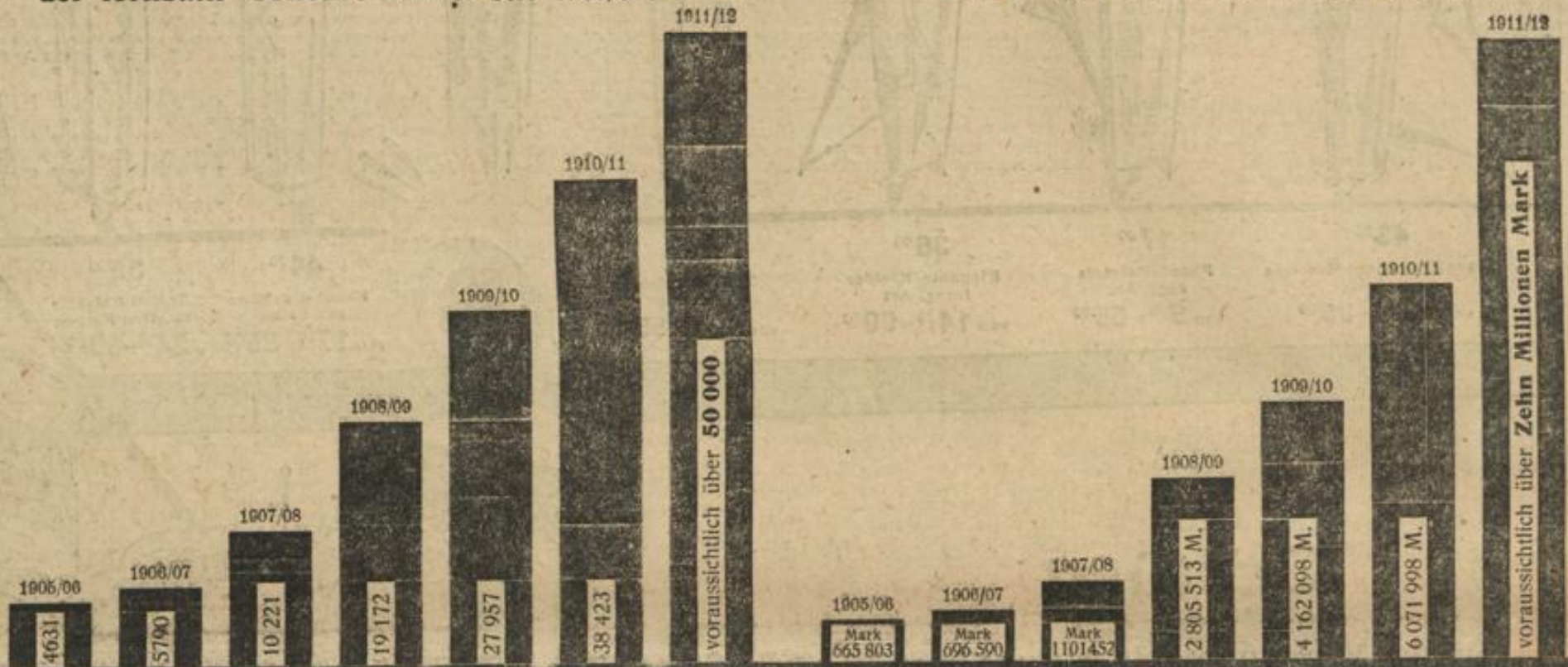
laden wir Freunde und Gönner unseres Unternehmens auf

==== Sonntag, den 17. März, ====

von **vormittags 10 bis 12 Uhr** ein.

Mitgliederbewegung
der Konsum-Genossenschaft seit 1905/06:

Jahresumsatz
in unseren Verkaufsstellen:



Die Eigenproduktion

hat sich im letzten Halbjahr folgendermaßen entwickelt:

Bäckerei:

Monat	Jahr	Umsatz
Juli	1911	72 764 Mark
Oktober	1911	115 032 "
Dezember	1911	135 660 "
Januar	1912	147 508 "
Februar	1912	151 087 "

Kaffeerösterei:

Juli/Dezember 1911 wurden geröstet 224 733 Pfund.
Januar/Februar 1912 " " 83 500 "

Selterfabrikation:

Juli/Dezember 1911 wurden hergestellt 153 605 Flaschen
und zwar:
46 832 Flaschen Selter, 106 773 Brausen.

Januar 1912 wurden hergestellt 13 484 Flaschen
und zwar:
3 562 Flaschen Selter, 9 922 Flaschen Brausen.
Februar 1912: 5 816 " " 11 650 " "

Spareinlagen
1 550 000 Mark.

Hausanteile
750 000 Mark.

Geschäftsanteile
500 000 Mark.

Unsere Waren werden zurzeit in **83 Verkaufsstellen**, die über Groß-Berlin verteilt sind, an unsere Mitglieder abgegeben.

==== Die Eröffnung weiterer Verkaufsstellen steht bevor. ====

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

e. G. m. b. H.

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstraße 22/26.

Briefkasten der Redaktion.

E. S. 12. Wetten entscheiden wir nicht. — Oberschöneheide. Den Bachmann, in diesem Falle also den Studienrat, fragen. — P. S. 1538.

Spielfragen werden im Briefkasten nicht entschieden. — H. S. 1912. Das Geschäft ist uns nicht bekannt. — M. S. 5. Zu erfragen bei der städtischen Stützungsdeputation, Poststr. 16. — S. S. 6. Privatangelegenheiten werden im Briefkasten nicht erledigt. — J. S. 100. Unserer „großen“ Stadt. — W. S. 100. Gegen 20 Millionen. — R. S. 100. Ja, die hamitische Liebeserklärung Nordafrikas. — G. S. 50. Gesellschaft zur Be-

ämpfung der Säuglingssterblichkeit, Vorsitzende: Fr. Betty v. Ravenstein, Probenstr. 26, Dienstags und Freitags 11-12^{1/2}. — P. S. 31. Zu diesem Zwecke liegen Kataloge aus in den Annoncenerpeditionen, deren Adressen im Berliner Adressbuch zu finden sind. — G. S. 108. Diese Artikel sind enthalten in den Nummern 181 und 198 unseres Blattes und können Sie dieselben in unserer Expedition, Lindenstraße 69 (Laden), einsehen. —

Wir behaupten



Wir beweisen

daß die Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. infolge ihres Verkaufs-Systems **Selbstkostenpreis + 10% Provision**

die strenge und gewissenhafte Durchführung unseres Verkaufs-Systems: **Selbstkostenpreis + 10% Provision**

dem Publikum ganz besondere Vorteile bietet. Diese Vorteile bestehen nicht nur in Ersparnissen von ca. 15% und mehr, sondern auch in einer unübertroffenen Reellität, da jede willkürliche Preisforderung und jeder willkürliche Gewinnaufschlag ausgeschaltet werden und deshalb jedes Interesse fehlt, minderwertige Ware zum Verkauf zu bringen.

durch folgendes Attest des vereidigten, gerichtlichen Bücher-Revisors:
Im Auftrage der Herren-Kleider-Vertr.-Ges. m. b. H., Neue Schönhauser Straße 1, habe ich eine Prüfung des Warenlagers an der Hand der Einkaufsrechnungen vorgenommen; ich habe hiernach einwandfrei festgestellt, daß die zum Verkauf angebotenen Waren dem Verkaufssystem entsprechend Selbstkostenpreis + 10% Provision berechnet und ausgezeichnet sind.
Berlin, den 28. Februar 1912.
gez. Ferd. Grau,
Gerichtlich vereidigter Bücherrevisor.

Unsere Läger in fertigen Herren-, Jünglings-, Knaben-, Sport- und Berufskleidern sind in allen Preislagen, Größen und Weiten reichhaltig sortiert.
Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H. Nur: Neue Schönhauser Straße 1, Ecke Weinmeister- und Münz-Straße. ::
Deutschlands größtes Etagen-Geschäft dieser Art. **H. K. G. gesetzlich geschützt.** Filialen oder Laden-Geschäfte unterhalten wir nicht.



Marke Condor ist Trumpf

Unvergleichlich in Qualität Eleganz und Preiswürdigkeit
Condor-Halbschuhe „Die grosse Mode!“
Für DAMEN:
Echt Kalbleder Derbyschnitt 8.90 6.90
f. Chromleder Lackkappen 7.50 5.90
Braun Chevreau Lackkappen 8.50 5.90
Condor-Pumps Kalblack und Chrom-Leder 5.50

Condor-Halbschuhe für Herren. Neuheit!
Hauptpreislagen 7.50 10.50 12.50
Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel
echt braun Chevreau, Lackkappe, breite Formen
Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
5.25 5.75 6.25 6.75 7.25
ff. Chromleder, Derbyschnitt, Lackkappe Gr. 36-38
4.25 4.75 5.25 5.75 6.25 7.25

130 Verkaufsstellen, davon in Berlin und Umgebung:

Conrad Tack & Cie.

Schuhfabrik Burg bei Magdeburg

Frühjahrs-Katalog gratis und franko

- C. Spittelmarkt 15 (Tellhaus)
- C. Rosenthaler Strasse 14
- W. Potsdamer Strasse 50
- W. Schillstrasse 16
- NW. Turnstrasse 41
- NW. Wilsnacker Strasse 22
- NW. Beusselstrasse 29
- N. Friedrichstrasse 127
- N. Müllerstrasse 3
- N. Reinickendorfer Strasse 23
- N. Brunnenstrasse nur 37
- N. Danziger Str. 1
- O. Andreasstrasse 50
- O. Frankfurter Allee 125
- SO. Oranienstrasse 32
- SO. Oranienstrasse 2a
- SO. Wrangelstrasse 49
- SW. Fried. ichstrasse 240-241
- Charlottenburg: nur Wilmerdorfer Strasse 122-123
- Rixdorf: Bergstrasse 30-31

Möbel auf Kredit!

Ganze Einrichtungen sowie Ersatzstücke.

Polsterwaren, Teppiche, Portieren, Gardinen, Betten, Tisch-, Bett-, Steppdecken etc.

C. Wachsmann & Co.

Reinickendorfer Straße 35, Ecke Ravené-Straße, neben der Feuerwache.

Herren- Damen- und Kinder-Konfektion

Kinderwagen Schuhwaren

Alles auf Teilzahlung.

Anzahlung schon von 5 Mark an, Abzahlung von 1 Mark an.

65 und 51, die Kandidaten des Kommunalpolitischen Verbandes 44 und 41 Stimmen. Unser Genosse Ludwig erhielt 37 und Genosse Wiedemann 21 Stimmen. Es findet also eine Stichwahl statt, bei der unsere Parteigenossen den Ausschlag geben werden. Die Bezirksleitung wird den Genossen in den nächsten Tagen geeignete Vorschläge machen.

Behlendorf (Wannseebahn). Bei der Gemeindevahl der 3. Abteilung ist es auch diesmal nicht gelungen, unsere Kandidaten durchzubringen. Im 1. Bezirk (Süden) erhielt Genosse Göhre 147, der bürgerliche Kandidat 159 und der Beamtenkandidat 350 Stimmen. Im 2. Bezirk (Norden) erhielt Genosse Kuita 167, der Beamtenkandidat 301 Stimmen.

In Hohen-Neuendorf (Nordh.) kam es bei der gestrigen Ergänzung- und Neuwahl je eines Vertreters in der 3. Klasse zu keinem endgültigen Resultat. Unsere Genossen Hoffmann und Knötsch erhielten 85 und 83 Stimmen, die Kandidaten des Ortsvereins, Kofstad und Koffow, 88 und 90 Stimmen. Außerdem entfielen noch 8 und 2 Stimmen auf zwei andere Kandidaten. In der dadurch notwendig gewordenen Stichwahl muß alles aufgegeben werden, den Erfolg auf unsere Seite zu bringen.

Vorsigwalde. Bei der Gemeindevahl-Ergänzungswahl, die gestern stattfand, stieg der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Trapp, mit 406 Stimmen über den bürgerlichen Kandidaten Treymann, der nur 74 Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Kohlen.

Bei einer von Jahr zu Jahr steigenden Kohlengewinnung Deutschlands nimmt es nicht wunder, daß sich auch der Absatz für deutsche Kohlen am Weltmarkte vergrößert hat. Wie die Förderung deutscher Kohlen innerhalb der letzten 5 Jahre gestiegen ist, das ergibt sich für die wichtigsten Kohlenarten innerhalb der Jahre 1907 bis 1911 aus folgender Zusammenstellung in Millionen Tonnen:

Einheimische Gewinnung	1907	1908	1909	1910	1911
Steinkohle	143,22	148,62	148,97	152,88	160,74
Braunkohle	62,31	66,45	68,36	69,11	73,52
Koks	21,93	21,17	21,41	23,60	25,41
Brechkohle	16,41	18,22	18,75	19,57	21,83

Vergleicht man mit diesen Ziffern die jeweilige Ausfuhr, so kommt man zu dem Resultat, daß diese in der gleichen Weise gestiegen und mit der heimischen Gewinnung Schritt gehalten hat. Die Kohlenproduktion Deutschlands hat eine Steigerung von 143,22 Millionen Tonnen im Jahre 1907 auf 160,74 Millionen Tonnen im Jahre 1911 erfahren. Das Jahr 1907 hatte einen Steinkohleneexport von 20,02 Millionen Tonnen gebracht. Nach stetiger Steigerung der Ausfuhrziffern ergab sich im Jahre 1911 ein Steinkohleneexport von 27,41 Millionen Tonnen gebracht. heimische Förderung von Braunkohle stieg seit 1907, in welchem Jahre sie 62,31 Millionen Tonnen betragen hatte, auf 73,52 Millionen Tonnen im letzten Jahre. Dieser Mehrproduktion steht auch eine Zunahme des Exports von Braunkohle gegenüber. Zwar sind die Ziffern dieser Braunkohlenausfuhr im Vergleich zu denen der Steinkohle nur bescheiden zu nennen. Im Jahre 1907 betrug der Export nur 0,22 Millionen Tonnen. Mit dem Jahre 1911 hat er sich um mehr als das Doppelte vergrößert. In diesem Jahre wurden 0,58 Millionen Tonnen deutscher Braunkohlen auf dem Weltmarkte abgesetzt. Die einheimische Gewinnung von Koks

ist von den beiden anderen genannten Kohlenarten zu trennen, denn das Jahr 1908 brachte gegen sein Vorjahr eine von 21,93 auf 21,17 Millionen Tonnen verringerte Förderung. Seit dem Jahre 1908 zeigt sich jedoch eine jährliche Zunahme. Bis zum Jahre 1911 ist die Gewinnung des Koks auf 25,41 Millionen Tonnen gestiegen. In gleicher Weise ist bis zum Jahre 1908 der Export von deutschem Koks größer als im Jahre 1909 gewesen. Die dann aber schnell zunehmende Steigerung der Ausfuhr brachte bereits für das Jahr 1911 eine größere Beteiligung des deutschen Koks auf dem Weltmarkte als 1907. Den Export der Brechkohle sowie die gesamte deutsche Kohlenausfuhr seit 1907 spiegelt folgende Tabelle in Millionen Tonnen:

Ausfuhr:	1907	1908	1909	1910	1911
Steinkohle	20,02	21,06	23,35	24,26	27,41
Braunkohle	0,22	0,27	0,39	0,62	0,58
Koks	3,79	3,58	3,45	4,13	4,56
Brechkohle	1,25	1,49	1,62	1,99	2,48

Im Januar 1912 wurden nicht weniger als 2,45 Millionen Tonnen Steinkohlen und Anthrazit ausgeführt. Davon entfiel auf Oesterreich-Ungarn der größte Teil. Die Ausfuhr von Braunkohle ergab für den Januar 1912 insgesamt 5246 Tonnen, während der Export von Koks 0,43 Millionen Tonnen ergeben hatte. Die 0,22 Millionen Tonnen Brechkohlen, welche im Januar 1912 exportiert wurden, hatten einen Wert von 3,85 Millionen Mark.

Die Bedeutung von Industrie und Bergbau der Welt.

Der Kohle und Erz schärfende Knappe und der Eisen und Stahl herstellende Arbeiter ist für die Welt von heute das Rückgrat ihrer Existenz. In welchem Maße dies zutrifft, wird erst richtig erkenntlich, wenn für die wichtigsten Länder der Erde zusammengestellt wird, wieviele unter 100 Erwerbstätigen in Bergbau und Industrie schaffen. Im nachfolgenden geben wir eine kleine Zusammenstellung der entsprechenden Art.

Unter 100 Erwerbstätigen waren in Bergbau und Industrie tätig:

in Großbritannien	46	in Dänemark	25
in der Schweiz	45	in Amerika	24
in Belgien	42	in Italien	24
in Deutschland	40	in Oesterreich	23
in den Niederlanden	34	in Rußland	18
in Frankreich	32	in Ungarn	14
in Norwegen	28		

Die Ziffern zeigen recht deutlich, wie sehr gerade Deutschland für die Berg- und die Industriearbeiter zu sorgen hat, denn sie bilden einen Riesenteil der arbeitenden Bevölkerung.

Gratisaktien, Börsenspiel und Arbeiterlöhne.

Die Oesterreichische Waffenfabriksgesellschaft Steyr hat in den letzten beiden Jahren 16 Proz. Dividende verteilt, also ihren Aktionären ein hohes arbeitsloses Einkommen gebracht. Der militaristische Zug in Oesterreich, dessen Stärkung mit dem Absterben des Kaisers und der wachsenden Macht des Thronfolgers unverkennbar ist, legt nun den Spekulanten — und es wird jetzt in Wien bis in die Kreise der Kellner und Hotelportiers spekuliert! — gerade das Spiel in „Waffen“, den Waffenfabrikaktien, nahe. Diese Spekulation hat nun durch die Regierung eine gewaltige Anregung erfahren, indem diese der Waffenfabriksgesellschaft gestattete, durch Ausgabe von Gratisaktien an die Aktionäre ihr Kapital von 84 auf 85 Millionen zu bringen. Dadurch wird übrigens auch der Staat selbst geschädigt, da der gleiche Gewinn natürlich kleiner erscheint,

wenn er auf das so vergrößerte Aktienkapital entfällt, wodurch der Staat um die für höhere Dividenden bestehende Zusatzsteuer gebracht wird. Trotz all dem hat man in verdächtiger Eile die Ausgabe der Gratisaktien genehmigt. Freilich ist der Gouverneur der die Waffenfabriksgesellschaft kontrollierenden Bodenkreditgesellschaft der verbindungsreiche Herr Rudolf Sieghart, früher ein kleiner Journalist, dann der Präsidialist — faszinieren: der Wahnwache — des Ministerpräsidenten Körber, alsbald Sektionschef, Geheimer Rat und so fort. Das erklärt manches, hielt aber das Abgeordnetenhaus nicht ab, seiner Rühmbilligung über die harmlos tuende Interpellationsbeantwortung des Finanzschlachzigen v. Jaleski in der darüber eigens eröffneten Debatte Ausdruck zu geben. Besonders kräftig tat das Genosse Dr. Ellenbogen, der — um das Bild abzurunden — erzählte, daß die Fabrik 1909, als sie an den Landwehrlieferungen (die Landwehr ist in Oesterreich eine aktive Truppe von 60 000 Mann) 400 000 Kronen verdiente, den Minimallohn von — 3 Kronen täglich abschaffte und die Stoffelöhne herabschickte. Bei einer Fabrikationsgewinnsteigerung um 288 000 Kronen und einer Löhnerhöhung um 17 000 Kronen wurden 1200 Arbeiter entlassen; für Schule, Armen- und Sanitätswesen gibt die Gesellschaft nichts her. Und die Gratisaktien der Waffenfabrik fanden bei all dem die wärmste Verteidigung, außer beim Finanzminister — bei den Christlich-sozialen, die ihre kapitalistischen Interessen plötzlich, aber gründlich entdeckt haben.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen Berlin zahlt für das Jahr 1911 eine Dividende von 5 $\frac{1}{2}$ Proz. (1910: 5 $\frac{1}{2}$ Proz.).

Einsegnungs-Kleider

schwarz und weiss
aus prima Satinweb, reinwollen Popeline, Wollbatist und Volle, kleidsame Passons

15. 18.⁵⁰ 21. 24. 28.⁵⁰ 33. M.

Prüfungs-Kleider in allen Farben, hell und dunkel
aus allerbesten Stoffen

16.⁵⁰ 21. 27. 36. M.

Backfisch-Paletots 12. 15. 18. M.

Backfisch-Jackenkleider 18. 27. M.

Kostüm-Röcke Kammgarn-Cheviot blau und schwarz
7.⁵⁰ 9. 12. 15. 18. M.

aus regenechten Stoffen englischer Art
3. 5. 8.⁵⁰ 11. 13.⁵⁰ 16.⁵⁰ M.



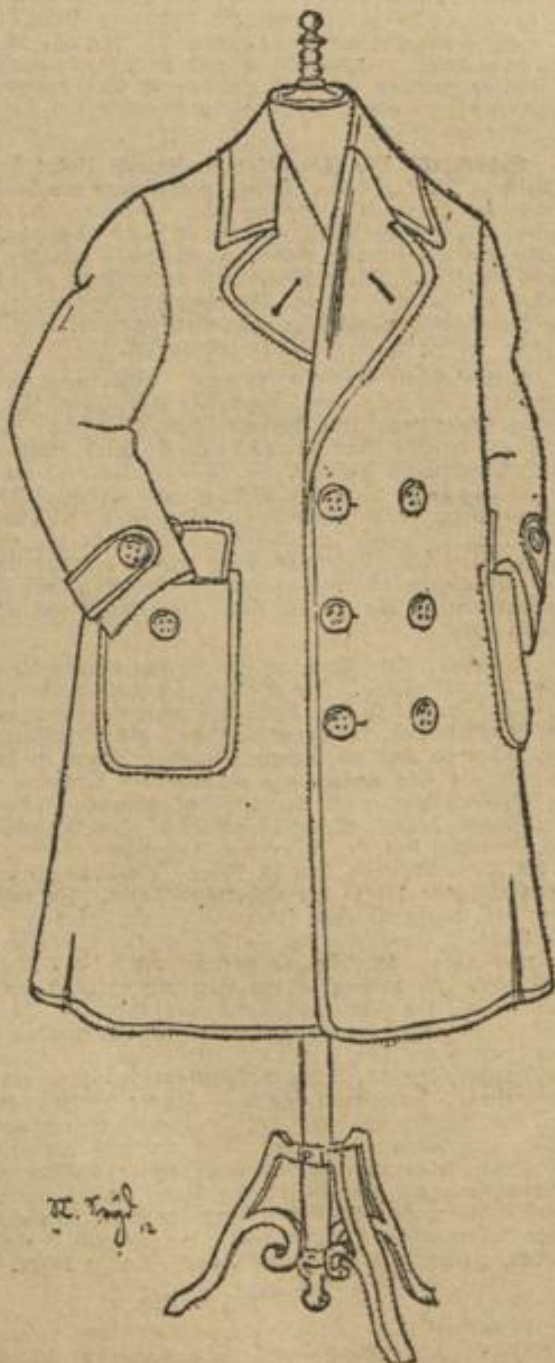
Enorm billig!
Elegante französische Kleider aus feinem Popeline, alle Farb, Wollbatist, Volle, Seide, Tüll

18. 25. 33. 45. 58. M.

Trauerkleider . . . von 20 M. an

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstr., Ecke Lindensir. 1 Haus vom Dönhofsplatz.

Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet



Ulster

die grosse Mode

Durch seine Vorzüge hat sich der Ulster nunmehr durchgesetzt. Als Mädchen für alles dürfte er noch lange das Feld behaupten. Halblose, ein- u. zweireihig, mit vollem Kragen u. breitem Revers, aus Cheviotstoffen in abgetönten olive, braunen und grauen Farbenmelangen dürfte er auch fürs Frühjahr eine Zierde der Bekleidungskunst werden

M 64 57 52 45 38 32 27 25 22 18 M.

Formenschönheit
Gute Verarbeitung
Billige Preise

Das sind die Merkmale meiner im eigenen Grossbetrieb hergestellten Herren- u. Knabenbekleidung

Gottlieb Weiß **Schöneberg**
Hauptstrasse 161 Ecke Stubenrauchstrasse.



August Schega

vormals A. Wormann
G. m. b. H.

77 Kottbuser Damm 77

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Kleidung.

Frühjahrs-Ulster und Paletots

in ganz aparten Phantasiestoffen. — Eleganter schicker Ausführung — Rosshaar-Verarbeitung.
25.— 32.— 36.— 39.— 45.— bis 65.—

Sacco-Anzüge

moderne Dessins in nur solider, vornehmer Verarbeitung
in allen Preislagen, vorzügliche Passform
19.— 25.— 32.— 36.— 45.— bis 65.—

Meine Fabrikate sind erstklassig verarbeitet und infolge meiner eigenen Fabrikation ausserordentlich preiswürdig.

Meine Mass-Abteilung

leistet Hervorragendes Sacco-Anzüge 55, 64, 69, 75, 79 M. usw.
zu tatsächlich billigen Ulster u. Paletots 55, 60, 65, 75, 85 M. usw.
Preisen: Gehrock Anzüge 59, 69, 79, 85, 90 M. usw.

Ein Versuch wird Sie zu meinem ständigen Kunden machen!

Kulanteste Bedienung!

Billige, streng feste Preise!

Bekannt als beste und billigste
Begründungsquelle für
Herren-Hüte

in jeder Preislage
Radloff, Charlottenburg,
Berliner Str. 51.
Gegründet 1875.

Der echte
Hämorrhoidal-Likör
(das Elixier des langen Lebens)
alterprobt zur Vermeidung von
Verstopfung und daraus ent-
stehenden Beschwerden, besonders
bei Personen mit starker Lebens-
weise. Flasche M. 1.— u. 1.50.
80.
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

Zöpfe.

Wirklich reelle Ware. Größte Aus-
wahl zu den
allerbilligsten Preisen.
Otto F. Kalka, Neukölln, Erkstr. 3.
Zöpf- u. Perückenfabrik.

Belenehtungskörper

Kronen, Lampen,
Wandarme etc.
zu den billigsten Preisen in
guter Ausführung
empfiehlt zum Umzuge

Paul Greiner
Neukölln
Bergstraße 132.
Eigene Betriebswerkstatt.



Es ist kein Geheimnis, daß ich weder
einen Laden habe, noch einen Zuschneider halte.
**Mädchen- und Knaben-
Kleider**
in einfacher und eleganter Ausführung schneide ich selbst
zu und lasse sie unter meiner Aufsicht anfertigen. Es
ist somit klar, daß ich bei den geringsten Unfällen
Kinderkleider zu den billigsten Preisen liefern
kann. Fertige Kleider, Anzüge, Mäntel und
Stoffe in großer Auswahl am Lager. 14826*
Mitgebrachte Stoffe werden gediegen verarbeitet.
Engros-Arbeitsstube Frau M. Salomon,
Berliner Straße No. 58
gegenüber Kaufhaus H. Joseph.
Rixdorf

MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zweizimmer-Wohnungen. **Mäßige Anzahlung, kleine monatliche Raten.** Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei weitem **niedriger**, als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. **Diskrete Lieferung, keine Einkassierer.** — Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel und kulantem Entgegenkommen bei Zahlungsstockungen ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen ausschließlich durch Weiterempfehlung seitens unserer Kundschaft von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch bei uns führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage,
dicht an der Potsdamer Straße.
Sonntags geöffnet.

Bettfedern und Betten
kaufen Sie reell und billig bei
Carl Müller, Rixdorf,
Berliner Straße 44 46,
bis-a-vis dem Rathaus.
Dampf-Bettfedern-Reinigung
mit elektrischem Betrieb.
Fernsprecher: Amt Rixdorf Nr. 9598.

Möbel

Ganze Wohnungseinrichtungen,
Zimmer- und Küchen-Einrich-
tungen, sowie jedes Stück ein-
zeln zu den billigsten Preisen
in guter, gedieg. Arbeit empfehle
Wilh. Lambrecht,
Berlin SW., Simeonstr. 19.

Möbel

Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

**HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG**
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 35.

Möbel

liefert an
jedermann
auf Kredit
(mit weitester Rücksichtnahme
bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit)
bei bescheidenster Anzahlung
Paul Neugebauer Nachf.,
Wilmerdorter Str. 31, Charlottenburg.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69 (Laden).

Wir empfehlen:
**Die Sozialdemokratie im
Urteile ihrer Gegner**
von
Dr. Aug. Erdmann.
Preis gebd. 2 M.

Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 69
(Laden).

Zu empfehlen ist: 246/8
Der Kleingarten,
feine Anlage,
Einteilung und Bewirtschaftung
von
Max Heschdörffer.
Preis brosch. 60 Pf.

**Praktisches
Taschenbuch
für Gartenfreunde.**

Ein Ratgeber für die Pflege und
sachgemäße Bewirtschaftung des
häuslichen Gartens, Gemüse- und
Obstgartens.
von
Max Heschdörffer.
Mit 137 Textabbildungen.
Preis geb. 3.50 M.

Wanzen

tötet unschädlich mit Brut
Reichels Wanzenfluid „Radikal“,
Rt. 50 Pf. 1., 2., 3., Literl. 5.—
Abkaut Hadfrei, nicht feuergefährlich.
Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung

Schwaben

vernichtet mit Brut radikal und sicher
**Reichels Spezial-Schwaben-Poudre
„Martial“**, Dof. 50 Pf. 1., 2., 4.,
Sprühapparate von 50 Pf. an.
**Einzig echt u. garantiert wirk-
sam nur i. Original-
packungen** **Tod u. Teufel**
mit Marke
in den Drogerien und bei
Otto Reichel, Berlin 43,
Eisenbahnstr. 4.
Fernspr.-Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

Zur Einsegnung

empfehle meinen vorzüglichen Festbraten als
Schweineschinken . . . Pfd. 75 Pf. Kalbskeulen . . . von 85 Pf. an
Pökelschinken . . . 80 " Schmorfleisch . . . 85
Kotelett . . . 90 " prima Kassler . . . Pfd. 85 Pf.
Rückenfett u. Linsen b. 5 " 70 " prima weiche Schlackwurst 1,00 M.
Lammkeulen . . . Pfd. 80-85 "

Jeden Donnerstag und Freitag meine als gut bekannte
frische Blut- und Leberwurst.
Prima Rügenwalder Teewurst
pro Pfund 1,25-1,50 M.
sowie sämtliche Wurstwaren 10 Proz. billiger.
Paul Linke
Hermannplatz 4. Hermannplatz 4.

Zum Umzug
Komp. Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.

Med. Schlaf-, Speise- u. Wohnzimmer
Grosses Lager in
Einzel-Möbeln, Teppichen, Portieren,
Gardinen, Steppdecken u. Federbetten
Einzel-Möbel von 3 Mark an

Kaufhaus
zum
Rollkrug

Hermann-
str. 257. Neukölln Berliner
Str. 1.

Zur Konfirmation

empfehlen wir unsere modernste
Mädchen u. Jünglingsbekleidung

Auch sind die **neuesten Moden**
für das **Frühjahr** eingetroffen in
Damen- und Herren-Garderoben

Alles auf Teilzahlung von 5 Mark an

Ausnahme-Preise in

Kaffeemöhlen	0,95 1,45	Käseglocken	0,48 0,25	Kuchenteller durchbrochen, fein dekoriert	1,25 0,95	Emaill-Eimer	0,65-0,88
Reibemaschinen	0,88 1,65	Butterdosen	0,35 0,18	Kaffeekannen m. bl. Rand u. Gold	0,95	Emaill-Wannen	0,95-3,45
Brot Schneidemaschinen	3,50 4,50	Zuckerschalen	0,25 0,09	Waschservice	von 0,95-15,00	Emaill-Kochtöpfe	0,48 0,95 1,45
Küchenwagen	0,95 1,75	Kompottschalen	0,05 0,25 0,35 0,48	Kaffeesevice in mod. Mustern 9teilig	2,75 an	Waschständer	0,48 0,95
Tischbestecke Ia	0,48 0,95	Kompotteller	0,10 0,05	Küchengeräthe moderne Muster in großer Auswahl!!		Emaill-Waschschüsseln	0,48 0,75
Eßlöffel (Britania)	0,12 0,25	Zitronenpressen	0,08	Satz Töpfe, echt Porzellan, 6teil.	0,95	Konsole mit Maß	0,42
Kaffeelöffel do.	0,06 0,10	Salzgefäße mit Nickelstab, dopp.	0,15	3 Paar bunte Tassen	0,50	Schrubber	48 0,25
Tablets m. bunter Einlage	0,95 2,25	Salz- u. Pfefferstreuer m. Porzellan-Kapsel Paar	0,25	1 Satz Schüsseln, extra groß	0,95	Robhaarbesen	1,65 0,95

L. Katz & Co. Bergstr. No. 65 am Ringbahnhof

Leske & Lehrer 78 Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knaben-
: : Bekleidung fertig und nach Maß : :

Einsegnungs-Anzüge

in gutem blauen und tiefschwarzen Cheviot, Satin-Kammgarn und Tuch-Kammgarn. Moderner, eleganter Schnitt.

Blau Cheviot, sehr solide und haltbar

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 11.- 12.- 13.- 14.- 15.-

Schwarzes Satin-Kammgarn, sehr solide

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 13.- 14.- 15.- 16.- 17.-

Guter blauer Cheviot, sehr zu empfehlen

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-

Sehr gutes, fein geripptes Satin-Kammgarn

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 17.- 18.- 19.- 20.- 21.-

Beste blauer Melton-Cheviot, halbf. sol. Qual.

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 16.- 17.- 18.- 19.- 20.-

Hochfeines blaues Rins-Kammgarn v. feinem Rins

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 19.- 20.- 21.- 22.- 23.-

Hochfeines schwarz. Tuch-Kammgarn sehr solide Qualität

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 21.- 23.- 25.- 27.- 29.-

Sehr eleg. schwarz. Tuch-Kammgarn Ersatz für Maß

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 23.- 25.- 27.- 29.- 31.-

Hochf. schwarz. Tuch-Kammgarn, beste Qualität! Ersatz f. Maß!

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 25.- 27.- 29.- 31.- 33.-

Ia blaues Kammgarn, beste Verarbeitung und Zutaten, vollk. Ersatz für Maß

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 23.- 24.- 25.- 26.- 27.-

Prüfungs-Anzüge

in aparten, modernen Stoffarten, neueste Moden, modernster Schnitt

13.- 14.- 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-
20.- 22.- 24.- 26.- 28.- 30.- 32.-



Verkaufsstellen:
Bergstraße 151-152
Nogatstraße 19-20
Weisestraße 32
Weisestraße 9
Steinmetzstr. 102
Zietenstraße 80
Boddinstraße 60
Reuterstraße 7-8
Hobrechtstraße 77
Friedelstraße 21
Sanderstraße 20
Donaustraße 114
Weserstraße 52
Wipperstraße 20
Niemetzstraße 4

Nicht für Wiederverkäufer.
Nur solange Vorräte reichen.

Sonnabend und Sonntag: Ausnahme-Preise

für folgende Artikel:

Butter	allerhochfeinste, das Beste was es gibt, Pfd. nur 146 Pf.
Eier	schöne, frische Stück nur 7 Pf.
Speck	fetten Pfd. nur 75 Pf.
Schmalz	mager, schön durchwachsen nur 80 Pf.
	ff. Bratenschmalz Pfd. nur 54 Pf.
	ff. Rohschmalz Pfd. nur 52 Pf.
Käse	Schweizer I Pfd. nur 115 Pf.
	II 100 Pf.
	ff. Tilsiter Käse 70 Pf.
	ff. Allgäuer Stangenkäse 54 Pf.
	ff. Camembert Stück 25 Pf.
	ff. Frühstückskäse 9 Pf.
	ff. Klosterkäse 9 Pf.

Feinste Braunschweiger Wurstwaren zu billigsten Preisen.

Auf alle Waren (außer Butter und Schmalz) noch
10 Prozent Rabattmarken!

Reik in Neukölln.

MÖBEL-HAUS OSTROWSKI

Schöneberg, Hauptstr. 50 □ Berlin NW, Turmstr. 73

Unsere Spezialität:

Moderne Wohnzimmer echt Nussbaum
fourniert v. M. 192 an

Reichste Auswahl in Schlaf-, Speise-, Herren-, Wohn-Zimmern und Salons

Moderne Küchen

In den wirksamsten Farben von M. 55 an

Ständige Ausstellung von ca. 100 Einrichtungen

Zwanglose Besichtigung gern gestattet

Freiwillige Lieferung durch ganz Deutschland

Erstklassige Arbeit

Langjährige schriftliche Garantie



Dieses moderne Wohnzimmer

1 Garderob.-Schrank	M. 82
1 Wäscheschrank mit Spiegel-Ansatz	M. 82
1 Umbau-Sofa	M. 75
1 mod. Tisch	M. 15
4 Stühle	M. 16
Komplett	M. 270

Umbau extra M. 80